

Band 2:

Kongo: Handys, Gold & Diamanten



Kriegsfinanzierung im
Zeitalter der Globalisierung

SÜDWIND Edition
Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen – Band 2:

KONGO: HANDYS, GOLD & DIAMANTEN
Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung

Impressum

Erscheinungsort und Datum: Siegburg, September 2003

Herausgeber: SÜDWIND e.V., Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg

Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge:

Friedel Hütz-Adams

Endkorrektur: Peter Lohr und Annika Heiland

Gestaltung und Satz: frank.zander@fraza.de

Titelfoto: AP Photo / HO: Diamantensucher in einem Flussbett in der Demokratischen Republik Kongo

Druck und Verarbeitung:

Knotenpunkt, Beller Weg 6, 56290 Buch

ISBN: 3-929704-21-8

Dank:

Für die finanzielle Unterstützung des vorliegenden Bandes wie auch der gesamten Edition »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« danken wir der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen, der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und der Günter-Altner-Stiftung.

Zugleich danken wir allen hier nicht namentlich zu Nennenden, die SÜDWIND mit kompetenten Gesprächen und wichtigen Hinweisen unterstützt haben.

Hinweis:

Alle im vorliegenden Band verwendeten Grafiken können in schwarz-weiß oder mehrfarbig bei SÜDWIND bezogen oder unter www.suedwind-institut.de heruntergeladen werden.

INHALT

1. KONGO: KRIEG, ROHSTOFFE UND PROFITE	5
2. 1482–1997: 500 JAHRE AUSBEUTUNG UND PLÜNDERUNG	6
2.1 »Entdeckung«, portugiesischer Einfluss und Sklavenhandel	6
2.2 Privatbesitz des belgischen Königs Leopold	7
2.3 Belgische Kolonialherrschaft 1908–1960	8
2.4 Die Ära Mobutu 1960–1990: Der kalte Krieger mit dem Geld aus dem Westen	9
⊙ Fallbeispiel 1: Gläubigerstaaten, IWF und Weltbank: Geld wird wissentlich verschwendet	12
2.5 Das Ende Mobutus 1990–1996: Der offene Zerfall des Staates Zaire	13
⊙ Fallbeispiel 2: Politisch im Zwiespalt: Die Rolle der Kirchen	15
2.6 Der Völkermord in Ruanda	16
2.7 Invasion, Krieg und Absetzung Mobutus	18
3. 1998–2003: ÖKONOMISCHE INTERESSEN EROBERN EINEN KRIEG	20
3.1 Großkonzerne handelten mit Laurent-Désiré Kabila	22
3.2 Kriegsverlauf und Friedensbemühungen	23
3.3 Ökonomische Faktoren bestimmen den Kriegsverlauf	26
3.3.1 Ökonomische Gier als Ursache von Kriegen?	26
3.3.2 Finanzierung der Kriege durch Rohstoffe	27
3.3.3 Regierung, Rebellen und Besatzer schaffen Netzwerke zur Plünderung	27
3.4. Die bewaffneten Akteure	29
3.4.1 Ruanda kanalisiert die Erlöse	29
3.4.2 Ugandas Eliten außer Kontrolle?	32
3.4.3 Burundi nur am Rande beteiligt	34
3.4.4 Simbabwe und die Regierung der DRK: Gemeinsamer Beutezug der Eliten	34
⊙ Fallbeispiel 3: Die Medien im »Herz der Finsternis«	35
3.4.5 Angolas Öl und Namibias Diamanten	38
3.4.6 Wirtschaftsinteressen der kleineren bewaffneten Gruppen	38

3.5 Millionen Tote und schwerste Menschenrechtsverletzungen	39
3.5.1 Rund 3,3 Millionen Tote in 5 Jahren	39
3.5.2 Überleben in einem ruinierten Land	40
3.5.3 Kinder und Kindersoldaten	41
3.5.4 Situation der Frauen	43
3.6 Kriegswirtschaft in Zeiten der Globalisierung	44
3.6.1 Waffenkauf auf globalisierten Märkten	44
3.6.2 Deregulierte Luftfahrt als Scharnier zum Weltmarkt	46
3.6.3 Der internationale Zwischenhandel	46
3.6.4 Organisierte Kriminalität	48
⊙ Fallbeispiel 4: Diamanten – Die glänzende Seite des Krieges	49
3.6.5 Banken als Bindeglied	50
3.6.6 Endverarbeiter und EndkundInnen	50
⊙ Fallbeispiel 5: »Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun?« – Zum Diskussionsstand	51
3.7 Lösungsansätze	52
4. FORDERUNGEN AN POLITIK, UNTERNEHMEN, NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN UND KIRCHEN	54
4.1 Forderungen an die Bundesregierung	54
⊙ Fallbeispiel 6: Entschließung des Europäischen Parlaments zur illegalen Ausbeutung der Bodenschätze in der Demokratischen Republik Kongo	55
4.2 Forderungen an die Unternehmen und ihre Verbände	58
4.3 Forderungen an Nichtregierungsorganisationen	58
4.4 Forderungen an die Kirchen	58
⊙ Fallbeispiel 7: Leitsätze und Thesen der EKD	59
5. WIE KANN ICH AKTIV WERDEN?	61
5.1 Materialien für die Bildungsarbeit und für Schulen	61
5.2 Liturgische Bausteine	61
5.3 Aktuelle Information im Netz	61
5.4 Aktive Nichtregierungsorganisationen und Kampagnen	61
ANHANG	65
Die kämpfenden Gruppen	65
Glossar	66
Weiterführende Literatur	67

1. KONGO: KRIEG, ROHSTOFFE UND PROFITE

»Bingo und Bongo vom Kongo« hieß ein Kinderbuch, das Rolf Italiaander vor 36 Jahren geschrieben hat. Aber schon 1967 war »der Kongo« alles andere als eine Idylle. Bereits damals war er ein rohstoffreiches und darum ein rücksichtslos umkämpftes Land. Heute schreiben unsere Zeitungen plötzlich wieder von Gewalt im Kongo, denn westliche Soldaten mit UN-Mandat sind involviert.

Der Krieg in der Demokratischen Republik geht weit über militärische Auseinandersetzungen um die Macht im Staate hinaus: Politische Ziele sind eng verknüpft mit wirtschaftlichen Interessen der kämpfenden Parteien.

Hier ist die Verbindung zwischen direkter Gewalt und ökonomischen Interessen offensichtlich. Das Profitstreben der am Krieg beteiligten Armeen und Rebellenbewegungen unterläuft und unterhöhlt legislative, exekutive und judikative Macht und damit die Staatsgewalt, die Menschen schützen soll. Der wirtschaftlich motivierten Gewalt sind Millionen Kinder, Frauen, Männer, Großeltern ... schutzlos ausgeliefert, da kein Staat mehr existiert, der in der Lage wäre, ihren Schutz zu garantieren. Schulbesuch, Ernten, Geschäfte usw. können nicht mehr geplant werden. Zudem hat die Finanzierung des Krieges sowie die Korruption vieler am Krieg beteiligten Personen dazu geführt, dass von den wenigen Einnahmen der jeweiligen regionalen Herrscher für die Bevölkerung nichts mehr übrig blieb: Sozialleistungen gibt es in weiten Teilen der DRK nicht mehr. Mehr als 3 Millionen Menschen starben an den Folgen dieser Entwicklung.

Die Schutztauhöhlung mündet im Staatszerfall. In der Demokratischen Republik Kongo ist Staatszerfall aber kein plötzlicher Absturz. Er hat wie in anderen Ländern eine lange Vorgeschichte, die wir hier nachzeichnen.

Doch dies ist nur eine Seite der Medaille. Die kriegführenden Gruppen und Regierungen kaufen weltweit Waffen vom Erlös der in ihren Herrschaftsgebieten gefundenen Rohstoffe. Diese Rohstoffe landen bei uns: In der Kaffeetasse, Mobiltelefonen und Computern, Eheringen und Gartenmöbeln.

Dieser Teil der wirtschaftlichen Gewalt ist nicht mehr so offensichtlich wie der Raub vor Ort in den Kriegsgebieten. Weder die Kundinnen und Kunden der Endprodukte noch die meisten der Hersteller ziehen eine direkte Linie zwischen ihren Produkten und

der Fortführung eines Krieges. Doch diese Linie besteht. Ohne die Einnahmen aus dem internationalen Handel wäre der Krieg in seiner bisherigen Intensität nicht führbar gewesen.

Hier ist der Anknüpfungspunkt zur Arbeit von SÜDWIND: 1998 hat die achte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Harare (Simbabwe) die Überwindung von Gewalt als Thema der kommenden Zeit ins Auge gefasst. Sein Zentralausschuss hat am 4. Februar 2000 in Berlin die »Dekade zur Überwindung von Gewalt« für die Jahre 2001 bis 2010 ausgerufen und weltweit in Gang gesetzt. Parallel dazu haben auch die Regierungen der Welt in der UNO-Vollversammlung einstimmig die »Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt« ausgerufen. Nicht zuletzt rückt Papst Johannes Paul II. die Frage der Eindämmung von Gewalt durch mehr Gerechtigkeit seit langem zunehmend in den Mittelpunkt seiner Reden und Verlautbarungen.

SÜDWIND greift dieses Bemühen um das Verständnis der Ursachen und um die Eindämmung von Gewalt mit der Edition »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« auf.

Der erste Band (»Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rollen der Weltorganisationen«) versucht, das Wesen wirtschaftlicher Gewalt genauer zu fassen und ihre Strukturen speziell mit Blick auf die Nord-Süd-Beziehungen näher zu beschreiben. Die folgenden Bände wenden sich nun ausgewählten Beispielen zu (siehe letzte Seite).



© 2003 SÜDWIND

2. 1482–1997: 500 JAHRE AUSBEUTUNG UND PLÜNDERUNG

Es ist mittlerweile fast verpönt, bei der Betrachtung der Probleme von Entwicklungsländern die Auswirkungen von Sklavenhandel und Kolonialzeit anzuführen. Gegner einer solchen Argumentation führen an, die Staaten seien seit rund vier Jahrzehnten selbständig und damit für die eigene Entwicklung allein verantwortlich. Anfang der neunziger Jahre verfasste die Kamerunerin Axelle Kabou eine vehemente »Streitschrift gegen schwarze Eliten und weisse Helfer«, in der sie polemisch, einseitig und doch in einigen Bereichen sehr treffend ein Ende der Debatte »Wer ist schuld?« verlangte und zugleich einen Aufbruch der afrikanischen Eliten forderte (*Kabou 1993*). Doch die Geschichte der Demokratischen Republik Kongo (DRK)¹ kann bei der Bewertung der heutigen Ereignisse nicht außer acht gelassen werden.

2.1 »Entdeckung«, portugiesischer Einfluss und Sklavenhandel

Als 1482 die ersten Portugiesen die Mündung des Kongoflusses erreichten, gab es an der Küste und im Landesinneren ein großes Königreich, das Teile des heutigen Nordens von Angola, des Westens der heutigen Demokratischen Republik Kongo und Gebiete des heutigen Staates Kongo-Brazzaville umfasste. Ein von Stammeshäuptlingen gewählter König, der sich »Mani-Kongo« nannte, regierte das in sechs Provinzen aufgeteilte Land »direkt und effektiv« (*Ki-Zerbo 1993, S. 190*).

Der König herrschte »mittels einer ausgetüftelten Zivilverwaltung«, die Steuern eintrieb. Als Währung dienten Kaurimuscheln, deren Verbreitung – und damit den Wert des Geldes – der König kontrollierte. In seinem Reich wurden Eisen und Kupfer verarbeitet, Stoffe hergestellt, verschiedenste Früchte angebaut und Tiere gezüchtet (*Hochschild 2002, S. 18–19*). Weitere Königreiche umgaben sein Reich.

¹ Die Demokratische Republik Kongo, abgekürzt DRK, hieß von 1972 bis 1997 Zaire. Die vorliegende Studie verwendet je nach beschriebenem Zeitraum beide Begriffe.

Der von 1502 bis 1543 regierende Mani-Kongo ließ sich taufen und regierte fortan als Alfonso I. Neben Missionaren kamen auch Maurer und Zimmerleute aus Portugal, erste Kirchen und Schulen wurden gebaut, tausende Untertanen ließen sich ebenfalls taufen, die kongolesische Oberschicht schickte ihre Kinder zur Ausbildung nach Portugal. Doch die Portugiesen verlangten die Lieferung von Elfenbein und Sklaven als Gegenleistung für ihre technische Hilfe und Waffen (*Bertaux 1993, S. 134–136*).

Die Bedeutung des Sklavenhandels stieg rapide: Die Portugiesen und die Spanier eroberten weitere Kolonien in Amerika. Für die dort aufgebauten lukrativen Plantagen brauchten sie Arbeitskräfte. Dies führte dazu, dass die Portugiesen immer mehr Sklaven verlangten. Es gab kein anderes »Handelsgut«, mit dem sich so viel Geld verdienen ließ. Alfonso I. beschwerte sich immer wieder in langen Briefen beim portugiesischen König über den zunehmenden Sklavenhandel.

»Tag für Tag schnappen und entführen die Händler Leute aus unserem Volk – Kinder dieses Landes, Söhne unserer Edlen und Vasallen, sogar Leute aus unserer eigenen Familie ... Diese Verderbnis und Schlechtigkeit ist so verbreitet, dass unser Land völlig entvölkert wird ... Wir benötigen in diesem Königreich nur Priester und Lehrer und keine Handelsgüter, außer wenn es sich um Wein und Mehl für die Messe handelt. ... Wir wünschen, dass dieses Königreich kein Ort für den Handel oder den Transport von Sklaven sei.«

BRIEF ALFONSOS I. AN DEN PORTUGIESISCHEN
KÖNIG JOAO III. AUS DEM JAHR 1526
(QUELLE: HOCHSCHILD 2002, S. 24).

Die Portugiesen profitierten von der Bereitschaft der lokalen Herrscher, ihnen Sklaven zu verkaufen. Auch im Kongogebiet arbeiteten Menschen als Sklaven. Meist handelte es sich bei ihnen um Kriegsgefangene, Straftäter und Schuldner. Im Osten des Landes wurden Menschen auch an arabische Sklavenhändler verkauft. Die Behandlung der Sklaven innerhalb des Kongogebietes war jedoch in der Regel wesentlich besser als die Praktiken der europäischen Sklavenhalter (*Ki-Zerbo 1993, S. 217–219*).

Neu war die Dimension des Sklavenhandels. Alfonso I. erlebte bis zu seinem Tod 1543 nur die Anfänge mit. Unter seinen Nachfolgern zerfiel das Reich unter tätiger Mithilfe der Portugiesen, die immer wieder mit Soldaten in Aufstände und Grenzstreitigkeiten eingriffen. Sie bauten feste Stützpunkte im Norden Angolas und schürten Kriege zwischen afrikanischen Staaten. »Das gab ihnen die Gelegenheit, Feuerwaffen zu verkaufen oder besser gegen Gefangene einzutauschen, die als Sklaven nach Amerika verschickt wurden« (Bertaux 1993, S. 137).

Die Gier nach Sklaven zerstörte die vorhandenen Strukturen und entvölkerte ganze Landstriche. Neue Herrscher eroberten mit Hilfe der Sklavenhändler eigene Reiche und verpflichteten sich im Gegenzug, Sklaven zu liefern (Bertaux 1993, S. 139).

Schätzungen gehen davon aus, dass im Laufe von rund 350 Jahren allein aus Westafrika zwischen 12 und 20 Millionen Menschen verschleppt wurden. Davon kamen mehrere Millionen aus dem Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo. Noch viel mehr Menschen starben bei den Kämpfen, die dem Gefangenenehmen der Sklaven vorausgingen. »Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass die Bevölkerung Westafrikas im Jahre 1850 ohne den Sklavenhandel doppelt so groß gewesen wäre« (Inikori 2001, S. 558).

Neben der Zerschlagung von staatlichen Strukturen und Millionen Toten waren auch die psychologischen Konsequenzen verheerend. »Der Sklavenhandel zog bei vielen Afrikanern moralische und ideologische Traumata nach sich. Die Entführer hatten keine Achtung mehr vor den Menschen. Und selbst die Kongolesen, von denen die ersten Europäer sagten, sie hätten ein hohes Idealbild von der Menschlichkeit, hatten diese Idee vergessen.« (Ki-Zerbo 1993, S. 231)

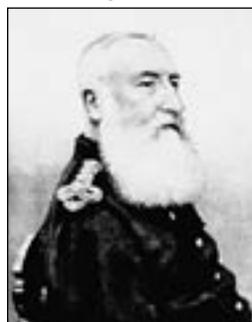
2.2 Privatbesitz des belgischen Königs Leopold

Mit dem schrittweisen Verbot des Sklavenhandels Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts zumindest in den Kolonien der europäischen Staaten sank das Interesse am Kongogebiet. Im Inneren des Landes hatten einige Fürstentümer und Königreiche den Sklavenhandel überdauert oder waren durch die Unter-

stützung der Sklavenhändler erst entstanden (Ki-Zerbo 1993, S. 344–361).

Lange Zeit waren diese Gebiete ein »weißer Fleck« auf den europäischen Landkarten. Das änderte sich Ende des 19. Jahrhunderts. Angetrieben wurde die »Erforschung« des Kongogebietes durch den belgischen König Leopold II. Dieser wollte, gegen den Willen des eigenen Volkes sowie des Parlamentes, Kolonien erwerben. Er beauftragte den Forschungsreisenden Henry Morton Stanley mit der Erfassung des Kongogebietes (Hochschild 2002, S. 35–155).

1885 versammelten sich in Berlin (»Berliner Konferenz«) alle interessierten europäischen Mächte und teilten die noch nicht unterworfenen Gebiete der Erde unter sich auf. Leopold II. erhielt als persönliches Eigentum ein riesiges Gebiet in Zentralafrika,



LEOPOLD II
(QUELLE: WWW.UN.INT/
DRCONGO/HISTORY)

das nur eine schmale Verbindung zum Meer hatte. Mehr war nicht mehr möglich: Nördlich der Mündung des Kongoflusses saßen bereits die Franzosen, weiter im Süden die Portugiesen. Der so neu auf dem Reißbrett entstandene »Kongo-Freistaat« war fast achtmal größer als Belgien. Seine Grenzen wurden mehrfach mit euro-

päischen Mächten ohne Rücksicht auf die Siedlungsgebiete der Bewohner nachverhandelt.

Leopold machte aus der Kolonie eine sprudelnde Geldquelle für seine Privatschatulle. Dies gelang nur durch die brutale Ausbeutung des Landes. Da er keine großen Summen investieren wollte, verlegte er sich auf Rohstoffe, die leicht zu gewinnen waren: Elfenbein, Kautschuk und Palmöl.

Jedes Dorf stand unter der Aufsicht von Soldaten der »Force Publique«, die die Ablieferung der geforderten Mengen Kautschuk und Elfenbein überwachten. Gelang es dem Dorf nicht, wurden drakonische Strafen verhängt. Viele Berichte von Missionaren, doch auch die Tagebücher und Briefe der beteiligten Soldaten und Angestellten der Handelsgesellschaften belegen brutale Verbrechen: »... öffentliche Morde an Häuptlingen oder an ihren Leuten durch europäische Agenten der Gesellschaft, Vergewaltigung und Entführung von Frauen, Verstümmelungen an Armen, Beinen und Genitalien, Aufspießen von jungen Mädchen und Frauen, Szenen von Kannibalismus, Blutschande, zu der Aufsässige in aller Öffentlichkeit gezwungen wurden usw.« (Ki-Zerbo 1993, S. 504).

Berüchtigt wurde das Abhacken von Gliedmaßen als Strafe oder auch als Beleg für die Tötung von Kongolesen: »Da Soldaten in Kongo über jede verschossene Patrone Rechenschaft ablegen mussten, hackten sie ihren Opfern lieber Hände, Füße und Geschlechtsteile ab. Diese Körperteile wurden geräuchert und körbweise den Kommandeuren als Beweis vorgelegt, dass die Soldaten ganze Arbeit geleistet hatten« (*Wrong 2002, S. 53*).

Die Soldaten der Force Publique bestanden zum Teil aus Waisenkindern, deren Eltern ermordet und die dann zu Tausenden verschleppt und zu Soldaten ausgebildet wurden. Auch Söldner aus westafrikanischen Staaten waren im Einsatz – immer unter dem Oberkommando der Kolonialherren (*Wrong 2002, S. 51–52*). 1905 bestand die Söldnertruppe aus 360 europäischen Offizieren und rund 16.000 Afrikanern (*Fieldhouse 1985, S. 314*).

Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zu einer weltweiten Protestkampagne gegen die Zustände im Kongo. Laut Bericht einer Untersuchungskommission starben in den 23 Jahren der alleinigen Regentschaft Leopolds II. (1885–1908) rund 3 Millionen Menschen. Neuere Studien gehen davon aus,

Auf einem Foto aus dem Kongo ist ein Mann zu sehen, der eine Hand und einen Fuß seiner fünfjährigen Tochter anstarrt. Diese waren abgeschlagen worden, da er nicht genügend Kautschuk abgeliefert hatte. Ein anderes Bild zeigt zwei Jugendliche. Die Hände des einen sind völlig zerstört, da ihm zu enge Fesseln angelegt wurden und er Wundbrand bekam. Dem andern fehlt eine Hand. Soldaten schlugen sie ab, um ihn als Getöteten mitzählen zu können.

(ABGEBILDET IN HOCHSCHILD, 2002)

dass sich die Bevölkerung halbierte. Demnach kann von bis zu 10 Millionen direkten und indirekten Opfern ausgegangen werden. Ein Teil von ihnen starb durch Mord, andere durch Verhungern und Erschöpfung. Viele starben an Krankheiten, die sie sich zuzogen, da sie in den Regenwald geflüchtet waren. Zudem sank die Geburtenrate (*Hochschild 2002, S. 347–361*).

Viele belgische Baudenkmäler, Paläste, Gärten und Parks – heutige Touristenattraktionen – finanzierte der König aus seiner Privatschatulle. Erst langsam beginnt in Belgien eine Diskussion um diese Vergangenheit und um die Frage, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen »der Instabilität des

Kongo und den Strukturen und Denkmustern, die Belgien hinterlassen hat«. (*Bachmann 2003*)

2.3 Belgische Kolonialherrschaft 1908–1960

1908 wurde der Kongo aus dem Privatbesitz des Königs an den Staat Belgien übertragen. Es dauerte viele Jahre, herauszufinden, an welchen im Kongo tätigen Firmen Leopold II. beteiligt war. Erschwert wurden die Recherchen dadurch, dass Leopold II. alle wichtigen Unterlagen verbrennen ließ (*Hochschild 2002, S. 450*).

In den folgenden Jahren gingen die Berichte über Gräueltaten deutlich zurück. Die Verwaltung wurde reformiert, was zu einer weitgehenden Zerschlagung noch vorhandener traditioneller politischer Strukturen führte (*Fieldhouse 1985, S. 318*).

Ziel blieb die rigorose Ausbeutung der Bevölkerung und der Ressourcen des Landes. Durch die Einführung einer hohen Kopfsteuer wurden die Menschen gezwungen, entweder wild wachsende Produkte (Kautschuk, Palmöl) zu sammeln oder sich auf den neu aufgebauten Plantagen als Arbeitskräfte zu verdingen.

Zudem mussten die Häuptlinge festgelegte Quoten von Arbeitern bei den Werbern der entstehenden Minen melden. Im Grunde handelte es sich auch hier um Zwangsarbeit: »Wenn ein Arbeiter floh, konnte ein Mitglied seiner Familie inhaftiert werden – kaum anders als beim alten Geiselsystem.« Die Arbeitsbedingungen in den Minen waren verheerend: »In den Kupferminen und Hüttenwerken von Katanga starben zwischen 1911 und 1918 etwa 5000 Arbeiter« (*Hochschild 2002, S. 427*).

Die belgischen Minenkonzerne investierten in den nächsten Jahrzehnten große Summen in den Bergbaugebieten. »Der Kongo war zu damaliger Zeit der wichtigste Uranproduzent. Außerdem lieferte er 1958 63% des Weltkobaltbedarfs, 75% der Industriediamanten, 8,3% des Kupfers und 4,3% des Zinks« (*Ki-Zerbo 1993, S. 582*). Aus kongolesischem Uran wurden die ersten Atombomben gebaut.

Historiker betonen, die Ausbeutung durch die belgische Kolonialverwaltung sei nicht schlimmer gewesen als in den Kolonien anderer Staaten (z.B. *Bertaux 1993, S. 320*).

Selbst wenn dies so gewesen sein sollte: Zwangsarbeit war an der Tagesordnung, der Gebrauch der

Peitsche wurde erst 10 Monate vor der Unabhängigkeit 1960 verboten (*Wrong 2002, S. 58*).

Am schwerwiegendsten für die Zukunft des Landes war jedoch der systematische Ausschluss von Kongolesinnen und Kongolesen von höherer Bildung und leitenden Funktionen. 1950 besuchten nur rund 50 Prozent der Kinder die Volksschule. Der Besuch von weiterführenden Schulen wurde erst 1948 erlaubt (*Ki-Zerbo 1993, S. 584*). Zum Ende der Kolonialzeit 1960 gab es weniger »als 30 Afrikaner mit Hochschulabschluss. Weder kongolesische Offiziere noch Ingenieure, Agronomen oder Ärzte standen bereit (...). So waren von etwa 5000 leitenden Angestellten im öffentlichen Dienst nur ganze 3 Afrikaner« (*Hochschild 2002, S. 460*).

2.4 Die Ära Mobutu 1960–1990: Der kalte Krieger mit dem Geld des Westens

1955 legte Professor Jef van Bilsen einen Plan vor, der nach einer 30-jährigen Übergangsphase die Unabhängigkeit ermöglichen sollte. In dieser Zeit sollte eine afrikanische Führungselite geschaffen werden. Die belgische Öffentlichkeit dachte nicht an die Aufgabe der Kolonie und lehnte den Plan ab. Zeitgleich bildeten sich im Kongo erste Gruppen und Parteien, die die Unabhängigkeit forderten. Kontakte zu anderen gerade frei gewordenen Staaten wurden aufgebaut. Anfang Januar 1959 kam es zu ersten Unruhen, die die Belgier brutal niederschlugen. Binnen kurzer Zeit entstanden rund 20 Parteien, von denen einige die Forderung nach sofortiger Lösung von Belgien erhoben (*Indongo-Imbanda 2002, S. 4–6*).

Zunehmende Unruhen veranlassten die Belgier, der Unabhängigkeit der Kolonie zuzustimmen. Der 30. Juni 1960 wurde zur Geburtsstunde des Staates Kongo. Innerhalb der von den Kolonialmächten bestimmten Grenzen lebten rund 350 Volksgruppen, die vier Hauptsprachen und eine Vielzahl von Dialekten sprachen (*Körner 1993, S. 505*).

Nach allgemeinen Parlamentswahlen wurde Joseph Kasavubu erster Staatspräsi-



FOTOS DIESER SEITE:
LINKS: MOBUTU SESE SEKO;
RECHTS: PATRICE LUMUMBA (FOTOS:
WWW.UN.INT/DRCONGO/HISTORY)

dent und Patrice Lumumba Chef der »Regierung der Nationalen Einheit«. Die Belgier besetzten weiterhin die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft und stellten die Offiziere der Armee. Im Juli 1960 wurde nach Meutereien gegen belgische Offiziere der damals gerade dreißigjährige Joseph Désiré Mobutu zum Generalstabschef der Armee ernannt.

Regierungschef Lumumba wollte seinem Land einen eigenen Weg ermöglichen. Die Belgier ließen dies nicht zu: Die rohstoffreichen Provinzen Katanga (auch Shaba genannt) und Kasai bildeten mit belgischer Unterstützung Truppen aus und forderten einen eigenen Staat. Es folgte ein Bürgerkrieg, in den belgische Truppen auf Seiten der Rebellen eingriffen. Die Kämpfe forderten mehr als 100.000 Menschenleben und konnten erst 1963 durch UN-Truppen beendet werden. Die Folgen waren für das ganze Land verheerend.

Die Parteien des Landes stritten um Auswege aus der Krise und der charismatische Lumumba suchte dringend Unterstützung, um ein Auseinanderbrechen des Kongo zu verhindern. Er wandte sich auch an die Sowjetunion, die Ausbilder sowie militärisches Material schickte. Damit wurde Lumumba zum Spielball im Kalten Krieg: Die USA waren nicht bereit, den Einfluss in einem Land voller für die Rüstung sehr wichtiger Rohstoffe zu verlieren. Auch die großen, meist belgischen Minenkonzerne waren gegen Lumumba. Der CIA und der belgische Geheimdienst arrangierten 1961 die Entführung, Folterung und Ermordung des Politikers (*Morgenrath 2001, S. 23–24 / Wrong 2002, S. 67–89*). Auch die örtlichen Vertreter der Vereinten Nationen wussten vermutlich vom bevorstehenden Mord (*Braumann 2002, S. 32*).

Während die Parteien und Politiker weiter um die Macht stritten, wurde Mobutu als oberster Militär zum mächtigsten Mann des Landes. 1965 übernahm er durch einen von den USA unterstützten Staatsstreich auch offiziell die Macht und verbot alle politischen Aktivitäten. 1967 gründet er eine Einheitspartei (MPR – Mouvement Populaire de la Révolution), der alle Kongolesen laut Verfassung mit ihrer Geburt beitraten.

Mobutu gab sich strikt antikommunistisch. Im Westen galt er daher als die »Stimme der Vernunft«. Er war gern gesehener Gast der Regierungschefs westlicher Staaten und noch 1989 der erste afrikanische Staatschef, den US-Präsident George Bush senior empfing (*Hochschild 2002, S. 463*). Schwerste Menschenrechtsverletzungen wurden ihm daher ebenso verziehen wie die persönliche Bereicherung aus der Staatskasse.



Mobutu konnte immer auf die Hilfe Belgiens, Frankreichs und der USA zählen. Diese stellten bei Aufständen gegen den Diktator mehrfach sogar eigene Truppen zur Verfügung und retteten ihm die Macht.

Herrschaft durch Ausplünderung

Aus Angst vor einer Absetzung schuf Mobutu ein System, in dem alle Macht auf ihn zugeschnitten war. Systematisch kaufte er politische Gegner ein, indem er sie zeitweise an der Macht beteiligte und zuließ, dass sie sich in dieser Zeit bereicherten. Viele machten dieses Spiel mit. In den 32 Jahren seiner Herrschaft ließ er 51 Kabinette bilden, jedes mit einer Vielzahl von Ministern. Diesen wurde signalisiert, sie sollten in möglichst kurzer Zeit reich werden. Wurden sie abgesetzt, verschwanden sie oft mitsamt Mobiliar, technischer Ausrüstung und Dienstwagen aus den Ministerien. Ähnlich verfahren immer wieder neu ernannte Provinzgouverneure, Armeeoberbefehlshaber und Führungskräfte der Staatsunternehmen.

Dies führte zu einer extrem reichen Staatsklasse, während weite Teile der kleinbäuerlichen Bevölkerung in absoluter Armut lebten und sich mit Subsistenzwirtschaft über Wasser hielten (Körner 1993, S. 514–515).

Oppositionelle wurden, wenn möglich, ebenso bestochen wie ausländische Journalisten, Geschäftsleute und Politiker (Wrong 2002, S. 302).

Eine Weile funktionierte dieses System: Der Kongo exportierte große Mengen wertvoller Rohstoffe und Mobutu erhielt einen gehörigen Teil der Einnahmen zur persönlichen Verfügung. Er verteilte die Gelder und erhielt damit seine Macht.

Anfang der siebziger Jahre zeichneten sich erste Probleme ab. Mobutu verkündete 1972, das Land heiße in Zukunft Zaire und er selbst Mobutu Sese-Seko. Sein Konzept der »Authentizität« sollte zu einer Rückkehr zu den Werten

der Vorfahren führen. Ein Jahr später wurden die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht und in der Folgezeit an Kader von Mobutus Partei weitergereicht (Indongo-Imbanda 2002, S. 9).

Mobutu selbst behielt unter anderem vierzehn Kautschuk- und Kakaoplantagen und wurde dadurch mit rund 25.000 Beschäftigten zum größten Arbeitgeber des Landes (Wrong 2002, S. 98).

Kurz darauf begann im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise der Verfall der Preise für die wichtigsten Exportprodukte des Landes. Der Kupferpreis beispielsweise halbierte sich zwischen 1970 und 1980 (SÜDWIND 2003, S. 33). Die vollständige Abhängigkeit vom Export der Rohstoffe erwies sich als fatal.

Mobutus Machtapparat verschlang einen immer größeren Teil der sinkenden Einnahmen der Bergbaukonzerne. Diese konnten nicht in neue Anlagen investieren und die Produktion sank immer weiter. Ausländische Firmen mieden zunehmend Investitionen, da ihnen das Risiko zu hoch erschien. Das Land versank mehr und mehr in Korruption und Rechtlosigkeit, die jede ökonomische Planung untergruben (Mair 2002, S. 41).

Neben den ökonomischen Folgen waren auch die psychologischen Auswirkungen verheerend. Mobutu und sein Umfeld bereicherten sich hemmungslos und dies blieb straflos. »Der Präsident persönlich verkündete die neue Lebensphilosophie, als er in einer vom Fernsehen live übertragenen Rede vor Angestellten sagte: ‚Nur zu, stehlt, was ihr braucht, so lange ihr nicht zu viel nehmt.‘« Dies führte »zu einem

MOBUTU SESE SEKO ZU GAST BEI BUNDESKANZLER HELMUT SCHMIDT, 26.1.1977 IN BONN (FOTO: DPA / PETER POPP)



**Abbildung 1:
Die Gläubiger der Demokratischen Republik Kongo**

Schulden (Barwert) in	Mio. US \$	% der Gesamtsumme
Gesamt:	12.129,7	100%
Davon		
Multilateral	2.760,5	22,8
davon		
Weltbankgruppe	880,5	7,3
Inter. Währungsfonds	502,9	4,1
Afrik. Entwicklungsbank	1.141,4	9,4
Pariser Club (1)	8.608,7	71
davon		
USA	2.568,3	21,2
Frankreich	1.359,2	11,2
Belgien	1.043	8,6
Italien	950,9	7,8
Deutschland	907,9	7,5
Japan	691,3	5,7
Niederlande	504,4	4,2
Großbritannien	242,5	2
Verein. Arabische Emirate	152,5	1,3

(1) informeller Zusammenschluss der wichtigsten Gläubigerstaaten
©2003 SÜDWIND (Quelle: IWF 2002, S. 30)

bis dahin unbekanntem Ausmaß an sozialer Verwahrlosung« (*Wrong 2002, S. 101*).

Das Ausland zahlt weiter

Trotz der offensichtlichen Ausplünderung des Landes blieben Mobutus Bündnispartner treu. Mit Beginn der Wirtschaftskrise nahmen die Auslandsüberweisungen sogar noch zu. Der offizielle Teil bestand aus Krediten und Entwicklungshilfe. Hinzu kamen die Gelder, die Mobutu im Auftrag westlicher Staaten an rechte Rebellenorganisationen wie beispielsweise die UNITA in Angola weiterreichen sollte, von denen er jedoch vermutlich einiges für sich abzweigte.

Dem Internationalen Währungsfonds lagen detaillierte Berichte darüber vor, wie Mobutu sowohl Erlöse der großen Unternehmen als auch Teile der Kredite und Entwicklungshilfezahlungen stahl. Er-

win Blumenthal, 1978 IWF-Repräsentant im Zaire, schrieb bezogen auf die Politik von Weltbank und IWF:

»Allen Verantwortlichen in beiden Organisationen muß klar sein, dass sich jeder Versuch einer strengen Kontrolle des zairischen Staatshaushalts einem Haupthindernis gegenüberstellt: dem Präsidialamt. Jede Überwachung von dessen finanziellen Transaktionen erwies sich als unmöglich. Dort wird kein Unterschied zwischen den Ausgaben für den Staat und den Präsidenten gemacht. Wie können internationale Institutionen und westliche Regierungen Präsident Mobutu immer noch blind vertrauen?« (*Zitiert nach: Wrong 2002, S. 197*).

Die Vergabe von Krediten lief dennoch nahezu ungestört weiter. Die rund 12 Milliarden US-Dollar Schulden (Barwert) der DRK sprechen für sich (siehe **Fallbeispiel 1** und **Abbildung 1**).

Fallbeispiel 1: Gläubigerstaaten, IWF und Weltbank: Geld wurde wissentlich verschwendet

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank knüpfen die Gewährung von Krediten an strenge Auflagen. Theoretisch zumindest. Das Beispiel Zaire zeigt, dass politische Motive jeden ökonomischen Sachverstand überdecken können. Dass Staatschef Mobutu (1965–1997) einen großen Teil der Einnahmen des Staates für die private Verwendung sowie zur Erhaltung seiner Macht abzwang, war spätestens Anfang der siebziger Jahre allgemein bekannt.

1978 beschrieb Erwin Blumenthal, der damalige Repräsentant des IWF in Kinshasa, das Verschwinden großer Summen aus den Kassen der staatlichen Firmen und der Zentralbank – was zu seiner Ablösung führte.

Der Internationale Währungsfonds unterbrach zwar die Zusammenarbeit mit Mobutu für einige Jahre, doch IWF und Weltbank wurden bald durch die westlichen Staaten dazu gedrängt, neue Gelder zu gewähren. Nach der Bewilligung neuer IWF-Mittel erhielt Mobutu auch weitere Kredite anderer Geldgeber. Zudem wurden ausstehende Zahlungen Zaires von den westlichen Gläubigern neun mal großzügig umgeschuldet (*Callaghy 2001*). »Die Geduld der Gläubiger mit Mobutu schien in den Zeiten des Kalten Kriege nahezu grenzenlos.« (*Reno 2001, S. 3*)

Größter Gläubiger sind die USA (2,5 Mrd. US-Dollar), gefolgt von Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland (0,9 Mrd.) (**Abbildung 1**).

Nach 1989 war die Geduld vorbei. Die USA unterbrachen ebenso wie IWF und Weltbank alle Hilfeleistungen, Mobutu stellte daraufhin die Bedienung der Schulden ein. Mittlerweile stiegen die Schulden inklusive der Zinsen für Zahlungsrückstände auf mehr als 12 Milliarden US-Dollar (Barwert).

Die Gläubiger diskutieren trotz dieses historischen Hintergrundes nicht über die Frage, ob die Schulden unrechtmäßig sind und daher vollständig erlassen werden müssten. Dabei stellen die Gläubigerinstitutionen ausdrücklich fest: »Die DRK taucht auf aus 35 Jahren der Verwüstung« (*IWF 2002, S. 6*). Die Kredite wurden Mobutu mit dem Wissen gegeben, dass dieser das Land verwüstete.

Schuldenerlass zu wessen Gunsten?

Verhandelt wird derzeit lediglich über einen Teilerlass, durch den die Schulden auf rund 2,3 Milliarden US-Dollar reduziert werden. Unmittelbar nach dem für 2005 geplanten Erlass werden die Schulden durch die Aufnahmen neuer Kredite – unter anderem zur Bedienung der noch ausstehenden Kredite – wieder deutlich ansteigen (*IWF 2002, S. 35*).

Vorraussetzung für den Schuldenerlass ist die Vorlage eines Strategie-Papiers zur Armutsbekämpfung, das mit der Zivilgesellschaft des Landes abgestimmt werden muss. Dieses liegt in einer vorläufigen Fassung seit Mai 2002 vor (*Weltbank 2002*). Aus dem Papier geht allerdings nicht hervor, wie die Zivilgesellschaft eines Landes ohne funktionierende Zentralregierung einbezogen wurde oder welche Vorschläge die Gläubiger haben, wie ein solcher Prozess angeschoben und finanziert werden soll. Die Weltbank stellt zudem fest, dass die Datenlage in der DRK sehr schlecht ist (*Weltbank 2002, S. 9*). Wie dann Zivilgesellschaft und Regierung exakte Angaben darüber erstellen sollen, was mit den freiverwendenden Mitteln geschehen soll, ist schleierhaft.

Laut IWF und Weltbank sind die nach dem Erlass verbleibenden Schulden für die DRK tragbar. Voraussetzung für diese Aussage ist jedoch, dass die Wirtschaft des Landes zwischen 2002 und 2021 im Schnitt um jährlich 6,4 Prozent wächst. Die Exportsteigerungsraten sollen bis 2011 im Schnitt bei 15,3 Prozent pro Jahr und in der folgenden Dekade bei jährlich 10,2 Prozent liegen. Zudem wird ein Zufluss durch ausländische Direktinvestitionen von 358 (2001–2011) und 773 (2012–2021) Millionen US-Dollar pro Jahr (*IWF 2002, S. 28 und 38*) angenommen. Diese Prognosen sind, selbst falls Frieden geschlossen wird, vollkommen unrealistisch. Kommt es zum Wiederaufbau des Landes, wird die DRK auch nach dem Erlass einen großen Teil der Steuereinnahmen für den Schuldendienst verwenden müssen – und permanent wieder neue Schulden machen.

2.5 Das Ende Mobutus 1990–1996: Der offene Zerfall des StaatesZaire

Der Zerfall des Zaire begann nicht erst mit dem Bürgerkrieg 1996, sondern bereits Ende der achtziger Jahre. Beschleunigt wurde der Prozess mit dem Ende des Kalten Krieges: Mobutu erhielt kein Geld mehr aus dem Ausland. Man ließ ihn fallen, da er seinen (einzigen) Wert als »Bollwerk gegen den Kommunismus« verloren hatte. »Plötzlich verlangten die USA und andere Staaten, die jahrzehntelang Komplizen seiner verbrecherischen Herrschaft gewesen waren, Demokratie und Respekt vor den Menschenrechten« (Körner 1997, S. 8).

Die westlichen Geldgeber reduzierten ihre Entwicklungshilfeszahlungen und veranlassten, dass Weltbank und Internationaler Währungsfonds keine Kredite mehr gaben.

Der wirtschaftliche Niedergang ...

Dabei brauchte Mobutu gerade zu dieser Zeit immer mehr Geld von außen. Seine Herrschaft baute weder auf eine starke Bürokratie noch auf einen schlagkräftigen Sicherheitsapparat auf. Im Gegenteil: Beide wurden systematisch geschwächt, um Konkurrenz zu vermeiden. Er war abhängig davon, seine Klientel finanziell zu bedienen und sich damit ihre Unterstützung zu sichern. Dieser »Klientelismus trägt in gewisser Hinsicht den Keim seiner Selbstzerstörung in sich. Um eine ausgeklügelte ethno-regionale Balance aufrechtzuerhalten und die wachsenden Bedürfnisse der Begünstigten zu befriedigen, wächst der Bedarf an Ressourcen kontinuierlich.« (Debiel 2003, S. 16)

Diese Ressourcen waren nicht mehr zu erwirtschaften: Die Rohstoffpreise waren stark gefallen und zugleich sank die Produktion der großen Minen. Diese zerfielen mehr und mehr,



AKTEN IM EINWOHNERMELDEAMT IN MASI-MANIMBA IM FEBRUAR 1992 (FOTO: THOMAS GERHARDS)

da ihnen Gelder entzogen wurden, ohne nötige Investitionen vorzunehmen. Die Produktion der größten Kupferminengesellschaft, Gécamines, fiel beispielsweise von 550.000 Tonnen im Jahre 1975 auf weniger als 50.000 Tonnen im Jahr 1993 (Dietrich 2002, S. 7).

Parallel dazu verschob sich die Verwendung der Staatseinnahmen. Verbrauchte Mobutu in den siebziger Jahren noch rund ein Drittel der Staatseinnahmen für eigene Zwecke, so stieg der Wert bis 1992 auf 95 Prozent. Zugleich sanken die Ausgaben für Soziales gegen Null (Reno 2001, S. 5, **Abbildung 2**).

Abbildung 2:
Verwendung der Staatseinnahmen 1972–1992
(in Prozent)

	Präsident	Landwirtschaft	Sozialer Bereich
1972	28	29,3	17,5
1974	26	32,1	12,4
1976	29	30,9	13,2
1978	29	41	11
1980	33	42	11
1982	35	32	10
1984	39	30	9
1986	39	29	7
1988	49	18	4
1990	80	11	2
1992	95	4	0

©2003 SÜDWIND

(Quelle: Reno 2001, S. 5)



PALMÖLFABRIK IN MAYAMBA, EINZIGE VON EHEMALS 9 FABRIKEN DER REGION, DIE 1992 NOCH IN BERIEB WAR, WURDE 1997 AUFGEGBEN. (FOTO: THOMAS GERHARDS)

Schulen und Krankenhäuser wurden nicht mehr vom Staat unterhalten, die dort Beschäftigten erhielten keine Löhne mehr. Auch Straßen und die gesamte weitere Infrastruktur verfielen. Ohne die Kirchen wären weite Teile des Sozial- und Schulsystems zusammengebrochen (siehe **Fallbeispiel 2**).

Die offiziellen und halboffiziellen Einnahmen aus dem Export sanken von mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 1989 auf rund 1 Milliarde im Jahr 1995. Zugleich schrumpften die Entwicklungshilfezahlungen von einem Höchststand 1990 (823 Millionen US-Dollar) auf ein Viertel (*Reno 2001, S. 5, **Abbildung 3***).

Mobutu ging das Geld aus. Dem konnte auch das wiederholte schlichte Nachdrucken von Geldscheinen

nicht abhelfen. Die Inflationsrate stieg drastisch an, die formelle Wirtschaft wurde noch weiter geschädigt, doch die realen Einnahmen stiegen nicht.

... führte zum politischen Machtverlust

Die zuvor direkt von Mobutu bezahlten Politiker und Militärs suchten sich neue lukrative Betätigungsfelder. Der Diktator verlor zunehmend die Macht.

Dem versuchte er entgegenzuwirken, indem er selbst die Kontrolle über den zunehmenden informellen Handel mit Rohstoffen und Gütern aller Art

Abbildung 3:
Erfasste Exporte und Entwicklungshilfeeinnahmen 1989–1995 (in Dollar)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Öl	167	148	165	40	130	156	160
Zinn	16,4	14,2	8,2	5,3	3,9	5,0	5,5
Diamanten	400	320	220	200	289	296	376
Kaffee	692	548	483	487	330	432	450
Kupfer	813	892	525	302	136	120	150
Kobalt	404	418	218	125	54	120	160
Zink	82	79	59	28	0	0	12
ODA*	634	823	494	262	178	235	?
Gesamt	3208	3242	2172	1449	1121	1344	?

*ODA: Overseas Development Assistance: offizielle Entwicklungshilfe

©2003 SÜDWIND

(Quelle: Reno 2001, S. 6)

Fallbeispiel 2: Politisch im Zwiespalt: Die Rolle der Kirchen

Kirchen gehören in der Demokratischen Republik Kongo zu den einflussreichsten Institutionen. Rund die Hälfte der Bevölkerung des Kongo sind Katholiken, etwa ein Fünftel Protestanten – überwiegend Mitglieder der Église du Christ au Congo (ECC) –, und etwas mehr als ein Fünftel gehört verschiedenen unabhängigen afrikanischen Kirchen an.

Der Kolonialstaat unterstützte die Missionen und bevorzugte dabei stark die belgische und katholische. Er übertrug Kirchen bzw. Missionen die Bereitstellung von Schulen und Gesundheitsposten, zuweilen auch Verwaltungsfunktionen. Dies erleichterte es den Kirchen, vor allem der katholischen, neue Mitglieder zu gewinnen. Sie boten Afrikanern den wichtigsten Weg zum sozialen Aufstieg. Auf der Führungsebene herrschten jedoch weiße Missionare vor, ein Grund für das Entstehen unabhängiger Kirchen und im afrikanischen Klerus nach mehr Eigenständigkeit.

Dieses Bestreben entsprach der nationalen Rhetorik Mobutus nach dessen Machtergreifung. Unter anderem deshalb standen die Kirchen ihm zu Beginn seiner Herrschaft neutral oder mit Wohlwollen gegenüber (damals genoss der Diktator noch beachtliche Popularität). Zu Konflikten kam es, als Mobutu zu Beginn der 1970er Jahre christliche Jugendorganisationen verbot, kirchliche Schulen und Universitäten verstaatlichte und sogar das Weihnachtsfest verbieten wollte. Er gab die Schulen nach wenigen Jahren zurück, da der Staat unfähig war sie zu führen.

Klare Proteste gegen Diktatur, Machtmissbrauch und Korruption kamen aus den Kirchen jedoch lange Zeit nur wenige, unter anderem weil Mobutu den hohen Klerus systematisch beschenkte. Viele hohe Geistliche hätten ohne seine Zuwendungen nicht den unter der Elite Zaires üblichen Lebensstandard halten können. Dies führte zu starken Spannungen zwischen niedrigem und hohem Klerus und unter den Bischöfen – die Gläubigen wussten, wer korrupt war.

Die politisch ambivalente Haltung der Kirchen ist durch bis heute bestehende Strukturen bedingt. Der Staat ist unfähig, ohne die Kirchen soziale Grunddienste zu leisten, Schul- und Gesundheitswesen sind zu rund 80 Prozent in kirchlicher Trägerschaft. In entlegenen Gebieten stellen Pfarreien manchmal den einzigen Zugang zu Kommunikationsmitteln. Damit wächst ihnen ein Prestige zu, das sie (zusammen mit internationalen Verbindungen) gegen die Regierung nutzen können.

Zudem sind die großen Kirchen nicht homogen. Nicht nur Spannungen zwischen niederem und hohem Klerus (dieser neigt im Interesse der Organisation zu stärker diplomatischem Vorgehen), sondern auch ethnische, regionale oder politische Gegensätze werden innerhalb der Kirchen ausgetragen. Laut dem amerikanischen Politologen Timothy Longman sind die Kirchen in Zentralafrika daher gleichzeitig Stütze der Herrschenden und Stimme der Unterdrückten.

Seit Ende der 1980er Jahre tritt im Kongo die zweite Rolle stärker hervor. Im Schutz der Kirchen bildeten sich Menschenrechtsgruppen, katholische und protestantische Bischöfe kritisierten Mobutus Herrschaft deutlicher. Die Nationalkonferenz von 1991-92 wählte den katholischen Bischof Monsengwo zu ihrem Vorsitzenden. Als Mobutu Anfang 1992 die Konferenz beenden wollte, mobilisierten Geistliche eine Demonstration von einer Million Menschen in Kinshasa. Die Konferenz konnte fortgeführt werden. Dass Bischof Monsengwo dort auf eine Verständigung mit Mobutu setzte und die Konferenz schließlich ohne Zustimmung der Beteiligten schloss, hat ihm allerdings auch Kritik eingetragen.

Nach dem Scheitern der Demokratisierung hat unter den Kirchen, die ihre Stellungnahmen oft abstimmen, die ECC stärker die politische Initiative übernommen. Versuche, den Bürgerkrieg beizulegen und seine Folgen zu lindern, stehen nun im Vordergrund. Die Kirchen haben im Jahr 2000 eine große Konsultation verschiedener sozialer Gruppen in Kinshasa einberufen, um Wege aus dem Krieg zu suchen. Auch versucht die ECC, mit den Kirchen Ruandas ins Gespräch zu kommen, was jedoch u.a. wegen der vom Krieg hinterlassenen Ressentiments schwierig ist.

Während des Krieges waren – oder sind – politische Initiativen auf nationaler Ebene wenig wirksam. Kirchen und kirchliche Initiativen vor Ort gehören jedoch zu den wichtigsten Quellen für Berichte über Massaker und Menschenrechtsverletzungen, vor allem im Ostkongo. Und um das Land wieder aufzubauen, wird den Kirchen eine wichtige Rolle zufallen – nicht zuletzt weil sie zu den wenigen funktionierenden Organisationen gehören, die im ganzen Land präsent sind.

BERND LUDERMANN

anstrebte. Er ließ beispielsweise zu, dass die größte Diamantenmine (MIBA) verfiel und tausende Schürfer auf eigene Rechnung mit dem Abbau der Diamanten begannen. Die Produktion der MIBA fiel offiziell von 18 Millionen Karat (1960) auf 6,5 Millionen Karat in den neunziger Jahren. Zugleich stieg die Zahl der informell geförderten Diamanten drastisch an (*APPG 2002, S. 14*).

Mobutu hoffte, den Zwischenhandel von den Minen hin zur Diamantenverarbeitung in Antwerpen kontrollieren zu können und damit mehr Geld zu erwirtschaften als mit dem Betrieb der Mine. Doch die von ihm eingesetzten Zwischenhändler – Geschäftspartner, Söhne und Generäle – machten sich mehr und mehr selbstständig. Sie handelten auf eigene Rechnung, erzielten große Einnahmen und bauten ihre Macht über ganze Regionen aus (*Wrong 2002, S. 127*).

Der Zerfall der Wirtschaft wurde begleitet mit dem politischen Machtverfall Mobutus. 1990 kündigte der Diktator Reformen an, erlaubte die Gründung von Parteien und versprach Wahlen. Zugleich wurden mehrfach Streiks und Proteste blutig niedergeschlagen. Mobutu versuchte, durch Bestechung und massive Übergriffe seiner diversen »Sicherheitsorgane«, die Opposition zu zerschlagen. Zugleich ließ er selbst viele Parteien gründen und zersplitterte damit die Parteienlandschaft (*Indongo-Imbanda 2002, S. 11*).

HAUPTSTRAÙE VON KINSHASA NACH KIKWIT, ERBAUT IN DEN SIEBZIGER JAHREN, 1992 WAR DER ASPHALT WEITGEHEND VERSCHWUNDEN (FOTO: THOMAS GERHARDS)



Um die Oppositionsparteien schlagkräftiger zu machen, wurde 1991 eine »Nationale Konferenz« gegründet, die später durch den »Hohen Rat der Republik« ersetzt wurde. Mehrfach gelang es der Opposition, Etienne Tshisekedi als Premierminister durchzusetzen, der von Mobutu dann immer wieder abgesetzt wurde. Eine Übergangsverfassung wurde erarbeitet. Zeitweise sah es so aus, als könnte die Opposition – wie zeitgleich auch in anderen afrikanischen Staaten – einen friedlichen Machtwechsel erzwingen.

Das Militär bestand aus verschiedenen rivalisierenden Einheiten: Armee, Marine, Luftwaffe, Präsidentengarde, diverse Spezialeinheiten, Zivilgarde etc. Da nur noch selten Sold ausgezahlt wurde, plünderten die Soldaten ab 1990 zunehmend die Zivilbevölkerung aus, während die Generäle in Geschäfte einstiegen. Der General der Zivilgarde, Kpama Baramoto, besaß beispielweise Gold- sowie Diamantenminen, war beteiligt an Jointventures mit US-Firmen und Frachtfluggesellschaften, handelte auf eigene Rechnung mit den UNITA-Rebellen in Angola.

(*RENO 2001, S. 9*)

Verheerend für die Zukunft des Landes war Mobutus Versuch, zur Schwächung der Opposition ethnische Auseinandersetzungen zu schüren. Dabei verschärfte er gezielt bereits bestehende Rivalitäten. Im Osten des Zaire kam es daraufhin zu ersten Auseinandersetzungen. Diese führten 1992 in der Provinz Katanga zur Vertreibung von rund einer Million Menschen, die

aus der Provinz Kasai eingewandert waren. Zwischen 1991 und 1993 gab es im Nord-Kivu Kämpfe zwischen Menschen, die zum Teil schon vor Jahrhunderten (»Banyamulenge«), zum Teil auch erst vor Jahrzehnten, aus Ruanda und Burundi eingewandert waren (»Banyaruanda«) und anderen Bevölkerungsgruppen der Region (*UNDP 2001a, S. 10*).

Milizen bildeten sich und es drohte ein Ausufernd der Kämpfe, über die die Zentralregierung keine Kontrolle mehr hatte. Anfang 1994 konnten diese Auseinandersetzungen nach Vermittlung der Kirchen vorläufig beigelegt werden (*Indongo-Imbanda 2002, S. 16*).

2.6 Der Völkermord in Ruanda

In den Jahren seit 1994 waren Krieg und Frieden im Kongo auf engste Weise mit den Entwicklungen in Ruanda verknüpft. Seit 1990 herrschte dort offener Bürgerkrieg. Der Krieg hat seine Wurzeln in der Kolonialzeit. Sowohl die Deutschen (1899–1916) als auch die anschließend herrschenden Belgier bauten gemäß dem Motto »teile und herrsche« die Gruppe der Tutsi, die eine Minderheit von 12 und 19 Prozent der ruandischen Bevölkerung stellen, zur Oberschicht auf. Nur diese durften höhere Schulbildung

erhalten und Verwaltungsposten bekleiden, nicht dagegen die Hutu, die zwischen 80 und 85 Prozent der Bevölkerung stellen oder Angehörige kleinerer Gruppen (Neubert 2001, S. 527–528).

Damit trugen die Kolonialherren mit dazu bei, die Zugehörigkeit zu einer anderen Erwerbsgruppe – Tutsi stand für Viehzüchter, Hutu für Ackerbauern – in einen ethnischen Gegensatz zu transformieren: Menschen mit gleicher Geschichte, Sprache und Kultur wurden zu Gegnern. Die Auseinandersetzungen um die Macht eskalierten nach der Unabhängigkeit im Jahre 1959. Immer wieder aufflammende Kämpfe, Massaker sowie Vertreibungen mit vielen Toten ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Hauptsächlich aus Hutu bestehende Parteien und später Militärdiktaturen übernahmen die Macht (des Forges 2002, S. 55–64).²

1990 griffen Rebellen der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) die Regierung Ruandas von Uganda aus an. Ein großer Teil der Armee bestand aus Nachfahren von Menschen aus der Gruppe der Tutsi, die nach einem Bürgerkrieg 1960 ins Nachbarland Uganda geflohen waren. Der aus der Gruppe der Hutu stammende Militärdiktator Ruandas, Juvenal Habyarimana, konnte die Rebellen nur mit der Hilfe belgischer und französischer Fallschirmjäger sowie zairischer Truppen zurückschlagen.

In den nächsten Jahren kam es zu politischen Reformen und Friedensgesprächen, eine Lösung zeichnete sich ab. Dann kam Habyarimana beim Abschuss seines Flugzeuges ums Leben.

Wenige Tage später begann der Völkermord in Ruanda. Ab Anfang April 1994 wurden binnen 13 Wochen mindestens 800.000 Menschen umgebracht. Die ruandische Regierung sprach 2002 sogar von einer Million Toten, davon rund 90 Prozent aus der Gruppe der Tutsi (Buchholz 2002, S. 15). Doch die Regierung ließ auch Oppositionelle der Gruppe der Hutu umbringen. Der Völkermord wurde systematisch vorbereitet, Waffen lagen bereit, die Mörder agierten koordiniert und verfügten über Listen der potentiellen Opfer. Die internationale Völkergemeinschaft schaute dem Morden tatenlos zu und zog im Land befindliche UN-Truppen zurück. Dabei hatten Kenner der Region schon Monate vor Beginn des Völkermords vor eben dieser Entwicklung gewarnt und auf die Verantwortung der inter-



GEDENKSTÄTTE AN DEN VÖLKERMORD IN RUANDA (FOTO: HEINZ WERNER WEßLER)

nationalen Gemeinschaft hingewiesen (des Forges 2002).

Mobutu brachte der Völkermord im Nachbarland zurück auf die internationale Bühne: »Er präsentierte sich als starker Bündnispartner französischer Interessen« (Braeckman 2001, S. 11). Dies begann bereits im Vorfeld der Ereignisse, als Frankreich wie auch andere Staaten über den Zaire Waffen an Ruanda lieferten. Selbst während des Völkermordes gingen noch Waffen von Händlern aus verschiedenen Staaten an die Hutu-Regierung (des Forges 2002, S. 769).

Die Rebellen der RPF versuchten sofort nach Beginn des Völkermordes, das Land zu erobern und das Töten zu stoppen. Unter der militärischen Führung von Paul Kagame rückten sie schnell vor. Den Truppen, die als sehr diszipliniert und straff geführt galten, wird vorgeworfen, bei ihrem Vormarsch ihrerseits zahlreiche Zivilisten getötet zu haben. Vermutlich geschah dies auf Befehl der leitenden Militärs (des Forges, S. 32–33 sowie 823–860).

Als es so aussah, als könnten sie das Land binnen Kurzem vollständig erobern, besetzten französische Truppen vom Kongo aus das Viertel Ruandas, das direkt an den Nachbarstaat angrenzt. Frankreich behauptete, man wolle das Morden stoppen und Flüchtlingen helfen.

Zu diesen Flüchtlingen gehörten nicht nur Zivilisten. »Die französischen Behörden gestatteten es ruandischen Soldaten, sich in der Schutzzone aufzuhalten und sie zu durchfahren. Meist entwaffneten sie die Soldaten nicht« (des Forges 2002, S. 807). Rund 2 Millionen Menschen, die nahezu ausnahmslos aus der Gruppe der Hutu stammten, flohen vor den Rebellen in den Zaire und lebten dort in großen Flüchtlingslagern, unter ihnen nahezu die gesamte Führungselite des alten Ruanda. Die Völkermörder aus Politik und Armee konnten neue Strukturen aufbauen, Waffen kaufen und unter den Augen der

² Ähnliche Auseinandersetzungen mit mehreren hunderttausend Toten gab es im Nachbarstaat Burundi, wo allerdings die Tutsi die Oberhand behielten.

Weltöffentlichkeit neue Soldaten ausbilden (*UNDP 2001a, S. 9–11, Wrong 2002, S. 242 / Braeckman 2001, S. 11*).

Von den Hilfslieferungen für die Flüchtlinge profitierten allerdings nur noch die örtlichen Statthalter Mobutus, nicht mehr er selbst. Zudem ließen sich die Generäle und Teile der Staatselite den Verkauf von Waffen und das Versprechen von Sicherheit von den Hutu-Extremisten gut bezahlen (*Wrong 2002, S. 244*).

2.7 Bürgerkrieg, Invasion und Absetzung Mobutus

Mitte der neunziger Jahre hatte Mobutu über weite Teil seines Reiches keine Kontrolle mehr. Dort herrschten seine lokalen Statthalter, selbsternannte Regionalfürsten und führende Militärs über Fragmente des Staates Zaire.

Hinzu kamen noch diverse bewaffnete Rebellenorganisationen, die zum Teil mit Billigung Mobutus ins Land gekommen waren, zum Teil aber nur das Machtvakuum ausnutzten, um Basislager aufzubauen. Dazu gehörten

- bis zu fünf Gruppen – es ist umstritten, welche tatsächlich noch kampfbereit waren –, die die ugandische Regierung stürzen wollten,
- die angolansische UNITA,
- zwei burundische Organisationen,
- sowie Völkermordmilizen (»Interahamwe«) und reguläre Armeeeinheiten der vertriebenen Regierung aus Ruanda (*UNDP 2001a, S. 8–26*).

Zaires Nachbarstaaten verlangten immer wieder von Mobutu, diese Gruppen zu vertreiben statt sie zu unterstützen. Besonders bedroht war Ruanda: Anfang 1996 befehligten die politischen Führer des Völkermordes in den Flüchtlingslagern 50–70.000 Soldaten (*UNDP 2001a, S. 10*).

Die Kämpfer aus Ruanda destabilisierten die gesamte Region. Sie griffen nicht nur die Grenzdörfer und -städte in Ruanda an, sondern auch die Kongolesen, die rund um die Flüchtlingslager lebten. Allein in der Masisi-Region sollen sie 300.000 Stück Vieh gestohlen und dann weiterverkauft haben. »Mit dem Erlös wurden Waffen gekauft, die bei Angriffen auf Ruanda, Uganda und Burundi verwendet wurden.« Die Kongolesen befürchteten außerdem die »Gründung eines ‚Hutu-Landes‘« durch die Flüchtlinge (*Indongo-Imbanda 2002, S. 17*).

Zudem begannen die Hutu-Milizen mit der Verfolgung, Ermordung und Vertreibung von zairischen Tutsis. Dabei wurden sie zum Teil von den lokalen Gouverneuren unterstützt (*UNDP 2001a, S. 11*).

Die neue ruandische Regierung forderte Mobutu wie auch die Vereinten Nationen immer wieder auf, etwas gegen die von den Flüchtlingslagern ausgehende Gewalt zu unternehmen. Nichts geschah. Mobutu war zu schwach und weder die USA noch die Europäer schickten im Rahmen einer UN-Mission Truppen, um die Völkermörder zu entwaffnen. Auch eine Verteilung der Flüchtlinge auf kleinere Lager, die, wie es internationale Standards verlangen, mindestens 150 Kilometer von der Grenze weg sein sollten, wurde nicht durchgeführt (*Braeckman 2001, S. 11*).

Mitte 1996 eskalierte die Situation weiter. Mobutu drohte hunderttausenden kongolesischen Tutsi mit der Aberkennung der zairischen Staatsbürgerschaft und der anschließenden Vertreibung (*Körner 1997, S. 8*).

Die Nachbarstaaten des Zaire beschlossen daher, dem nicht mehr länger zuzusehen. Uganda und Ruanda bewaffneten Rebellen, die gegen Mobutu kämpfen wollten und forcierten den Zusammenschluss von vier Rebellengruppen zur »Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung von Kongo-Zaire« (AFDL). Deren Truppen griffen die Flüchtlingslager an. Binnen kurzer Zeit floh der größte Teil der Hutu-Flüchtlinge zurück nach Ruanda. Die Hutu-Milizen flohen allerdings in die entgegengesetzte Richtung und tauchten in den Wäldern des Zaire unter (*Wrong 2002, S. 245–246*).

Während sich die Milizen zum Teil neu formieren konnten, ist das Schicksal vieler Zivilisten ungeklärt. Gerüchte sprechen von bis zu zweihunderttausend Menschen, die in der Grenzregion verschwanden. Genauere Untersuchungen der Vereinten Nationen über den Verbleib der Menschen wurden trotz lokalisierter Massengräber von der AFDL verhindert, deren Truppen an den Morden beteiligt gewesen sein sollen (*Braeckman 2001, S. 12 / Collins 1997, S. 10 / UNDP 2001a, S. 12*).

Die Rebellen eroberten mit Unterstützung aus Ruanda, Burundi, Uganda, Simbabwe, Angola, Äthiopien und Eritrea binnen kurzer Zeit ein Viertel des Zaire. Frankreich, Togo, der Sudan und die angolansische Rebellenbewegung UNITA unterstützten dagegen weiterhin Mobutu. Unklar ist die Rolle der USA. Vermutlich hat der Geheimdienst der USA die Rebellen zumindest logistisch unterstützt (*Indongo-Imbanda 2002, S. 17 / Stroux 2002, S. 105 / Körner 1997, S. 10*).

Innerhalb der AFDL wurde Laurent-Désiré Kabila zum Sprecher ernannt. Er setzte nach Vermittlung durch den südafrikanischen Staatschef Nelson Mandela ein Treffen mit Mobutu durch, der der AFDL sechs Ministerposten anbot. Doch Kabila lehnte die Machtteilung ab. Bis Mai 1997 marschierten seine Soldaten binnen weniger Monate bis nach Kinshasa. Mobutus Truppen plünderten noch, was immer sie bekommen konnten und fielen auseinander. Es kam kaum noch zu größeren Gefechten. »Zaires Sicherheitssystem sackte in sich zusammen wie eine wurmstichige Frucht« (*Wrong 2002, S. 249*).

Mobutu starb kurz darauf im marokkanischen Exil. Kabila räumte rigoros andere Führungspersonlichkeiten der AFDL aus dem Weg und ernannte sich selbst zum Präsidenten des Zaire. Damit übernahm ein Mann die Macht, der zwar bereits in den sechzi-

Die britische Journalistin Michela Wrong über den Einmarsch der Rebellen in die Hauptstadt:

»So weit das Auge die Avenue des Trois Z hinabsehen konnte, erstreckte sich die Kolonne der Kämpfer (...), die meisten von ihnen Jungen in Sandalen oder barfuß, die unter der Last der Granaten und Ausrüstung voranstolperten. (...) ‚Ihr müsst doch müde sein‘, rief ein mitfühlender Zuschauer. ‚Ja, ich bin den ganzen Weg von Kampala aus gelaufen‘, erwiderte ein Junge und plauderte so unschuldig Ugandas Verwicklung in den Aufstand aus. Sein Vorgesetzter befahl ihm, den Mund zu halten.«

(*WRONG 2002, S. 38*)

ger Jahren Aufstände gegen Mobutu geleitet hatte, dann jedoch über viele Jahre als Geschäftsmann im Ausland lebte und politisch nicht aktiv war. Seine Rebellen hätten den Zaire ohne die Soldaten aus dem Ausland nie erobern können, zumal Laurent-Désiré Kabila innerhalb der demokratischen Opposition keinen Rückhalt besaß.

Bemerkenswert ist allerdings, dass selbst nach mehr als 30 Jahren der Herrschaft Mobutus im Jahre 1998 die Lebenserwartung bei Geburt mit 51 Jahren zehn Jahre höher lag als zum Ende der Kolonialzeit, die Analphabetenrate halbiert wurde (auf 30 %) und doppelt so viele Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser hatten (53,3 %) wie 1960. Drastisch gefallen war dagegen das Bruttoinlandsprodukt, dass nur noch bei 92 US-Dollar pro Person je Jahr lag (**Abbildung 4**).

Abbildung 4:
Sozialdaten der Demokratischen Republik Kongo 1960–2001 *

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1998	2001
Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	41,3	42	45,1	47	50	53	53	52,4	51,2	40,6
Wahrscheinlichkeit, vor 40. Lebensjahr zu sterben (%)	44,8	43,9	39,8	37,2	33,3	30,1	30,6	30,1	31,7	47,2
Analphabetenrate bei Erwachsenen (%)	69	63	58	56	42	34	26	32,9	30,9	37,3
Menschen ohne Zugang zu sicherem Wasser (%)	92,4	87,7	84	82,3	67	67	55	58	46,7	55
Menschen ohne Zugang zu Gesundheitsdiensten (%)	75	75	74	74	74	72	72	74	69	79 (2000)
Untergewichtige Kinder unter 5 Jahren (%)	27	28,2	29	29	28	28	33	34	33	k.A.
BIP pro Kopf in US-Dollar	286	296	307	273	239	225	191	111	92	99

(berechnet auf der Basis von 1985 / für 2001 Basis 1995)

* Die Datenlage war und ist schlecht. Daher sind diese Daten nur als Trend zu betrachten.

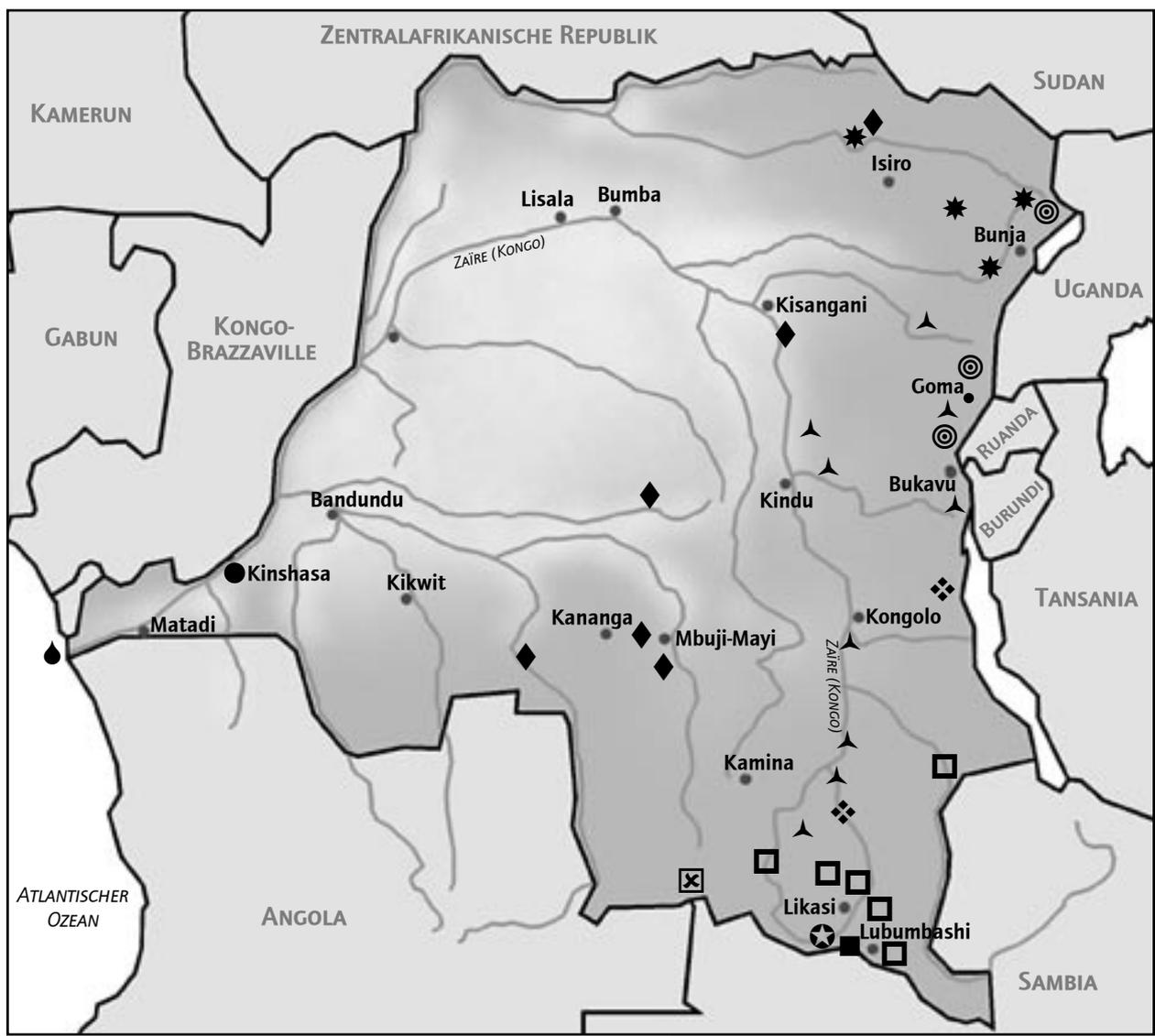
©2003 SÜDWIND

(QUELLE: WELTBANK 2002B, S. 68 UND 69 / FÜR 2001: UNDP 2003)

3. 1998–2003: ÖKONOMISCHE INTERESSEN EROBERN EINEN KRIEG

Rebellentruppen, die zu einem großen Teil aus den berüchtigten »Kadogos« (Kindersoldaten) bestanden und ihre Unterstützung aus der ruandischen und ugandischen Armee erhielten, eroberten 1996–1997 einen Staat, der eigentlich schon nicht mehr existierte. Als sie von der Ostprovinz Kivu aus

das riesige Land Stück für Stück unterwarfen und schließlich im Mai 1997 in die Hauptstadt Kinshasa einmarschierten, gab es Zaire nur noch als »abstrakte Form« (Dietrich 2002, S. 4), doch nicht mehr als einheitlich verwalteten und ökonomisch vernetzten Staat. Die Verkehrswege und die großen Minen wa-



- Vorkommen an Bodenschätzen:**
- ◆ Diamanten
 - ★ Gold
 - ◎ Tantal & Niob (Coltan)
 - Kupfer & Kobalt
 - ▲ Zinn
 - ⊠ Mangan
 - Blei & Zink
 - ❖ Kohle
 - ⊛ Uran
 - Erdöl

Abbildung 5: Daten zur Demokratischen Republik Kongo

■ Allgemeine Daten

Amtlicher Name: Demokratische Republik Kongo

Lage: Äquatorialafrika

Fläche: 2.345.410 km² (ca. 6,6 mal so groß wie Deutschland)
davon

Seen: 77.800 km²

Waldfläche in km²: 1 405 000 (1990)

Höchste Erhebung: Mont Ngaliema, 5 110 m

Küstenlänge: 37 km

Nachbarländer: Kongo-Brazzaville, Zentralafrikanische Republik, Sudan, Uganda, Ruanda, Burundi, Tansania, Sambia, Angola

Ausdehnung: West-Ost: 1900 km

Nord-Süd: 2100 km

Längster Fluss: Kongo, 4374 km

Sprachen: Französisch, Chiluba, Kikongo, Lingala, Kisuaheli u. a.

Amtssprache: Französisch

Währung: Kongo-Franc



■ Größte Städte

Hauptstadt: Kinshasa, 4.655 000 Einwohner

Größte Städte: Lubumbashi (851 381), Mbuji-Mayi (806 475), Kolwezi (417 810), Kisangani (417 517), Kananga (393 030), Likasi (299 118), Boma (246 200), Bukavu (201 569), Kikwit (182 142), Matadi (172 730), Mbandaka (169 841)

■ Gesellschaft

Einwohner: 49,8 Mio. (2001)

Bevölkerungsdichte: 21 Einw./km² (1998)

städtische Bevölkerung: 30 % (1999)

Lebenserwartung: 40,6 Jahre (bei Geburt 2001)

Bevölkerungsanteil jünger als 15 Jahre: 46,8% (2001)

Säuglingssterblichkeit: 12,9 % (2001)

Kindersterblichkeit (bis 5. Lebensjahr): 20,7 % (2001)

Landesinterne Vertriebene: 2,7 Millionen

Vertriebene im Ausland lebend: 330.000

■ Infrastruktur

Straßennetz: 157 000 km,

davon befestigt: 2 500 km

Schiennetz: 5 138 km

internationale Flughäfen: Kinshasa, Lubumbashi, Bukavu, Goma, Kisangani

Seehafen: Matadi

■ Wirtschaft

Bodenschätze: Kupfer-, Kobalt-, Mangan-, Zink, Uran- und Zinnerze, Steinkohle, Gold, Diamanten, Erdöl

landwirtschaftliche Erzeugnisse: Maniok, Mais, Reis, Bananen, Kaffee, Zuckerrohr, Tee, Kakao, Palmöl, Palmkerne, Kautschuk; Forstwirtschaft, Fischerei

ren verfallen, das Bankensystem zusammengebrochen und die formelle Wirtschaft hatte nahezu aufgehört zu existieren. Die Armee bestand aus verschiedenen, teilweise verfeindeten Gruppen, die zu keinem größeren Kampf mehr in der Lage waren. Dazwischen lebten eine geschundene Bevölkerung, der todkranke und korrupte Staatschef Mobutu und eine Oberschicht, die zu einem großen Teil aus einer korrupten Machtelite bestand (**Abbildung 5–6**).

Viele Kongolesinnen und Kongolesen hofften da-

her, dass der am 28.5.1997 als Staatspräsident vereidigte Rebellenführer Laurent-Désiré Kabila eine Verbesserung ihrer Lebenssituation in die Wege leiten würde. Doch hinter Kabila stand »weder eine glaubwürdige eigenständige Organisation noch ein schlüssiges soziales Konzept oder ein politisches Programm. (...) Kabila etablierte in Kinshasa eine autokratische Herrschaft ohne solide politische Basis. Er stützte sich auf Nepotismus, Seilschaften und Heldenkult« (*Nzongola-Ntalaja 1998, S. 36*).

Abbildung 6:
Wirtschaftsdaten der Demokratischen Republik Kongo 1981–2001

	1981	1991	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US-Dollar	12,5	9,1	6,7	5,0
Wirtschaftsstruktur (in % des BIPs):				
Landwirtschaft	24,7	41,3	55,5	56,3
Industrie	32,1	17,4	17,8	18,8
davon Fertigung	14,9	7,3	4,2	3,9
Dienstleistungen	43,2	41,2	26,7	24,9
© 2003 SÜDWIND (QUELLE WELTBANK 2002 a)				

3.1 Großkonzerne handelten mit Laurent-Désiré Kabila

Laurent-Désiré Kabila benannte den »Zaire« zwar um in »Demokratische Republik Kongo« (DRK), doch seine Methoden unterschieden sich kaum von denen Mobutus. Bereits während des Vormarsches seiner Rebellenorganisation AFDL (Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung von Kongo-Zaire) hatte das Geschacher begonnen: Kabila verkaufte Lizenzen zur Förderung von Edelmetallen sowie von Diamanten, ohne Rücksicht auf bestehende Verträge zu nehmen. Auffällig war, dass vor allem nordamerikanische Konzerne großzügig bedacht wurden. Sie verdrängten damit Firmen aus Frankreich und Belgien, teilweise auch die aus Südafrika (*Körner 1997, S. 10 / Grill 2001*).

Viele namhafte Großkonzerne standen beim Rebellenchef Schlange, darunter De Beers, Anglo-American (beide Südafrika), Barrick Gold, Banro American Resources (beide Kanada), American Mineral Fields und Bechtel (beide USA). Die Firmen wurden beschuldigt, mit Anzahlungen auf erworbene Ausbeutungsrechte die Rebellen mit zu finanzieren. Bechtel wurde zudem vorgeworfen, den Rebellen Satellitenaufnahmen zu Verfügung gestellt zu haben, die militärisch wichtig für die AFDL waren. Die US-Firma American Mineral Fields unterschrieb einen Vertrag über 885 Millionen US-Dollar, um Förderrechte für Kupfer, Zink und Kobalt in Rebellengebieten zu erhalten sowie über eine Tochterfirma mit Di-

amanten handeln zu dürfen. Laurent-Désiré Kabila wurde zeitweise der Firmenjet zur Verfügung gestellt (*Montague 2002, S. 106–110 / Renner 2002, S. 27 / Dietrich 2002, S. 10 / ICIJ 2002d, S. 7*).

Es bewarben sich auch viele Firmen um Schürfrechte, bei denen unklar war, ob sie überhaupt die finanziellen Ressourcen besaßen, eigene Strukturen aufzubauen oder die vorhandenen Minen zu reparieren. Einigen der Unternehmen wurden dubiose Geschäfte und unklare Geldquellen nachgesagt (*ICIJ 2002d*).

Kabila verlangte bei Geschäftsabschlüssen eine Kriegssteuer von 15 %. Dass er wie zuvor Mobutu in der Herrschaft über die Rohstoffe das wichtigste Herrschaftsinstrument sah, zeigt sich auch daran, dass einer seiner Brüder der erste Bergbauminister wurde und ein weiterer Bruder Gouverneur der Provinz Katanga, in der die meisten Rohstoffe zu finden sind (*Reno 2001, S. 19*).

Ebenfalls mit Schürfrechten und Forstkonzessionen bedacht wurden Uganda und Ruanda. Sie sollten so für ihre Unterstützung der AFDL entlohnt werden (*Ratsch 2003, S. 57*).

Doch schon bald zeichnete sich ab, dass die vielen Verträge weitgehend wertlos waren. Laurent-Désiré Kabila annullierte immer wieder Abkommen – das mit American Mineral Fields beispielsweise schon im Dezember 1997 –, um kurz darauf neue Verträge mit anderen Firmen zu schließen und vermutlich von diesen erneut Anzahlungen zu kassieren. Die meisten internationalen Firmen verließen daher den Kongo bald wieder (*Dietrich 2002, S. 9, ICIJ 2002d, S. 7–8*). Sie hatten kein Interesse, in einer Atmosphäre der Unsicherheit und Rechtlosigkeit große Summen zu investieren, zumal sie immer wieder mit Forderungen nach Schmiergeldern konfrontiert wurden (*ICIJ 2002d, S. 8*). Ohne umfangreiche Investitionen jedoch ist eine Wiederaufnahme beispielsweise von Gécamines, der größten Kupferminengesellschaft des Landes, nicht realisierbar: »Um Gécamines' Produktion wieder auf 300.000 Tonnen pro Jahr zu bringen, müssten Käufer nach Schätzung der Weltbank Schulden in Höhe von zwei Milliarden Dollar übernehmen und eine weitere Milliarde investieren« (*Wrong 2002, S. 120*).

3.2 Kriegsverlauf und Friedensbemühungen

Laurent-Désiré Kabila brach nicht nur willkürlich die Abkommen mit internationalen Konzernen und untergrub damit die Möglichkeit, die Ressourcen des Landes anders zu nutzen als unter seinem Vorgänger. Auch innenpolitisch gelang es ihm nicht, stabile Verhältnisse zu schaffen. Er war nicht bereit, Macht zu teilen, verbot die politischen Parteien und regierte per Dekret (*Indongo-Imbanda 2002, S. 18*).

Innerhalb der AFDL sowie im Zusammenspiel mit den Unterstützermächten Ruanda, Uganda und Burundi kam es bald zu Streitigkeiten. Die Gründe dafür waren vielschichtig und teilweise die gleichen, die zum Kampf der Nachbarstaaten gegen Mobutu führten:

- Ruanda, Burundi und Uganda fühlten sich weiterhin von Rebellenorganisationen bedroht, die ihre Basis in der DRK hatten. Laurent-Désiré Kabila konnte oder wollte nichts dagegen unternehmen.
- Kabila entließ die mit ihm in der AFDL verbündeten kongolesischen Tutsi (Banyamulenge) sowie

ruandische Offiziere Mitte 1998 aus allen Regierungsämtern und militärischen Leitungspositionen.

- Ähnlich wie Mobutu versuchte Kabila, Kritik an seiner Misswirtschaft durch das Schüren ethnischer Konflikte zu überdecken. Dadurch wurden im Osten des Kongo erneut die Banyamulenge zum Ziel von Verfolgung und Diskriminierung. Täter waren neben regionalen Gruppen die bewaffnet umherstreifenden Hutu-Milizen aus Ruanda, die 1994 in die DRK geflohen waren.
- Zugleich hielten sich in Kinshasa Gerüchte, es stehe ein Putsch gegen Kabila bevor, der von Ruanda und Uganda betrieben werde.

Im Juli 1998 forderte Laurent-Désiré Kabila Ruanda sowie Uganda auf, ihre noch in der DRK stationierten Truppen abzuziehen und kündigte die den ehemaligen Verbündeten überlassenen Schürf- und Forstrechte auf. Beide Staaten waren nicht bereit, das Land zu verlassen (*Indongo-Imbanda 2002, S. 18*).

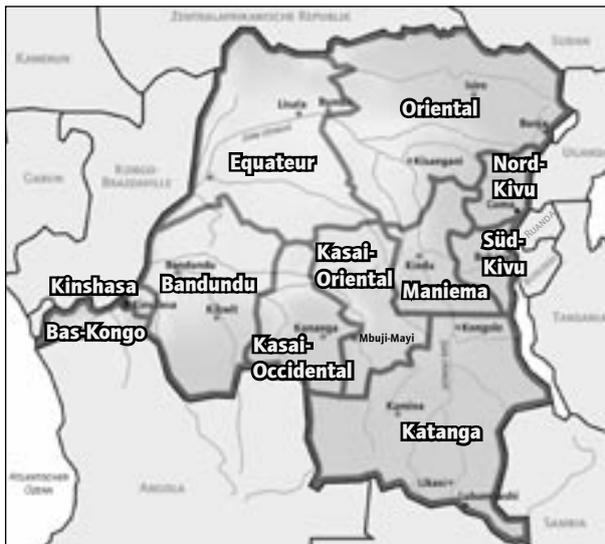


Abbildung 7: Die Provinzen in der DR Kongo

Daraufhin begannen im August 1998 erneute Kämpfe im Osten der DRK und weiteten sich schnell aus. Armeeverbände aus mindestens acht Staaten griffen offen in den Krieg ein. Zeitweise standen mehr als 100.000 Soldaten aus anderen Staaten auf dem Territorium der DRK.

Ugandische und ruandische Truppen drangen weit in das Territorium der Demokratischen Republik Kongo vor. »Zu den Truppen Ruandas und Ugandas gesellten sich auch Kongolesen ruandischer Abstammung (Banyamulenge), ehemalige Mobutisten und von L.-D. Kabila enttäuschte Mitglieder der AFDL. Sie gründeten mit Unterstützung von Kigali und Kampala die ‚Kongolesische Sammlung für die Demokratie‘ (RCD)« (*Indongo-Imbanda 2002, S. 18*).

Damit war ein Bündnis von Gruppen entstanden, die sich zum Teil noch kurz vorher bekämpft hatten. Zusammengehalten wurde die Koalition nur durch das gemeinsame Ziel, Laurent-Désiré Kabila zu stürzen.

Binnen weniger Wochen standen die Rebellen und die mit ihnen verbündeten Truppen kurz vor der Hauptstadt Kinshasa. Dann griffen Truppen aus Angola, Simbabwe und Namibia auf Seiten Kabilas in den Krieg ein. Kabila blieb im Amt und konnte rund 60 Prozent seines Landes zurückerobern.

Dabei profitierte er vom Auseinanderbrechen der Koalition seiner Gegner. Uganda und Ruanda

»Weite Teile des Landes werden von Chaosmächten ‚regiert‘, von ausländischen Invasionstruppen und einheimischen Rebellen, die wechselnde Koalitionen bilden. Dazwischen wüten Kriegsfürsten und Stammesmilizen, versprengte Völkermörder und gemeine Räuberhorden, Söldner und zahllose Kindersoldaten, verarmte, verhetzte, brutalisierte kleine Killermaschinen.«

(GRILL 2003)

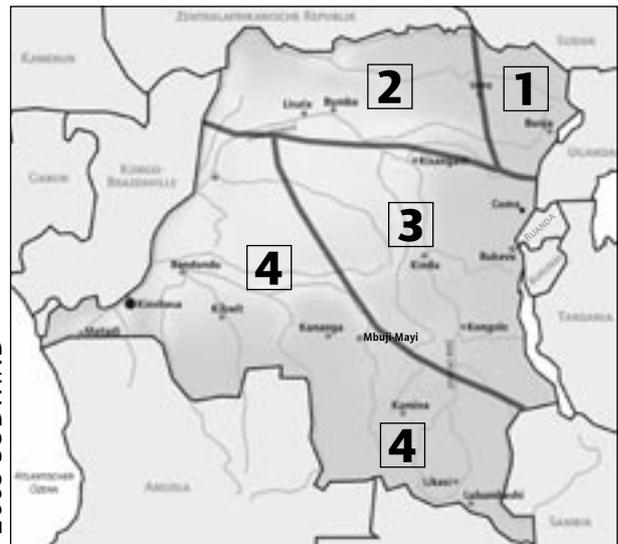


Abbildung 8:
Ungefährer Stand (2003) der Aufteilung des Landes durch die Rebellion im Kongo:

1. lange beherrscht von der RCD/Kisangani-ML und Uganda, zur Zeit umkämpft von mehreren Gruppen (»Ituri-Konflikt«);
2. kontrolliert von der MLC, die mit Uganda verbündet ist;
3. kontrolliert von der RCD-Goma, die mit Ruanda verbündet ist;
4. Gebiet unter Kontrolle der Regierung der DRK.

zerstritten und bekämpften sich. Die RCD zerbrach in mehrere Fraktionen und es entstanden Dutzende weitere bewaffnete Gruppen. Nahezu alle Verbände wurden von den Regierungen der DRK, Ugandas oder Ruandas ausgebildet, alimentiert, bewaffnet und befehligt. Zwischenzeitlich wechselten einige Organisationen den Bündnispartner. Die Fronten waren damit ständig in Bewegung. Zudem entstanden immer wieder neue Gruppen, so dass es Mitte des Jahres 2003 mehrere Dutzend bewaffnete Verbände innerhalb des Kongo gab (**Abbildung 7–8**).

Neben den bereits genannten sechs Staaten griffen noch weitere Länder direkt oder indirekt in den Krieg ein. Der Tschad und der Sudan schickten Truppen zur

Unterstützung Kabilas, die allerdings bald wieder abzogen, Südafrika lieferte Waffen an die Kabila-Gegner. Söldner diverser Herkunft sollen auf beiden Seiten an den Kämpfen beteiligt gewesen sein. Die Franzosen unterstützten zeitweise Kabila, die USA seine Gegner.

Es zeichnete sich ab, dass keine Seite den Krieg militärisch gewinnen würde. Zudem wuchs der Druck aus dem Ausland auf alle beteiligten Staaten, die Kämpfe zu beenden.

Der Weg zur Übergangsregierung

Nach mehreren gescheiterten internationalen Vermittlungsversuchen wurde im Juli 1999 in Sambia das sogenannte Lusaka-Abkommen ausgehandelt. Dieses sah einen Waffenstillstand zu folgenden Bedingungen vor:

- die Frontlinien werden zu Waffenstillstandsgrenzen,
- alle Truppen ziehen sich 15 Kilometer hinter die Frontlinien zurück,
- in den geräumten Gebieten werden UN-Blauhelme stationiert,
- die Rebellengruppen und Milizen werden entwaffnet,
- alle ausländischen Truppen verlassen das Land,
- alle politischen Kräfte – die unbewaffnete und die bewaffnete Opposition, Zivilgesellschaft und Kabila-Regierung – nehmen an einem »dialogue intercongolaise« teil, der zu einer Übergangsregierung und Wahlen führen soll.

Die Verhandlungen über die Umsetzung des Lusaka-Abkommens gestalteten sich schwierig. Schließlich ging es auf der politischen Ebene darum, wer die Macht in der DRK ausüben sollte und welcher der Nachbarstaaten seinen Einfluss behalten würde.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die meisten der am Konflikt beteiligten Gruppen – beteiligte Staaten, Rebellentruppen, regionale Milizen (»Mai-Mai«) – endeten vorläufig die größeren Kämpfe zwischen den Truppen. Doch der Kleinkrieg ging weiter und im Osten der DRK änderte sich für die Bevölkerung wenig.

International vermittelte Rahmenabkommen scheiterten in der Umsetzung daran, dass nicht alle Gruppen mit den Vereinbarungen einverstanden waren. Bewegung in den Friedensprozess kam erst nach der Ermordung von Laurent-Désiré Kabila am 16.1.2001. Die genauen Hintergründe der Tat sind trotz einem abgeschlossenen Verfahren der kongolesischen Justiz nicht geklärt. Die Erklärungen reichen von einem Putschversuch bis hin zur Tat eines

enttäuschten ehemaligen Kindersoldaten (Möller 2001, S. 9 / Kamanzi 2002, S. 17).

Vollkommen überraschend wurde einer der Söhne Laurent-Désiré Kabilas, der junge und kaum bekannte Militär Joseph Kabila, zum Nachfolger des ermordeten Staatschefs. Es gelang ihm in kurzer Zeit, seine Herrschaft zu konsolidieren, unter anderem durch sein souveränes Auftreten auf internationalem Parkett. Kabila junior gab sich konzilient und stand Verhandlungen wesentlich offener gegenüber als sein unberechenbarer Vater. Er entließ die schlimmsten Scharfmacher aus der Regierung.

Die Verhandlungen für eine politische Lösung des Konfliktes verliefen allerdings zäh. Schon bald wurde klar, dass der Präsidentenposten für die geplante Übergangsregierung, bei der auch die Rebellen und die zivile Opposition beteiligt werden sollten, aus Joseph Kabilas Sicht nicht zur Debatte stand.

Im Laufe des Jahres 2002 zogen sich die ausländischen Truppen offiziell aus der DRK zurück. Mitte Dezember 2002 kam es im südafrikanischen Pretoria nach langwierigen Verhandlungen zu den Vereinbarungen, auf deren Basis im Juli 2003 eine Übergangsregierung gebildet wurde:

- die Rebellverbände geben ihre Waffen ab,
- es wird eine von allen Seiten akzeptierte Armee aufgebaut,
- das ganze Land wird wieder zentral von Kinshasa aus regiert,
- Joseph Kabila bleibt noch rund 2 Jahre im als Staatschef im Amt,
- die wichtigsten Gruppen (RCD, MLC, politische Opposition, Zivilgesellschaft) bestimmen vier Stellvertreter Joseph Kabilas,
- 36 Minister- und 25 Vizeministerposten werden an die wichtigsten militärischen Gruppen und politischen Parteien verteilt,
- es wird eine neue Verfassung erarbeitet,
- nach zwei bis drei Jahren finden Wahlen statt.

Das Abkommen stand von Anfang an auf wackligen Beinen, die Verhandlungen über die Details gestalteten sich schwierig und in Teilen des Landes gingen die Kämpfe weiter.

Instabile Übergangsregierung

Die am 17.7.2003 nach langem Streit gebildete Übergangsregierung zeigt die Probleme, die der Krieg für die Politik schuf. Zwei der vier Vizepräsidenten müssen befürchten, als Kriegsverbrecher angeklagt zu werden. Eine Reihe der Minister soll ebenfalls in Verbrechen verwickelt gewesen sein.

Etienne Tshisekedi dagegen, seit vielen Jahren Chef der wichtigsten Oppositionspartei (UDPS), bekam keinen Posten als Vizepräsident. Prompt setzten Unruhen in der Kasai-Provinz ein, wo seine Partei den stärksten Rückhalt hat.

Erschwerend hinzu kommt, dass der Wille der kongolesischen Gruppen nicht allein über Krieg und Frieden entscheidet. Es stellte sich die Frage, welchen Interessen die Nachbarstaaten verfolgten (*Oyatambwe/Smis 2003, S. 33*).

Ein Problem für die angrenzenden Länder sind die noch immer innerhalb der DRK operierenden Rebellengruppen aus den Nachbarstaaten. Weiter verschärft wurde die Situation jedoch durch die unterschiedlichen ökonomischen Interessen der kongolesischen Regierung, der einheimischen Rebellengruppen und der ausländischen Regierungsarmeen: Die Rohstoffe der DRK versprachen allen Seiten lukrative Geschäfte – solange der Krieg andauerte.

3.3 Ökonomische Faktoren beeinflussen den Kriegsverlauf

Lange Zeit stand die Frage nach dem Einfluss ökonomischer Faktoren auf den Ausbruch sowie die Dauer von Kriegen und Bürgerkriegen nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Meist schien offensichtlich, dass politische Differenzen die Konflikte auslösten und dann in der Zeit des Kalten Krieges »der Osten« eine Seite unterstützte und »der Westen« die andere. Nach 1989 stieg jedoch die Zahl der weltweiten Kriege trotz einer deutlichen Reduzierung der Zahlungen durch die Großmächte bis 1992 auf 55 laufende Konflikte. Damit war der höchste Stand seit 1945 erreicht. Erst danach fiel sie wieder auf unter 30 (*Schreiber 2003*).¹ Dies führte zu verstärkten Forschungen über die wirtschaftlichen Hintergründe der Kriege.

war zeitweise eine Forschungsgruppe um den Ökonomen Paul Collier. Dieser hatte im Auftrag der Weltbank umfangreiche statistische Daten über die Wirtschaft in Kriegsstaaten gesammelt. Auf der Basis dieser Daten wurden mit mathematischen Formeln ökonomische Modelle entwickelt, die eine Antwort auf die Frage liefern sollten, was den Ausbruch von Kriegen begünstigt.

Die Forschungsgruppe kam unter anderem zu der Einschätzung, dass ein hoher Anteil von Rohstoffexporten am Bruttoinlandsprodukt die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen stark erhöhe. Dies führte zu der Schlussfolgerung, dass nicht politische Unzufriedenheit (»Grievance«), sondern die Gier nach Reichtum (»Greed«) die Hauptmotivation vieler Rebellengruppen sei (*Collier/Hoeffler 2000*). Damit wurde unterstellt, Ursache vieler Kriege sei das Streben nach Bereicherung.

Anhand von solchen Modellen wurde auch behauptet, der 1998 begonnene Krieg in der DRK sei hauptsächlich aus der Gier nach Reichtum entstanden (*Congdon/Olsson 2003, S. 12*).

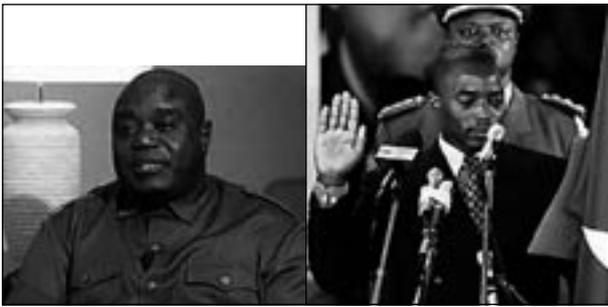
Mittlerweile wird diese Einschätzung von weiteren Studien in Frage gestellt. Es ist nach wie vor nicht nachgewiesen, dass das Vorkommen von Rohstoffen einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit des Ausbruches von Kriegen hat² (*Humphreys 2003 und 2003a, Ross 2003*).

3.3.1 Ökonomische Gier als Ursache von Kriegen?

In den letzten Jahren sind viele Untersuchungen darüber erschienen, welchen Einfluss ökonomische Faktoren auf den Ausbruch von Kriegen und Bürgerkriegen haben. Meinungsführer in der Diskussion

¹ Je nach Quelle differiert die Angabe über die Zahl der Kriege, da es keine einheitlichen Kriterien für die Bezeichnung »Krieg« gibt. Ist Spaniens Kampf gegen die ETA ein Krieg? Und hunderte Tote bei Unruhen in Nigeria anlässlich der geplanten »Miss World-Wahlen«? Einige AutorInnen zählen bereits Unruhen als Bürgerkriege, andere sagen, Kriege müssten eine Mindestdauer haben und jährlich mindestens 1000 Menschenleben fordern, um als Krieg bezeichnet zu werden.

² Entscheidend für die Ergebnisse der statistischen Auswertung ist, welche Kriege in die Datensammlung aufgenommen werden und wie einzelne Erkenntnisse gewichtet werden.



LAURENT-DÉSIRÉ KABILA UND JOSEPH KABILA
(FOTO: WWW.UN.INT/DRCONGO/HISTORY)

Eine große Schwäche der ökonomischen Modelle ist, dass sie nicht in der Lage sind, komplexe politische Entwicklungen zu erfassen. Der Kriegsausbruch in der DRK 1996 wie auch 1998 belegt dies: Wie kann die Angst der seit 1994 amtierenden ruandischen Führung vor einem neuen Völkermord in einer mathematischen Formel erfasst werden? Wie die Korruption und Brutalität Mobutus und später Laurent-Désiré Kabilas?

Zudem sind Ursache und Wirkung nicht klar zu trennen: Begannen in der DRK ausländische Armeen und Rebellenbewegungen den Krieg, um sich zu bereichern? Oder besetzten sie Gebiete mit Rohstoffvorkommen in der Absicht, mit den zu erwartenden Einnahmen die Grundlage für den Kampf zur Umsetzung politischer Ziele zu schaffen? Diesen Fragen soll in den folgenden Kapiteln nachgegangen werden.

3.3.2 Finanzierung der Kriege durch Rohstoffe

Zusätzlich zur Diskussion über die Bedeutung, die Rohstoffe für den Ausbruch von Kriegen haben, stellt sich die Frage, ob sie die Fortführung der Kämpfe ermöglichen. Auffällig war nach 1989, dass viele Kriege nach der Einstellung der Finanzierung durch Regierungen im Norden in vielen Staaten des Südens scheinbar nahtlos weitergingen. Mit einer 1996 vorgelegten Aufsatzsammlung untersuchten französische WissenschaftlerInnen in einer bahnbrechenden Studie an vielen Fallbeispielen die »Ökonomie von Bürgerkriegen« (Jean/Rufin 1999).

Es folgten viele weitere Veröffentlichungen anderer AutorInnen. Sie deckten ähnliche Grundmuster in vielen Kriegen auf: Durch den Export von Rohstoffen und Drogen, Raub, Abgaben auf Hilfslieferungen und Überweisungen aus der Diaspora im Ausland können Kriege auch ohne die Hilfe ausländischer Staaten finanziert werden (medico 2002 / Azzellini/Kanzleiter 2003).

Auch hier sind noch viele Fragen offen. Erneut zeigt sich die Schwäche abstrakter ökonomischer Modelle bei der Erfassung der Vorgänge (Humphreys 2003 und 2003a / Ross 2003).

Eine Reihe von Untersuchungen belegt allerdings übereinstimmend, dass Rohstoffe Einfluss auf die Finanzierung von Bürgerkriegen haben. Vorkommen, die hohe Investitionen erfordern – Diamanten und Gold, die aus tiefen Stollen gefördert werden müssen, Öl, Kohle etc. – dienen eher Kriegsfinanzierung der Regierungen.

Vorteilhaft für Rebellen sind Rohstoffvorkommen, die mit relativ einfachen Mitteln abgebaut werden können. Dazu zählen beispielsweise Gold, Diamanten und Coltan³, sofern diese an der Erdoberfläche lagern und mit einfachsten Mitteln ohne umfangreiche Investitionen ausgewaschen werden können. Zudem sind sie schon in kleinen Mengen so wertvoll, dass Schmuggeln relativ leicht ist. Rebellenorganisationen und Besatzungsarmeen können durch die Beherrschung relativ kleiner Gebiete mit solchen Rohstoffvorkommen in der Lage sein, große Geldmittel für die Fortsetzung des Kampfes und den Kauf von Waffen zu erwirtschaften (Le Billon 2002, S. 43 / Ross 2002, S. 8).

Wertvoll werden diese Rohstoffe allerdings erst, wenn Sie auf dem Weltmarkt verkauft werden können. Neben der Frage, ob in der DRK gezielt Rohstoffvorkommen erobert wurden, wird daher auch untersucht, wie der Verkauf auf dem Weltmarkt funktioniert und wer davon profitiert.

3.3.3 Regierung, Rebellen und Besatzer schaffen Netzwerke zur Plünderung

Der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo kostet alle Beteiligten viel Geld: Waffen und Munition müssen auf dem Weltmarkt gekauft werden. Da viele der Geschäfte ebenso wie der anschließende

³ Coltan: Abkürzung für »Columbo-Tantalit«. Aus dem Erz wird in der Verarbeitung Tantal und Columbium (= Niobium) gewonnen. Tantal ist ein guter Stromleiter und extrem hitze- sowie säurebeständig. Daher wird es beim Bau der Leiterplatten von Handys, Playstations, Lap-Tops und CD-Spielern eingesetzt, im chemischen Apparatebau sowie in der Raumfahrt- und Rüstungsindustrie. Tantal kostete 2000 im Boomjahr der Elektronikindustrie zeitweise mehr als 900 Euro je Kilo.

Transport illegal sind, müssen wie verschleiert werden. Weder die verschiedenen Rebellenorganisationen noch die unmittelbar beteiligten Mächte können ihre Herrschaft nach dem System Mobutu offen über Kredite finanzieren. Daher war und ist die Erwirtschaftung eigener Finanzmittel die Voraussetzung für die Fortführung des Krieges.

Über die wirtschaftlichen Interessen der Staaten, die Truppen in der Demokratischen Republik Kongo stationiert haben, liegt mittlerweile eine ganze Reihe von Untersuchungen vor. Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben Fallstudien vorgelegt, die sie vor Ort – oft unter großer Gefahr – recherchierten.

Neben den NRO veröffentlichten auch die Vereinten Nationen (UN) Berichte, die eine eigens für diesen Zweck eingerichtete Untersuchungskommission erstellte. Die Kommission hat seit Frühjahr 2001 in vier umfassenden Berichten eine Fülle von Fakten darüber zusammengetragen, wer aus welchen Motiven heraus mit wem Geschäfte macht, wie die verschiedenen Armeen und deren leitende Politiker an den Einnahmen beteiligt sind und wer in den Industrieländern die Waren letztendlich an die Konsumentinnen und Konsumenten weiterverkauft.

Durch die Studien der UN wie auch der Nichtregierungsorganisationen kann auch nachvollzogen werden, wie sich die Wirtschaftsinteressen der beteiligten Staaten entwickelten. Statt um die Macht im Staate wurde mehr und mehr um den Zugang zu Geldquellen gekämpft. Die Expertenkommission der Vereinten Nationen schrieb Anfang 2001, der Konflikt drehe sich hauptsächlich um den Zugang zu den fünf lukrativsten Rohstoffen: Coltan, Diamanten, Kupfer, Kobalt und Gold: »Die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo durch ausländische Armeen ist systematisch und systemisch geworden.«⁴ Alle Seiten verdienten an dem Konflikt, der in weltweite illegale Handelsnetze eingebunden sei, verfeindete Gruppen trieben Handel miteinander und bezögen die Waffen aus den gleichen Quellen über die gleichen Zwischenhändler. »Geschäftsinteressen haben Vorrang vor Sicherheitsinteressen. Die einzigen Verlierer bei diesem großen Geschäft sind

die Menschen im Kongo« (UN 2001, S. 41–42).

Am Vorrang der Geschäftsinteressen zeigt sich, wie weit sich die Koordinaten verschoben hatten. Der Handel mit Rohstoffen und Waffen diente nicht mehr nur zu Sicherung der Kampfbereitschaft, sondern wurde zum Selbstzweck. Die illegale Beschaffung der Rohstoffe und deren Vertrieb wurde nach ähnlichem Muster betrieben wie unter Mobutu. Existierende Netzwerke konnten übernommen oder kopiert werden (Ratsch 2003, S. 57–58).

Vermutlich war die Gier nach Rohstoffen neben unterschiedlichen Vorstellungen über die politische Zukunft sogar der Grund für den Bruch der langjährigen Koalition zwischen Uganda und Ruanda: Ende 1999 und Anfang 2000 lieferten sich Truppen der beiden Staaten sowie ihre jeweiligen verbündeten Milizen schwere Gefechte um die Herrschaft über die Stadt Kisangani. Beide Seiten wollten den Handel mit den im Umland geförderten Diamanten kontrollieren. Mehrere Tausend Menschen starben bei den Kämpfen. Uganda und Ruanda stehen sich seitdem als Feinde gegenüber (AI 2003a, S. 25–27 / Raeymaekers 2002, S. 15).

Der bisher letzte UN-Bericht, der im Oktober

»Es ist ein politischer Konflikt um die staatliche Neuordnung Mittelafrikas und zugleich eine wirtschaftliche Verteilungsschlacht im Zeitalter der Globalisierung. Denn in den Nachschublinien wirken Herren in Nadelstreifen, Waffenhändler, Börsenspekulanten, Finanzjongleure, Rohstoffmagnaten. Vermutlich hat Madeleine Albright, die amerikanische Ex-Außenministerin, die transnationalen Verstrickungen mitgedacht, als sie den Flächenbrand zwischen den Nilquellen und der Kongomündung den ‚ersten afrikanischen Weltkrieg‘ nannte. Sie wurde seinerzeit belächelt.«

(GRILL 2001)

2002 veröffentlicht wurde, legt nahe, dass die Ausbeutung der Demokratischen Republik Kongo mit dem Ende der direkten Besatzung durch andere Staaten keineswegs beendet ist. Sowohl die Regierung der DRK als auch die interessierten Kreise in Ruanda, Uganda und Simbabwe haben »Elite-Netzwerke« aufgebaut, die weiterhin die Geldbeutel von Regierungen und Mächtigen

füllen sollen. Der Bericht stellte fest, diese Elite-Netzwerke ähnelten kriminellen Organisationen und hätten unter anderem folgende Eigenschaften:

- Die Netzwerke bestehen aus einer relativ kleinen Zahl von Personen, die zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Elite ihrer Heimatländer beziehungsweise bei Rebellenorganisationen ihrer Regionen gehören.

⁴ Alle Übersetzungen aus englischsprachigen Texten wurden vom Autor vorgenommen.

- Die Mitglieder der Netzwerke versuchen sich persönlich zu bereichern oder – im Falle Ruandas – Einnahmen für ihren Staat zu erzielen.
- Möglich wird die Bereicherung durch Militärs und Sicherheitsdienste, die die jeweiligen Interessen mit Gewaltandrohungen und Gewaltanwendung durchsetzen.
- Die Netzwerke monopolisieren in den von ihnen beherrschten Regionen Produktion, Handel und Besteuerung.
- Zu den Methoden gehören außerdem Diebstahl, Unterschlagung, Unterdeklarierung von Gütern, Schmuggel, Steuerhinterziehung, Bestechung und Korruption.
- Zur Verschleierung der Aktivitäten werden eigene Firmen gegründet und Jointventures mit anderen Firmen eingegangen.
- Die Netzwerke haben über Transportfirmen sowie den Waffen- und Rohstoffhandel enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität (*UN 2002, S. 5–7*).

Die Netzwerke spielten und spielen eine zentrale Rolle bei der Fortführung des Krieges. Sie sorgten für den Absatz der Beute und erwirtschafteten damit das Geld für den Kauf von Waffen. Bei der Beschaffung und beim Transport der Waffen standen sie ebenso zur Verfügung wie bei der Abwicklung internationaler Finanztransaktionen. Sie waren somit die Verbindung zwischen den Konfliktparteien und dem Weltmarkt, der die Rohstoffe aufnahm und die Waffen lieferte.

Die ökonomischen Interessen waren und sind auch einer der Gründe für die grausame und rücksichtslose Kriegsführung in der DRK: Ein großer Teil der Soldaten war nicht daran interessiert, die Bevölkerung so zu behandeln, dass sie ihre Herrschaft akzeptierten oder sie sogar viele Anhänger und irgendwann Wahlen gewinnen könnten. Ziel war der schnellstmögliche Erwerb von Geld, nicht der Aufbau politisch, sozial und ökonomisch nachhaltiger Strukturen.

3.4. Die bewaffneten Akteure

Trotz dieser Gemeinsamkeiten gab es zwischen den beteiligten Staaten und Rebellengruppen erhebliche Unterschiede in der Frage, warum sie den Krieg begannen. Auch die Durchführung der Ausplünderung war und ist sehr unterschiedlich.

3.4.1 Ruandische Regierung kanalisiert die Erlöse

Ruanda und Uganda verbündeten sich mit der RCD (Rassemblement Congolais pour la Démocratie), der Kongolesischen Sammlung für Demokratie. Diese wurde am 12.8.1998 in der ruandischen Hauptstadt Kigali gegründet. Zeitgleich begann der Krieg.

Erstes Ziel dieses Krieges war die Zerschlagung der von der Demokratischen Republik Kongo aus operierenden ruandischen Rebellen. Die Wichtigsten sind die

- ex-FAR (Ex-Forces Armées Rwandaises): Nachfolger der bis 1994 in Ruanda herrschenden Armee,

die maßgeblich am Völkermord beteiligt war, sowie die

- Interahamwe: Milizen aus Ruanda, die 1994 gemeinsam mit der ruandischen Armee den Völkermord durchführten.

Beide Gruppen vereinigten sich 1997 zur

- ALiR (Armée du Liberation Rwandais): Armee zur Befreiung Ruandas, die von der DRK aus immer wieder die Grenzregionen Ruandas angriff und dort viele Menschen tötete, sowie gezielt die Infrastruktur zerstörte.

Auch nach massiven Verlusten durch die Angriffe ruandischer Truppen wird vermutet, dass die ALiR-Verbände Anfang 2001 noch über rund 25.000 Soldaten verfügten. Darunter befanden sich rund 3000 Anführer des Völkermordes in Ruanda. Laurent-Désiré Kabila verbündete sich mit der ALiR und nahm viele ihrer Soldaten in seine reguläre Armee auf (*UNDP 2002a, S. 8–19*).

Damit kämpften ruandische Extremisten an der Seite des Mannes, der zwei Jahre zuvor ihre Zerschla-

gung betrieben und der die Untersuchung der Masaker an Hutu-Flüchtlingen verhindert hatte.

Ruanda setzte rund 25.000 ihrer 45.000 Soldaten in der DRK ein (UN 2001, S. 27). Mit der verbündeten Rebellenorganisation RCD sowie ugandischen und in Grenznähe auch burundischen Truppen zusammen drangen die ruandischen Einheiten schnell in die DRK vor. Auch nach dem Scheitern des Durchmarsches auf Kinshasa hielten sie weit größere Gebiete besetzt, als eigentlich zum Schutz der Grenzen notwendig war: Ruandische Soldaten standen mehr als 1000 Kilometer weit auf kongolesischem Gebiet.

Hauptbündnispartner war mittlerweile die RCD-Goma (Rassemblement Congolais pour la Démocratie – Goma), von der sich eine Uganda-orientierte RCD-Kisangani/ML abgespalten hatte. Gemeinsam mit dieser Rebellenbewegung beherrschte Ruanda große Teile des Ostens der DRK. Die Truppen der RCD-Goma wurden von ruandischen Militärs kommandiert, bewaffnet, ausgebildet und manchmal auch bezahlt.

Unmittelbar nach der Besetzung im September 1998 begann die Plünderung der auffindbaren Vorräte aus den Lagern der Zwischenhändler. Mehrere Tausend Tonnen Coltan, Zink- sowie Zinn-Erze und weitere mineralische Rohstoffe wurden ebenso außer Landes geschafft wie Kaffeebohnen, Holzstämmen und selbst Maschinen aus Fabriken. Koordiniert wurden die Aktivitäten vom »Congo Desk«, einer Abteilung des Verteidigungsministeriums in Kigali. Ziel war, die Truppen in der DRK mit dem Geld zu finanzieren, dass im Kongo erwirtschaftet wurde (UN 2001, S. 8 und S. 40).

Die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen geht davon aus, dass die Einnahmen des Congo Desk aus den Geschäften in der DRK allein im Jahr 1999 bis zu 320 Millionen US-Dollar betragen. Nichts von diesen Geldern tauchte im offiziellen Haushalt Ruandas auf (UN 2002, S. 15). Vor allem der Handel mit Coltan war Ende 1999 und im Jahr 2000 aufgrund des hohen Weltmarktpreises für das Erz sehr lukrativ. Die Experten der Vereinten Nationen schätzen, dass die ruandische Armee in diesem Zeitraum Coltan im Wert von rund 250 Millionen US-Dollar umsetzte (UN 2001, S. 29).

Andere Einschätzungen gehen allerdings davon aus, dass die UN die Coltanerlöse deutlich zu hoch angesetzt hat. Dass der Handel in großem Umfang stattfand, steht allerdings fest. Im Jahr 2000 exportierte Ruanda allein nach offiziellen Angaben Col-



KINDERSOLDATEN DER RCD-GOMA
(FOTO: HEINZ WERNER WEßLER)

tan im Wert von 64 Millionen US-Dollar, und im folgenden Jahr lagen die Erlöse bei 44 Millionen US-Dollar (Cuvelier/Raeymaekers 2002a, S. 9). Das Land verfügt jedoch selbst nur über sehr geringe eigene Vorkommen.

Wie wichtig die Einnahmen für die Armee waren, zeigte der Vergleich mit dem Verteidigungshaushalt, der laut Landesbudget im Jahr 2000 lediglich 63 Millionen US-Dollar betrug (UN 2001, S. 27). Vermutlich übertrafen die Einnahmen aus der Plünderung die Ausgaben der Truppenstationierung in der DRK deutlich (Raeymaekers 2002, S. 9–10). Ohne diese Einnahmen wäre der Krieg nicht zu finanzieren gewesen. Die ruandische Regierung hat strenge Auflagen des Internationalen Währungsfonds bezüglich ihrer Militärausgaben und deckt zudem einen großen Teil des Haushaltes durch Entwicklungshilfeszahlungen und Kredite aus den Industrieländern. Die Ausplünderung des besetzten Landes war somit die Voraussetzung der Besetzung.

Nachdem die Vorräte geplündert waren, begann der Aufbau eigener Strukturen zum Abbau von Rohstoffen. Um den Nachschub und die Vermarktung über die ruandische Hauptstadt Kigali zu sichern, gründeten Militärs eigene Unternehmen.

Dabei gerieten reine Sicherheitsinteressen bald in den Hintergrund. Die ruandischen Militärs hatten keine moralischen Bedenken bei der Wahl ihrer Geschäftspartner. Dazu gehörte beispielsweise Aziza Kulsum Gulamali, die in der gesamten zentralafrikanischen Region eine Schlüsselperson in den Bereichen Schmuggel von Rohstoffen und Waffenhandel ist und Geschäftsbeziehungen zu mehreren Kriegsteilnehmern unterhält. Dennoch wurde sie zeitweise zu einer zentralen Person im Rohstoffhandel in den von Ruanda besetzten Gebieten (UN 2001, S. 18–19).

Es liegen Zeugenaussagen vor, laut denen die ruandischen Truppen nicht gegen ruandische Rebelleinheiten vorgegangen sind, obwohl bekannt war, wo sich diese versteckten. Zudem wurden größere Truppenkontingente bevorzugt in rohstoffreichen Gebieten und nicht nahe der vermuteten Aufenthaltsorte der Rebellenverbände stationiert (APPG 2002, S. 10).

Viele Hinweise belegen darüber hinaus Geschäfte mit verfeindeten kongolesischen und ruandischen Rebellengruppen (Raeymaekers 2002, S. 8 / UN 2002, S. 14 / AI 2002, S. 13 und S. 32 / APPG 2002, S. 10). Damit finanzierten Regierungsstellen Ruandas indirekt den Kampf ihrer Feinde.

Den ruandischen Militärs und der mit ihnen verbündeten RCD-Goma wird vorgeworfen, schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Dies betrifft sowohl das Verhalten der Soldaten gegenüber der kongolesischen Zivilbevölkerung als auch die Umstände des Abbaus der Rohstoffe. Morde, Raub, Vergewaltigungen, willkürliche Verhaftungen und Folter waren an der Tagesordnung. Die in den Minen arbeitenden Menschen wurden brutal ausgebeutet. Berichten zufolge wurden zusätzlich zu der ohnehin fast alltäglichen Kinderarbeit weitere Kinder zur Arbeit in Coltan-Minen gezwungen. Auch Erwachsene aus dem Umland der Minen wurden von ruandischen Soldaten mit vorgehaltener Waffe zur Arbeit gebracht. Zudem sollen ruandischen Truppen in größerem Umfang Gefangene aus den heimischen Gefängnissen – die meisten warteten noch auf Prozesse wegen des Völkermordes 1994 – in die Minen ge-

bracht und zur Arbeit gezwungen haben (Raeymaekers 2002, S. 8 / UN 2002, S. 15 / AI 2003a, S. 35).

Durch den Verfall der Coltanpreise im Jahr 2001 hatten die Ruander und die RCD massive Einnahmeverluste zu verkraften. Dies versuchten sie durch die Erhebung von Abgaben auszugleichen. Dazu gehörte eine Steuer auf Hilfsgüterimporte (Dietrich 2002, S. 41). Auch auf alle möglichen anderen Geschäfte wurden höhere Steuern erhoben und Unternehmen zu Abgaben gezwungen. Der größte Teil der Gelder floss in die ruandische Armee.

Für die RCD-Goma blieb nicht einmal genügend Geld, um den eigenen Soldaten Sold zu zahlen. Interne Berichte der RCD-Goma werfen dem Congo Desk sogar vor, die Rebellenorganisation beim Handel mit Diamanten systematisch betrogen zu haben: In der DRK geförderte Diamanten wurden ohne eine Gewinnbeteiligung der RCD-Goma nach Kigali geflogen und von dort auf dem Weltmarkt verkauft. Die Geldknappheit der Rebellentruppe dürfte – neben der privaten Gier ihrer Führungsebene – ein Grund dafür sein, dass die Soldaten oft keinen Sold

erhalten. Sie sind daher auf Plünderungen angewiesen, um sich selbst zu ernähren (UN 2002, S. 16–18).

Viele der Plünderungszüge scheinen gut organisiert gewesen zu sein. So liegen Aussagen vor, dass ruandische Truppen und RCD-Kämpfer unter dem Kommando von Offizieren gemeinsam die Zufahrtswege zu Orten absperren und diese dann ausraubten (AI 2003a, S. 16).

Ein Beobachter berichtet über den Überfall durch RCD-Goma-Soldaten auf Häuser, deren Einwohner kurz zuvor Nahrungsmittel von den Vereinten Nationen erhalten hatten: »Das war keine der üblichen anarchischen Plünderungen, bei denen Soldaten alles nehmen, was sie tragen können. Die wussten, wie viele Nahrungsmittel jeder Haushalt erhalten hatte, und sorgten dafür, dass sie alles mitnahmen. Sie nahmen auch noch die Kleidung der Menschen mit und ihr Vieh, sie ernteten die Bananen von den Stauden. Gärten wurden zertreten. Alles wurde mit Lastwagen abtransportiert. Die Plünderung war systematisch und organisiert.«

(QUELLE: AI 2003a, S. 16)

Der Abzug der ruandischen Truppen im Herbst 2002 führte nicht zu einer durchgreifenden Veränderung: Die Elite-Netzwerke der Ausplünderung bestehen weiter. Es sind zu einem großen Teil ruandische Geschäftsleute, die den Aufkauf von Diamanten, Gold und Coltan tätigen. Sie sollen, ebenso wie heimlich in der DRK verbliebene Kampfeinheiten, mit kongolesischen Pässen ausgestattet worden sein. Die Beute, so die Vorwürfe, gehe wie zuvor nach Kigali und von dort auf die Weltmärkte (UN 2002, S. 5 und S. 14). Wer die Kontrolle über diesen

letzten Schritt hat, der hat auch die Kontrolle über den größten Teil der anfallenden Gewinne.

3.4.2 Ugandas Eliten außer Kontrolle?

Die ugandische Regierung hat immer wieder betont, sie sei zum Schutz der eigenen Bevölkerung mit rund 10.000 ihrer 50.000 Soldaten in den Ostkongo einmarschiert. Ziel der Operation sei es gewesen, die auf der kongolesischen Seite der Grenze bestehenden Lager der LRA (Lord's Resistance Army) zu zerstören. Diese Rebellentruppe des religiösen (christlichen) Fanatikers Joseph Kony fällt seit Mitte der achtziger Jahre immer wieder von der DRK und vom Sudan aus plündernd nach Uganda ein. Sie hat viele Tausend Kinder entführt und zu Kindersoldaten sowie Sexsklavinnen gemacht (UNDP 2001a, S. 24–26).

Weitere Motive der Ugander waren die Bedrohung der Banyamulenge (kongolesische Tutsis) in der DRK sowie die damals noch enge Freundschaft mit Ruanda.

Diese sicherheitspolitischen Interessen erklären allerdings nicht, warum die ugandische Armee rund 1000 Kilometer weit auf das Territorium der DRK vorrückte. Spätestens seit ihrer Unterstützung der Rebellion Kabilas 1996 und den anschließenden wirtschaftlichen Verbindungen wussten die ugandischen Politiker und Militärs sehr genau, welche Fülle von Rohstoffen im Osten des Kongo lagerte. Zeugen behaupten, die ugandische Armee habe dieses Wissen genutzt und gezielt die Besetzung von Gebieten mit Gold- und Diamantenminen vorangetrieben.

Sofort begann der Abtransport in Lagern vorgefundener Rohstoffe (UN 2001, S. 8) sowie der Aufbau von Firmen durch Generäle und hochrangige Politiker, darunter nahe Verwandte des ugandischen Präsidenten Museweni. Sie übernahmen den Zwischenhandel der Rohstoffe und über eigene Flugge-

sellschaften monopolisierten sie deren Transport ins Ausland. Zudem übernahmen die ugandischen Unternehmen teilweise den Import von Alltagsgütern und Benzin. Dabei profitierten sie davon, dass sie bei ihren Geschäften – im Gegensatz zu den verbliebenen einheimischen Geschäftsleuten – weder Steuern noch Zölle zahlen mussten. Zusätzlich zu den Einnahmen aus ihren eigenen Geschäften erhielt die ugandische Armee auch einen Teil der Zölle und Steuern, die die mit ihnen verbündeten kongolesischen Rebellengruppen bei den einheimischen Geschäftsleuten erhoben (UN 2002, S. 19–24).

Die ugandischen Unternehmer hatten keine Skrupel, auch Geschäfte mit Rebellengruppen zu machen, die ugandische Truppen bekämpften (Raeymaekers 2002, S. 8–9).

Mit dem Weiterverkauf der aus der DRK eingeführten Güter konnten die Exporterlöse wie auch die Steuereinnahmen Ugandas deutlich gesteigert werden, was der Internationale Währungsfonds lobend in seinen Berichten über das Land erwähnt (UN 2001, S. 31 / Reno 2002): Der Goldexport Ugandas stieg bis zum Jahr 2000 auf das fünfzigfache des Wertes von 1994. Dieses Gold kam zu mehr als 99 Prozent aus der DRK. Die offiziell erfassten Exporte von Diamanten begannen sogar erst mit der Besetzung des Ostkongo (UN 2001, S. 19–20 / **Abbildung 9**).

Die Besatzungstruppen versuchten, jeden Handel an den gewünschten Kanälen vorbei zu unterbinden. An Straßensperren kontrollierten sie gemeinsam mit Rebellen Soldaten die Menschen, die Minengebiete verlassen wollten. Wer beispielsweise dabei erwischt wurde, Diamanten auf eigene Faust an den lizenzierten Firmen vorbei verkaufen zu wollen, dem drohte die sofortige Erschießung (Raeymaekers 2002, S. 14).

Aussage eines Coltanschürfers:

»Am Morgen, wenn du aufstandest, gaben die Ugander dir eine Packung Zigaretten und zwei Flaschen Bier (...) Am Abend, wenn du fertig warst mit der Förderung, musstest du sie in Coltan bezahlen. Es war sehr teuer. Eine Flasche Bier kostete mich zwei Löffel Coltan (ungefähr acht US\$) und Zigaretten waren ein Löffel. Wenn du dich weigerst zu zahlen oder kein Coltan hast, schlagen sie dich und drohen, dich zu erschießen.«

(HARDEN 2001, S. 31)

COLTANKLUMPEN UND -SCHÜRFER
(FOTOS: WWW.UN.INT/DRCONGO/COLTAN)



Abbildung 9:
Uganda: Rohstoffexporte und -förderung, 1994–2000

Jahr	Gold	Zinn	Coltan	Kobalt
A. Rohstoffexporte (in Tonnen)				
1994	0,22	-	-	-
1995	3,09	-	-	-
1996	5,07	3,55	-	-
1997	6,82	4,43	2,57	-
1998	5,03	-	18,57	-
1999	11,45	-	69,5	67,48
2000	10,83	-	-	275,98
B. Rohstoffförderung (in Tonnen)				
1994	0,0016	3,704	0,435	-
1995	0,0015	4,289	1,824	-
1996	0,003	0,38	-	-
1997	0,0064	1,81	-	-
1998	0,0082	1,102	-	-
1999	0,0047	-	-	76,74
2000	0,0044	-	-	287,51
©2003 SÜDWIND (QUELLE: UN 2001, S. 20)				

Staatschef Museweni hielt ihnen die Treue. Unklar ist in diesem Zusammenhang, ob der Staatspräsident den Geschäften seiner Untergebenen nicht Einhalt gebieten wollte oder ob er schlicht die Kontrolle verloren hatte (Reno 2002). Diese Frage stellt sich um so dringlicher, als der internationale Ruf Ugandas – das bei den Regierungen der Industriestaaten als Musterbeispiel erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Reformen galt – massiv gelitten hat. Zudem band der Einsatz in der DRK viele Soldaten, die dringender im Kampf gegen Rebellenangriffe aus dem Sudan gebraucht worden wären.

Offen ist noch, welche Rolle die nach ersten Explorationen vermuteten Ölfelder zu beiden Seiten der Grenze zwischen Uganda und der Demokratischen Republik Kongo in der Zukunft spielen werden. Die Regierung in Kinshasa vergab die Lizenz für Probebohrungen in einem Gebiet, das sie nicht einmal selbst be-

Viele der Soldaten versuchten, durch Erpressungen und Diebstähle selbst Einnahmen zu erzielen. Ihre Offiziere, selbst in viel größere Geschäfte involviert – übersahen diese Verbrechen geflissentlich (UN 2001, S. 31). Die Straflosigkeit ist eine Ursache der vielen massiven Menschenrechtsverletzungen, die ugandischen Soldaten vorgeworfen werden (AI 2003a).

Vermutlich wäre der Kongofeldzuges aus dem offiziellen Verteidigungshaushalt – laut Landesbudget im Jahr 2000 110 Millionen US-Dollar – nicht zu finanzieren gewesen (UN 2001, S. 27–28). Doch im Unterschied zu Ruanda profitierten staatliche Stellen nur in geringem Maße direkt: Die Gewinne verblieben in den Privatschatullen der kleinen einflussreichen Gruppe, die die Geschäfte kontrollierte (UN 2002, S. 19 / Raeymaekers 2002, S. 10).

Eine Reihe der Beteiligten war zuvor bereits in Korruptionsskandale verwickelt gewesen, doch

herrscht. Das ausgerechnet ein Unternehmen die Rechte zur Suche nach Öl erhalten hat, dem intensive geschäftliche Kontakte zu einer Söldnerfirma nachgesagt werden, lässt nichts gutes ahnen (ICJ 2002b / Pole 2003).

Instabile Bündnisse mit Rebellen

Die ugandischen Truppen arbeiteten sowohl bei den Kämpfen als auch bei ihren Geschäften mit verschiedenen Rebellengruppen zusammen. Die wichtigsten sind die

- MLC (Movement Pour la Liberation du Congo): Bewegung zur Befreiung des Kongo, gegründet im Oktober 1998. Die MLC erhielt von der ugandischen Regierung Geld, Waffen und Ausbilder und beherrscht weite Teile des Nordwestens der DRK.

- RCD/Kisangani-ML (Rassemblement Congolais pour la Démocratie/Kisangani – Mouvement de Libération): Kongolesische Sammlung für Demokratie – Befreiungsbewegung. Diese Gruppe ist eine Abspaltung der ursprünglichen RCD und beherrscht Teile des Nordosten der DRK.
- Zeitweilig verschmolzen MLC und RCD-ML zur FLC (Front de Libération du Congo). Doch dieses Bündnis zerbrach Anfang 2002, als sich die RCD-ML und ihr Führer Mbusa Nyamwisi mit einem Mal als Verbündeter Kabilas ausgab.

Dies zeigt ein Problem der ugandischen Militärs auf: Es wurden neben der MLC zusätzlich noch weitere Gruppen aufgebaut, wieder fallen gelassen und zum Teil dann auch wieder militärisch zerschlagen. Im Hema-Lendu-Konflikt in Bunia und in der Region Ituri unterstützte Uganda beispielsweise zunächst die Hema, dann zunehmend die mit ihnen verfeindeten Lendu mit Waffen und Logistik. Die Unterstützung der Gruppen erscheint konzeptionslos. Es stellt sich die Frage, ob es strategische Planungen gab oder ob die Unterstützung eher von kurzfristigen Gewinnaussichten dominiert wurde.

Von diesen wechselnden Bündnissen profitierten die Geschäftemacher. Sie verkauften Waffen an eine ganze Reihe von Gruppen (*AI 2003a, S. 8 / UN 2002, S. 23*). Mit dieser Aufrüstung kleinerer Milizen heizten sie die Auseinandersetzungen im Ostkongo weiter an. Die folgenden Kämpfe sicherten ihnen wiederum den weiteren Absatz von Waffen sowie den Zugang zu Rohstoffen. Es handelte sich demnach keineswegs lediglich um »Stammeskongflikte«, wie oft in den Medien behauptet wird (siehe **Fallbeispiel 3**).

Neben dem Verkauf der Ausrüstung sollen ugandische Offiziere mit ihren Einheiten gegen Bezahlung direkt in Kämpfe eingegriffen haben: »In einigen Fällen unterstützten verschiedene Einheiten der ugandischen Streitkräfte miteinander rivalisierende Gruppen« (*AI 2003a, S. 14*).

3.4.3 Burundi nur am Rande beteiligt

Die burundische Armee kämpfte an der Seite der RCD sowie Ugandas und Ruandas gegen Laurent-Désiré Kabila. Politisch wurde das Eingreifen mit den Überfällen der »Kräfte zur Verteidigung der Demokratie« (FDD: Forces Pour la Defense de la Democratie) sowie der »Front zur nationalen Befreiung«

(FLN: Front de la Liberation Nationale) begründet. Diese hauptsächlich von Hutus gebildeten Gruppen wollen die burundische Regierung stürzen und operieren seit vielen Jahren von der DRK und Tansania aus. Die FDD wurde ab 1998 von Laurent-Désiré Kabila unterstützt und verfügt in der DRK über rund 5000 Soldaten, die FLN ist etwas kleiner (*UNDP 2001a, S. 19–23*).



COLTANKLUMPEN UND -SCHÜRFER,
(FOTO: WWW.UN.INT/DRCONGO/COLTAN)

Zudem sollen die burundischen Rebellen auch von den simbabwischen Truppen Waffen und Ausbilder erhalten haben, um im Gegenzug als eine Art Söldnertruppe bei Kämpfen gegen kongolesische Gruppen zu dienen (*UN 2001a, S. 25*).

Burundi, das selbst von einem Bürgerkrieg erschüttert wird, war verglichen mit Ruanda und Uganda nur in geringem Maße an den Kampfhandlungen in der DRK beteiligt. Im Wesentlichen beschränkte man sich auf Patrouillen entlang der eigenen Grenzen.

Dennoch stiegen hier die Exporte von Rohstoffen, die im eigenen Land gar nicht gefördert werden, nach Beginn der Kämpfe im Osten des Kongo deutlich an. Vermutlich beteiligte sich die Armee an der Ausplünderung vorgefundener Rohstofflager. (*UN 2001, S. 11 und 25*).

Die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen hat keine Hinweise darauf gefunden, dass die Armeeführung oder Geschäftsleute systematisch eigene Unternehmen aufgebaut haben. Allerdings diente das instabile Land schon vor dem Krieg als Durchgangstaat für Schmuggelgüter aus der DRK (*UN 2001a, s. 21*).

3.4.4 Gemeinsamer Beutezug: Simbabwe und die Regierung der DRK

Das krisengeschüttelte Simbabwe stationierte zeitweise mit 11.000 Soldaten ein Drittel seiner gesamten Armee in der Demokratischen Republik Kongo, mit der es nicht einmal eine gemeinsame Grenze hat (*Global Witness 2002, S. 10*). Der simbabwische Staatschef Mugabe hatte die AFDL bereits unterstützt, als diese noch eine Rebellenorganisation war.

Fallbeispiel 3: Die Medien im »Herz der Finsternis«

Weltweit sprachen viele JournalistInnen in ihren Berichten über den Krieg in der Demokratischen Republik Kongo von der Rückkehr ins »Herz der Finsternis«. Damit zitierten sie den Titel eines 1904 veröffentlichten Buches von Joseph Conrad, das die von den belgischen Kolonialherren verübten Grausamkeiten der damaligen Kolonie Kongo thematisiert. Conrad charakterisiert in seinem Roman einen weißen gnadenlosen Händler, der abgeschlagene Köpfe auf seinem Gartenzaun aufspießt und mit ihm unterstehenden Truppen auf Plünderungszüge geht.

Der Roman hat gewiss sehr kritikwürdige Aspekte. Doch er verdient nicht, dass die AutorInnen etlicher Pressebeiträge (bei weitem nicht alle) seinen Titel in einen vollkommen falschen Zusammenhang stellen. Sie haben das Buch entweder nicht gelesen oder nicht verstanden. Anders lässt sich nicht erklären, warum sie wiederholt ausgerechnet Artikel mit »Herz der Finsternis« betiteln, die Kämpfe in der DRK als »Stammeskonflikte« darstellen. Dieses Klischee signalisiert, es sei ein Konflikt »verursacht durch die Natur bestimmter Kulturen, die nicht fähig oder nicht willens waren, sich zu modernisieren.« (Ellis 2003, S. 39).

Auch der Konflikt in der Ituri-Provinz im Nordosten der DRK wurde in den vergangenen Monaten vielfach so dargestellt. Dabei beschreibt eine ganze Reihe von Studien die ökonomischen Hintergründe des seit 1999 andauernden Konfliktes und dokumentiert das Anheizen der Kämpfe durch ugandische und ruandische Truppen (UNDP 2001a, S. 39-41 / Oxfam 2001, S. 6-12 / AI 2003 / Pole 2003 / HRW 2003).

Auch schwerste Menschenrechtsverletzungen basieren nicht auf »Stammeskonflikten«. So weist beispielsweise ein UN-Untersuchungsbericht am Beispiel der Plünderung der Stadt Mambasa nach, dass dort schlimmste Menschenrechtsverletzungen - darunter Kannibalismus und erzwungener Kannibalismus - durch eine bunt zusammengewürfelte Terrorereinheit verübt wurden, die vier verschiedene Sprachen sprach. Diese Verbrechen wurden auf Anweisung der militärischen Führung begangen (UN 2003a). Es handelte sich größtenteils nicht um archaische Riten eines »Stammes«, sondern kühl kalkulierten Terror zur Durchsetzung der eigenen Ziele -

den auch deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg oder bei ihren Einsätzen in den Kolonien verübten.

Krieg kaum eine Meldung mehr wert

Das Desinteresse weiter Teile der deutschen Bevölkerung an den Ereignissen in der DRK vor Augen, nehmen sich nur wenige AutorInnen die Zeit, sich eingehender in die Zusammenhänge einzuarbeiten: Sie werden ohnehin nicht viele Artikel zu dem Thema verkaufen können. Der alltägliche Krieg gibt keine »neue« Meldung mehr her und es erscheinen in deutschen Zeitungen täglich nur eine handvoll Berichte über den Krieg. Einige mehr waren es anlässlich von Friedensverhandlungen und bei Massakern, wenn die Zahl der Toten hoch genug war: »Wie viele Tote braucht Afrika, ehe die Welt aufmerksam wird?« Der deutsche Diplomat in Burundi beantwortete seine Frage gleich selbst: »500 plus... Das ist mein Erfahrungswert!« (Grill 2003).

Für schnell geschriebene »Neuigkeiten« ist dagegen immer Platz. Am 10.5.2003 waren laut Internetauswertung in den deutschsprachigen Zeitungen rekordverdächtige 189 Artikel unter dem Stichwort »Kongo« zu finden. Einige behandelten den Ausbruch der Ebola-Seuche, zwei berichteten über 120.000 zum Teil hungernde und kranke Flüchtlinge, die im Nachbarland Uganda eintrafen. Der Rest berichtete über das, was neu und einzigartig war: Bei einer Frachtmaschine war die Heckklappe aufgegangen, mindestens 130 Menschen stürzten aus 2000 Metern Höhe in die Tiefe.

Am gleichen Tag starben weniger spektakulär wesentlich mehr Menschen an den Folgen des Krieges, bereicherten sich die Führer der verschiedenen Armeen durch den Verkauf von Rohstoffen an Industrieländer. Doch dies ist kompliziert. Und daher meist kein Thema.

Die Lektüre von Joseph Conrads Roman, der die alten (und aktuellen) wirtschaftlichen Hintergründe von Mord und Totschlag beschrieb, könnte über die Lieferung einer reißerischen Überschrift hinaus den Blick für das Verständnis der heutigen Entwicklungen schärfen.

Nachdem Laurent-Désiré Kabila in Bedrängnis geriet, bat er die SADC, eine Wirtschaftsgemeinschaft von 14 Staaten im südlichen Afrika der auch die DRK angehört, um Hilfe. Mugabe forderte die SADC-Staaten auf, dem bedrängten Landesoberhaupt, wie in Verträgen zugesichert, militärisch zu helfen. Damit forderte er Südafrika heraus, das die Kabila-Gegner unterstützte. Mugabe wollte mit seiner Haltung aufzeigen, dass sein Staat weiterhin eine regionale Führungsmacht darstellte und nicht bereit war, sich dem Willen Südafrikas zu unterwerfen (*Paes 1998, S. 11 / Nest 2001, S. 470*).

Weiterer Beweggrund Motiv Mugabes war vermutlich die Furcht, Uganda und Ruanda könnten größere Teile der DRK dauerhaft besetzen und ihre Macht deutlich steigern (*Möller 1998, S. 32*). Dies hätte die politische Position Simbabwe in der Region weiter geschwächt.

Der simbabwischen Regierung wurden sofort nach dem Einmarsch im Kongo wirtschaftliche Interessen nachgesagt. Die Hintergründe für das Drängen auf wirtschaftliche Kompensation für den Kriegseinsatz sind vielfältig.

Ein Motiv liegt in der historischen Erfahrung: Simbabwe hatte dem Nachbarstaat Mosambik über viele Jahre mit eigenen Soldaten im Kampfe gegen rechte Rebellen geholfen, die von Südafrika unterstützt wurden. Nie gab es dafür eine Kompensation. Als Anfang der neunziger Jahre die Regierung in Südafrika wechselte und in Mosambik ein Friedensprozess begann, waren es nicht die Firmen aus Simbabwe, die vom Frieden profitierten, sondern die aus Südafrika, was die Regierung Mugabe sehr enttäuschte (*Dietrich 2002, S. 41 / Möller 1998, S. 33 / Nest 2001, S. 474–475*).

Ähnliches drohte nun in der DRK. Mugabe hatte Kabila beim Kampf um die Macht unterstützt und ihm schon 1996 fünf Millionen US-Dollar geschenkt. Anschließend lieferten simbabwische Firmen, die dem Militär und damit dem Staat gehörten, Waren im Wert von rund 53 Millionen US-Dollar an die AFDL, darunter Nahrungsmittel, Uniformen und Waffen. Bei einem Sturz Kabilas wären diese Gelder wohl verloren gewesen (*Nest 2001, S. 484*).

Nachdem die Truppen in die DRK einmarschiert waren, achteten die Generäle darauf, die entstehenden Kosten in der DRK wieder zu erwirtschaften. Erleichtert wurde dies dadurch, dass die simbabwische Armee ebenso wie die Regierungspartei ZANU ohnehin ein wenig transparentes Netz von Firmen unterhielt, die vom Transportbereich über die Waffen-

produktion und den Waffenhandel bis hin zu Geschäften mit Rohstoffen in allen möglichen Bereichen aktiv sind.

Es ist daher vermutlich kein Zufall, dass die simbabwische Armee ausgerechnet die rohstoffreichen Gebiete im Süden der DRK für die kongolesische Regierung zurückeroberte und besetzt hielt. Von diesen Gebieten im Süden des Kongo führt eine Eisenbahnlinie direkt nach Simbabwe und von dort aus in die Häfen Südafrikas und Mosambiks. Die bis zum Herbst 2002 andauernde Besetzung schuf die Basis für die Geschäfte. Zudem sorgte die Kontrolle über die Experte dafür, dass die Regierung Kabila zumindest einen Teil der mit dem Rohstoffhandel möglichen Einnahmen aus dem Verkauf von Schürfrechten, Steuern und Zöllen erzielen konnte.

Die UN-Berichte und weitere Studien belegen, dass Armeeeoffiziere, reiche Geschäftsleute und Verwandte von Staatschef Mugabe eine Vielzahl von Geschäften in der Demokratischen Republik Kongo abwickelten. Es entstand ein Netzwerk von Firmen, die zum Teil gemeinsam mit Geschäftspartnern aus dem Kongo wie auch aus anderen Staaten betrieben wurden (»Jointventures«). Diese Unternehmen handelten mit Rohstoffen wie auch mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen warf der Regierung der DRK vor, als Gegenleistung für die militärische Unterstützung diesem gemeinsamen Netzwerk von Firmen die Abbaurechte für Rohstoffe weit unter Wert verkauft zu haben.

Dabei geht es um beträchtliche Summen: Das Netzwerk habe Eigentum im Wert von rund 5 Milliarden US-Dollar nahezu ohne erkennbare Gegenleistung aus dem Besitzstand von staatlichen Minen erhalten. Bei solchen Geschäften habe es eine enge Zusammenarbeit von leitenden Generälen, Ministern und weiteren Angestellten der Regierung von Laurent-Désiré Kabila – die namentlich aufgeführt werden – mit Firmen gegeben, die Staatsbürgern Simbawwes gehören. Die Geschäfte mit Schürflizenzen, Rohstoffen und Holzeinschlagsrechten würden teilweise über ein Geflecht von Firmen abgewickelt, deren Besitzverhältnisse sich im Niemandsland der Briefkastenfirmen diverser einschlägig bekannter Staaten verlören. Ebenso undurchsichtig sei die Höhe und der Verbleib der Gelder, die mit diesen Geschäften erwirtschaftet wurden (*UN 2002, S. 7–10*).

Neben den Bodenschätzen sicherte sich eine Firma des simbabwischen Militärs die Forstrechte für 33 Millionen Hektar Wald – eine Fläche, die 15 Pro-

zent des Territoriums der DRK ausmacht (*Global Witness 2002*, S. 3–8).

Geplündert wurde auf allen Ebenen. Die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen warf Offizieren der Armee Simbabwe wie auch der DRK »organisierten Diebstahl« vor und führte als Beispiel das staatliche kongolesische Unternehmen MIBA an. Der MIBA gehörten umfangreiche Fördergebiete vor allem für Diamanten. Teile der Konzessionen wurden 1999 unter dubiosen Umständen an ein Unternehmen (»Sengamines«) weitergereicht, das größtenteils in simbabwischen Besitz ist (*AI 2002*, S. 5–6).

Doch auch die Soldaten und leitende Angestellte vor Ort wollten ihren Teil der Beute. Simbabwische Truppen ließen illegale Schürfer in die von ihnen überwachten riesigen Minenareale. Sie nahmen ihnen als Gegenleistung Geld und einen Teil der gefundenen Steine ab. Das eigentliche Wachpersonal der Mine bediente sich ebenfalls direkt bei den illegalen Diamantensuchern – und lieferte sich wiederholt Schießereien mit simbabwischen Soldaten, da man auf die gleiche Beute aus war. Der dritte Diebstahlsring bestand aus den leitenden Angestellten der MIBA, die sich wie zu Mobutus Zeiten hemmungslos bedienten und Diamanten auf eigene Rechnung weiterverkauften (*UN 2002*, S. 11).

Die Lebenssituation der Schürfer war und ist verheerend. Die noch mehr als 7000 offiziellen Angestellten der MIBA fürchteten angesichts der vorherrschenden Misswirtschaft um ihre Arbeit. Die vielen illegalen Diamantensucher waren ständig gezwungen, Wachleute sowie simbabwische Soldaten zu bestechen, um arbeiten zu dürfen. Dennoch lebten sie immer in dem Risiko, ausgeraubt, willkürlich verhaftet oder erschossen zu werden. Amnesty International hat in einem Bericht zur Situation in den Schürfgeländen viele Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Doch weder die Besatzungssoldaten noch die Wachleute und lokalen Polizeibehörden mussten sich vor einer Bestrafung ihrer Verbrechen fürchten (*AI 2002*). Das enge Zusammenspiel zwischen Be-

satzern, lokalen Kräften und der Regierung in Kinshasa garantierte ihnen Straffreiheit.

Eben diese Rechtlosigkeit hat allerdings auch dazu geführt, dass viele Geschäftsleute aus Simbabwe in der Demokratischen Republik Kongo erhebliche finanzielle Verluste hinnehmen mussten. Sie lieferten Waren und stellten Transportmittel zur Verfügung, wurden jedoch von ihren kongolesischen Geschäftspartnern in vielen Fällen nicht bezahlt. Wo sollten sie ihr Geld einklagen? (*Nest 2001*, 487–488).

Die Konzessionen für den Erzabbau und den Holzeinschlag haben vermutlich ebenfalls nicht zu großen Gewinnen geführt. Für eine umfassende Nutzung der Rechte hätten große Summen investiert werden müssen, Geld, das die Firmen aus

dem heruntergewirtschafteten Simbabwe nicht haben. Zudem fehlten fähige Manager (*Global Witness 2002*, S. 4–10). Dies schließt allerdings nicht aus, dass einzelne Militärs und mit ihnen verbundene Unternehmen, Geschäftsleute und Politiker erhebliche Gewinne mit ihren Geschäften in der DRK erzielten, ohne Investitionen zu tätigen.

Behalten die Plünderer die Beute?

Noch ist offen, wie mit den geraubten Reichtümern weiter verfahren wird. Nach dem Rückzug der Soldaten Simbawes ist die direkte Ausplünderung durch fremde Soldaten zwar beendet. Doch was geschieht mit den geschlossenen Verträgen? Die meisten der begünstigten Firmen werden nie die finanziellen Mittel aufbringen, große Minen zu modernisieren und wieder arbeitsfähig zu machen. Dürfen sie die Lizenzen behalten und weiterverkaufen? Oder sollten – wie von vielen NRO gefordert – nicht alle seit 1997 unterzeichneten Verträge überprüft und gegebenenfalls storniert werden?

Dem steht entgegen, dass die Ausplünderung der von Simbabwe besetzten Gebiete in enger Zusammenarbeit mit hochrangigen Politikern der Kabi-

Nicht nur mit Firmen aus Simbabwe tätige Laurent-Désiré Kabila undurchsichtige Geschäfte. Mitte 2000 verkaufte er ein Handelsmonopol für Diamanten an die israelische Firma IDI. Geschätzter möglicher Umsatz der Geschäfte mit dem potentiell gewinnträchtigsten Rohstoff: 600 Millionen US-Dollar jährlich. Der Käufer versprach die Überweisung von 20 Millionen US-Dollar. Zudem sollte ein weiterer Teil der »Zahlungen« durch die Lieferung von Waffen und die Bereitstellung von Ausbildern für Soldaten der DRK abgegolten werden. Der Reichtum des Landes führte somit in Form eines Tauschgeschäftes direkt zur Aufrechterhaltung des Krieges. Der Vertrag wurde im April 2001 nach Streitigkeiten durch Joseph Kabila gekündigt.

(*UN 2001A*, S. 15).

la-Regierung durchgeführt wurde. Diese haben massiv von den Geschäften profitiert und hoffen in vielen Fällen, über ihre eigenen Beteiligungen an den begünstigten Firmen weiterhin Geld verdienen zu können. Da sie auch nach dem Ende des Krieges in einer neuen Regierung vertreten sein werden, besteht die Gefahr, dass sich an den Besitzverhältnissen nichts ändern wird.

3.4.5 Angolas Öl und Namibias Diamanten

Die Regierung Angolas folgte dem Aufruf Mugabes, im Rahmen der SADC-Verträge Laurent-Désiré Kabila zu retten. Dabei verfolgte die angolansische Regierung allerdings durchaus eigene Ziele. Sie wurde von Truppen der Rebellenorganisation UNITA sowie weiteren Gruppen, die die Unabhängigkeit der Ölenklave Cabinda forderten, attackiert. Diese hatten einen Teil ihrer Stützpunkte und Rückzuggebiete weiterhin in der DRK. Gerüchten zufolge hatte sich die UNITA sogar mit den Kabila-Gegnern verbündet, zu denen auch viele alte Mobutuanhänger gehörten, mit denen die angolansischen Rebellen über Jahrzehnte enge wirtschaftliche und militärische Beziehungen unterhielten. Zudem schmuggelte die UNITA die in von ihnen beherrschten Gebieten geförderten Diamanten in die DRK und verkaufte sie dort. Mit den Einnahmen wurden, ebenfalls über die DRK, die Waffen eingekauft, die sie zur Fortführung des Krieges benötigte.

Statt nun – wie Ruanda, Burundi und Uganda – den Verbündeten Laurent-Désiré Kabila fallen zu lassen, beschloss die angolansische Regierung die Entsendung von Elitetruppen zu seiner Rettung. Binnen kurzer Zeit eroberten ihre rund 3000 Soldaten, unterstützt von Luftwaffe, Helikoptern und Panzern, die bereits von den Kabila-Gegnern besetzten Grenzgebiete zurück und stoppten deren Vormarsch auf Kinshasa (*Paes 1998, S. 10 / Oyatambwe/Smis 2002, S. 30*).

Im Unterschied zu den anderen beteiligten Staaten verfolgte die Regierung Angolas auch später weitgehend eigene strategisch-militärische Interessen. Sie beharrte nicht auf einer finanziellen Kompensationen für den Truppeneinsatz (*UN 2001a, S. 18*). Angolanische Firmen wurden nur in sehr geringem Umfang in der DRK aktiv. Bekannt sind nur Jointventure-Verträge im Ölbereich. Zudem planten die Regierungen die gemeinsame Suche nach Dia-

manten im Grenzgebiet (*UN 2001, S. 36 / Dietrich 2002, S. 43–44*).

Unklar ist, welche Bedeutung die Verträge nach dem Rückzug der angolansischen Truppen im Herbst 2002 noch haben. Dies wird sich erst nach einem Friedensschluss und anschließenden Wiederaufbau zeigen.

Auch Namibia folgte dem Aufruf Mugabes und entsandte rund 2000 Soldaten in die DRK. Die Regierung Namibias stand zu Hause wie auch international von Beginn ihres Engagements in der DRK an unter Druck. Bekannt wurden Jointventure-Verträge zwischen einem namibischen Unternehmen im Besitz des Verteidigungsministeriums und der kongolansischen Regierung über den Betrieb einer Diamantenmine (*UN 2001, S. 36 / Dietrich 2002, S. 42–43*).

Unklar blieb, ob die Mine auch tatsächlich betrieben und mit den gefundenen Diamanten Gewinne erzielt wurden oder ob, wie von der Betreiberfirma behauptet, lediglich nach Lagerstätten gesucht wurde. Im namibischen Haushalt tauchten keine Einnahmen aus der Mine auf. Es wurde der Verdacht geäußert, Regierungsmitglieder und Militärs hätten Gewinn aus dem Kongoeinsatz gezogen. Falls dies der Fall war, können die Gewinne jedoch nur einen kleinen Teil der Summen ausmachen, die für Simbabwe, Uganda und Ruanda vermutet werden (*UN 2001a, S. 18–19*). Anfang 2001 zog Namibia seine Truppen wieder ab.

3.4.6 Wirtschaftsinteressen der kleineren bewaffneten Gruppen

Neben den bereits erwähnten Rebellengruppen, die größere Gebiete beherrschen, gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Akteure. Viele dieser Gruppen entstehen binnen kurzer Zeit, wechseln Bündnispartner und lösen sich eventuell wieder auf.

Ihr Zulauf speist sich aus verschiedenen Motiven. Oftmals ist die allgemeine Unsicherheit im Lande eine Grund für ihr Entstehen: Dörfer, Regionen oder auch ethnische Gruppen schließen sich zu bewaffneten Verbänden zusammen, da sie sich bedroht fühlen. Sie bieten dabei Jugendlichen und Randgruppen den »Zugang zu Machtmitteln, Anerkennung und Reichtum, die ihnen im ‚normalen‘ zivilen Leben versagt blieben« (*Herberg-Rothe 2003, S. 73*). Der Übergang vom Selbstschutz zum Angriff auf andere

ist fließend. Mit dem Machtmittel »Waffe« in der Hand kann die Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppe schnell zum Weg des Broterwerbs werden.

Dies zeigt sich unter anderem an der Entwicklungen der Mai-Mai-Milizen (auch Mayi-Mayi genannt). Die Wurzeln der Milizen gehen bis in die sechziger Jahre zurück. Meist bestehen die einzelnen Verbände aus Angehörigen einer ethnischen Gruppe. Sie stimmen ihre Aktionen oft nicht untereinander ab. Lange einte sie der Wille, alle ausländischen Soldaten zu vertreiben. Das hielt sie allerdings nicht davon ab, immer wieder auch mal Bündnisse, vor allem mit den Hutu-Milizen aus Ruanda, einzugehen. Nach Beginn des Krieges von 1998 wurden viele Mai-Mai-Verbände von Laurent-Désiré Kabila ausgerüstet und einige Einheiten offiziell in die Armee der DRK eingegliedert. Andere Teile bestehen jedoch weiterhin eher aus plündernden Banden und Deserteuren anderer Armeen denn aus Rebellen oder Soldaten (UNDP 2002a, S. 26–37).

Die Mai-Mai-Milizen beherrschen große ländliche Gebiete. Es gibt noch viele ähnliche Gruppen: Im Osten der DRK kämpfen Dutzende bewaffnete Einheiten um die Macht in kleinen Regionen. Die Gruppen sind nicht leicht zu überzeugen, an einem Friedensprozess teilzunehmen. Vieles deutet darauf hin, dass die Beendigung des Kampfes den Verlust von Macht und Einkommen nach sich zieht:

- Lediglich die größeren Organisationen mit vielen Soldaten und militärischer Macht über ganze Regionen saßen bei den verschiedenen Friedensver-

handlungen mit am Tisch und werden in der Übergangsregierung mit Ministerposten bedacht, die ihren Einfluss und ihr Einkommen sichern.

- Nur dieser Einfluss wird sie vor Anklagen wegen ihrer Verbrechen oder auch der Rache der Opfer schützen.
- Ohne eine wirtschaftliche Perspektive haben die Soldaten sowie die Anführer kleinerer Gruppen wenig Interesse an einer Beendigung der Kämpfe.
- Andere Gruppen werden erst nach der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols und des Einzuges vertrauenswürdiger Sicherheitskräfte ihre Waffen ablegen, die sie nach eigener Ansicht für ihren Schutz benötigen.

Ohne die Entwaffnung der vielen Gruppen wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Wie schwerwiegend die Probleme sind, zeigte sich unter anderem Ende Juli 2003: Während die Leitung der RCD-Goma in die kongolesische Regierung eintrat, starteten einige ihrer Verbände im Osten des Kongo einen neuen Angriff auf Stellungen anderer Organisationen. Handelte es sich dabei – wie von der RCD-Goma behauptet – um die privaten Plünderungsaktionen regionaler Offiziere oder um ein gezieltes Gefährden des Friedensprozesses? Es wird vermutlich noch viele solcher Aktionen geben, deren genauer Hintergrund unklar ist und die jeden weiteren Frieden gefährden werden.

3.5 Millionen Tote und schwerste Menschenrechtsverletzungen

Über die Lebenssituation und den Überlebenskampf der Menschen in der Demokratischen Republik Kongo liegt eine ganze Reihe von Studien vor. Nichtregierungsorganisationen haben selbst in vielen Kampfgebieten die Bevölkerung nach ihren Erlebnissen befragt. Zudem haben vor Ort tätige Nothelfer ihre Beobachtungen und Erfahrungen in Berichten festgehalten. Daher ist es möglich, ein relativ genaues Bild der Lage der Menschen zu zeichnen. Wesentlich schwieriger – und oft auch nahezu unerträglich – ist es allerdings, die Auswirkungen der geschilderten Zahlen und Daten tatsächlich zu begreifen.

3.5.1 Rund 3,3 Millionen Tote in 5 Jahren

Vermutlich hat kein Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen getötet wie die Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo. Die immer wieder zitierte Zahl von rund 3,3 Millionen Toten wurde vom International Rescue Committee errechnet. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben seit August 1998 in mehreren Erhebungen die Menschen in vielen Regionen der DRK

danach befragt, wie viele Menschen in ihren Familien gestorben sind und worin die Ursachen für den Tod lagen.

Aus diesen Angaben haben sie errechnet, wie viele Menschen je 1000 Einwohner in den verschiedenen Regionen gestorben sind. Dies verglichen sie mit der Rate der in dieser Region »normalen« Todesfälle vor dem Krieg, also mit einer Zeit, in der es bereits nahezu kein Gesundheitssystem mehr gab. Obwohl die schlimmsten Kriegsgebiete nicht besucht werden konnten, sprechen die Ergebnisse der Erhebungen für sich. Der DRK hatte 2002 wie auch in den Vorjahren die höchste Todesrate aller von den Vereinten Nationen erfassten Staaten:

- Ohne Krieg hätte die Rate bei 18 Toten je 1000 Menschen gelegen.
- 2002 starben im Westen des Kongo 24 je 1000 Menschen.
- Im gleichen Jahr 2002 starben im Osten der DRK in einem Jahr 42 von 1000 Menschen.
- Dies war bereits eine deutliche Verbesserung der Situation verglichen mit 1999–2001, als die Rate noch bei jährlich 65 Toten je 1000 Menschen lag. In den schlimmsten Kriegsgebieten im Osten der DRK lag die Rate im Jahr 1998 sogar bei bis zu 140 Toten je 1000 Einwohner.
- Noch 2002 gab es Regionen, in denen mehr als die Hälfte der Kinder starben, bevor sie das zweite Lebensjahr erreichten. Diese Rate hatte in den Vorjahren je nach Gebiet bei bis zu 75 Prozent gelegen.
- Durch die Kriegsauswirkungen stieg die Zahl der Totgeburt im Osten der DRK auf 21 Prozent.
- Die Zahl der direkt durch Gewalt Getöteten sank im Osten des Landes von 11,1 Prozent aller Toten (2000) auf rund 1,6 Prozent im Jahr 2002. Im Westen des Landes war niemand mehr direkt durch den Krieg gestorben. Insgesamt sind rund 90 Prozent der 3,3 Millionen Toten durch indirekte Gewalt umgekommen.
- Die Brutalität der Kriegsführung zeigt sich daran, dass rund 40 Prozent aller gewaltsam getöteten Menschen Frauen und Kinder waren. Sie fielen dabei nicht anonymen Bomben oder Granaten zum Opfer: Rund zwei Drittel aller gewaltsam Getöteten wurde erschossen, der Rest erstochen, verbrannt oder zerhackt (*IRC 2002 und IRC 2003*).

Haupttodesursachen waren – sowohl bei Kindern wie bei Erwachsenen – leicht behandelbare Krank-

heiten wie Durchfall, Atemwegserkrankungen, Malaria und Masern. Verschärft wurde die Anfälligkeit für solche Erkrankungen durch die weit verbreitete Unterernährung.

Einfachste Krankheiten konnten in der Kriegssituation nicht behandelt werden. Dies lag zum einen an dem nicht mehr vorhandenen Gesundheitssystem, zum anderen aber auch daran, dass viele Menschen vor marodierenden Truppen in die Wälder geflohen waren. Dort waren sie schutzlos dem tropischen Regen ausgesetzt, hatten kein sauberes Wasser und nicht genug zu essen. Eine direkte Folge des Schlafens im Freien war der deutliche Anstieg der Malariafälle (*IRC 2002 und IRC 2003*).

Auch die Flucht in die immer größer werdenden Slums der großen Städte brachte kaum eine Verbesserung der Situation. Besser wurde die Versorgung nur dann, wenn die internationalen Hilfsorganisationen Zugang zu den Menschen bekamen.

Von den jeweiligen Herrschern der Kriegsregionen war keine Hilfe zu erwarten. Im Gegenteil: In den von Rebellen sowie den mit ihnen verbündeten Truppen aus Uganda und Ruanda besetzten Gebieten wurden zwar mehrere hundert Millionen US-Dollar durch den Handel mit Rohstoffen sowie die Erhebung von Steuern umgesetzt, doch die Einnahmen flossen nicht in den Aufbau staatlicher Dienstleistungen, sondern in die Taschen führender Militärs und Politiker sowie in den Kauf von Waffen.

Auch in den Regierungsgebieten und in den von ihren Verbündeten besetzten Gebieten erfolgte lange kein Neuaufbau einer Infrastruktur oder des Gesundheitswesens: Die Einnahmen aus Steuern und Zöllen wurden ebenfalls für Krieg und die Bereicherung korrupter Eliten missbraucht.

3.5.2 Überleben in einem ruinierten Land

Alle Rebellengruppen leiden unter Geldmangel. Selbst die Leiter der größeren Gruppen zahlen, wenn überhaupt, nur unregelmäßig Sold an ihre Soldaten. Deren üblicher Weg des Gelderwerbs besteht somit zwangsläufig im Gebrauch und Missbrauch der Waffen:

Die Plünderung von Häusern, Märkten, Krankenhäusern, Kirchen und Schulen durch Rebellengruppen ist in weiten Teilen des Ostkongo an der Tagesordnung. Bei diesen Plünderungen sind Tausende Menschen ermordet worden (*AI 2003a, S. 15*)

Die Auswirkungen der Plünderungen durch Soldaten sind verheerend. Auf dem Land bedeutete der Diebstahl von Vieh und Ernteerträgen für von der Subsistenzwirtschaft lebende Bauern die Vernichtung der Existenz. Außerdem wurde die Ernährungslage weiter verschlechtert, da viele Menschen aufgrund der ständigen Bedrohung ihre Bauernhöfe verließen und dies zu massiven Ernteausfällen führte. Ohne Saatgut ist ein Neuanfang nur nach Hilfe von außen möglich.

In den Städten führten Plünderungen und willkürliche Übergriffe ebenfalls zu großen Fluchtbewegungen. Ganze Städte wurden aus Angst vor heranrückenden Armeen verlassen, die Einwohnerzahl anderer Städte vervielfachte sich binnen Tagen.

Die Zahl der im Laufe der Jahre Vertriebenen kann nur geschätzt werden. In den von Ruanda und der RCD-Goma besetzten Gebieten sollen mehr als 75 Prozent der auf dem Lande lebenden Menschen im Laufe des Krieges mindestens einmal aus ihren Häusern vertrieben worden sein. Ähnlich hoch ist die Rate in den von Uganda und seinen Verbündeten beherrschten Gebieten (*UN 2002, S. 19 und 24*).

Anfang des Jahres 2003 wurde die Zahl der innerhalb des Landes als Flüchtlinge lebenden Menschen auf rund 2,7 Millionen Menschen geschätzt. Hinzu kamen noch mindestens 330.000 Menschen, die ins Ausland geflohen waren (*Global IDP 2003, S. 47*).

Krieg, Vertreibung, die Zerstörung von Transportwegen sowie die Zerschneidung der DRK in mehrere Herrschaftsgebiete brachten die ohnehin schon durch Mobutus Politik angeschlagene formelle Wirtschaft nahezu vollständig zum Erliegen. Die Minen sind größtenteils geschlossen, die wenigen Fabriken verfallen, der Staat bezahlt seine Angestellten nicht mehr. Schätzungen der Weltbank zufolge arbeiteten 2000 nur noch 2 Prozent der Bevölkerung in der formellen Wirtschaft, hatten somit regulär bezahlte und versteuerte Einkommen. Dies waren 4 Prozent der arbeitsfähigen Menschen. Im öffentlichen Sektor wurden Löhne in Höhe von 15 US-Dollar im Monat gezahlt, über die privaten Firmen liegen keine Angaben vor. Das Gros der Menschen musste sich somit im informellen Sektor ohne jede soziale Absicherung oder Schutz gegen Ausbeutung irgendwie durchschlagen (*Weltbank 2002b, S. 13*).

Die große Attraktivität der Arbeit in illegalen Minen unter und über Tage wundert vor diesem Hintergrund nicht. Meist arbeiteten Männer und Kinder in

diesen Minen. Sie riskierten, bei Erdrutschen verschüttet oder von Soldaten umgebracht zu werden. Doch für viele war die Alternative zu dieser Arbeit, überhaupt kein Einkommen zu haben (*Pole-Institut 2002 / Pole-Institut 2003*). Andererseits sorgten sie mit ihrer Arbeit für die Einkünfte der verschiedenen Armeen und damit für die Fortführung des Krieges.

Eine weitere Möglichkeit der Sicherung des eigenen Überlebens war, sich einem der diversen bewaffneten Verbände anzuschließen. Vor allem Jugendliche und (Waisen-) Kinder fanden niemand anderen, der ihnen ein Auskommen bot. Mit der Waffe in der Hand und im Schutz der Gruppe konnten sie plündern, überleben und vielleicht sogar reich werden.

3.5.3 Kinder und Kindersoldaten

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der DRK ist unter 18 Jahre alt. Sie bilden damit zwangsläufig den größten Teil der Flüchtlinge – gemeinsam mit Müttern rund 80 Prozent – und Kriegsoffer. Viele von ihnen sind durch ihre Erlebnisse traumatisiert. Sie sind die schwächsten Glieder der Kriegsgesellschaft, da sie auf Schutz und Ernährung angewiesen sind. Die hohe Sterberate der Kinder in der gesamten DRK war unter anderem darauf zurückzuführen, dass in den Kriegsgebieten nur noch rund 15 Prozent der Kinder die wichtigsten Impfungen erhalten haben. Groß angelegte Kampagnen der Hilfswerke versuchten, wieder aufzufangen, was jahrelang versäumt wurde.

12-JÄHRIGER KINDERSOLDAT (FOTO: DPA / MAURIZIO GAMBARINI)





KÜCHE EINES WAISENHAUSES IN BUKAVU
(FOTO: HEINZ WERNER WEßLER)

Viele Kinder sind durch die Kriegsfolgen Waisen geworden oder wurden von ihren Eltern getrennt. Allein in Kinshasa wurde 2001 die Zahl der Straßenkinder auf 50.000 geschätzt, rund 10.000 lebten in Bukavu (*Watchlist 2003*).

Mädchen lebten und leben in vielen Gebieten mit der ständigen Bedrohung, vergewaltigt zu werden. Zudem führte die Armut dazu, dass viele Mädchen zu Prostituierten wurden um zu überleben, die Familie zu ernähren oder ihre Schulgebühren zu bezahlen. Eine weitere Bedrohung waren Entführungen durch Soldaten, denen sie dann oft unter erbärmlichsten Umständen in Lagern im Wald als Sexsklavinnen dienen und den Haushalt führen mussten (*HRW 2002a, S. 21 und 61*).

Zusätzlich zu diesen Bedrohungen wurden die Mädchen auch in den Gebieten benachteiligt, die wieder halbwegs friedlich waren. Das weitgehend zusammengebrochene Schulsystem war bereits für Jungen vollkommen unzureichend. Mädchen erging es noch schlechter. Nur die Hälfte von ihnen besuchte die Grundschule (Jungen: 66 Prozent) und sogar nur 19 Prozent die weiterführende Schule (Jungen: 32 Prozent). Sie mussten zurückstecken, wenn es darum ging zu entscheiden, für wen die in der Demokratischen Republik Kongo üblichen Schulgebühren bezahlt wurden. Auch die Bedrohung durch sexuelle Übergriffe führte dazu, dass viele Familien ihre Mädchen nicht zu den oft weiter entfernten Schulen gehen ließen (*UNICEF 2003 / Abbildung 10*).

Skrupellose Militärführer griffen und greifen gerne auf Kinder als Soldaten zurück. Die verheerende soziale Lage in der DRK und die Perspektivlosigkeit führten dazu, dass Kinder sich freiwillig auf der Suche nach Schutz und Nahrung für die Armeen meldeten. Der größte Teil von ihnen waren Jungen, doch einzelne Rebellengruppen setzten auch Mädchen ein (*Watchlist 2003, S. 23*).

Viele der Kinder kamen allerdings nicht freiwillig

zur Armee, sondern wurden durch Entführungen zwangsrekrutiert. Ihr Wille wurde mit brutalsten Methoden gebrochen, indem man sie zwang, zu töten, oftmals sogar Verwandte oder Freunde. War ihr Widerstand einmal zerstört, galten sie als folgsam sowie furcht- und gnadenlos. »Die Mutation des Opfers zum Killer ist schon am Erscheinungsbild ablesbar. Die ausdruckslosen Augen verschwinden hinter den Spiegelgläsern der Sonnenbrille, die Füße stecken in erbeuteten Markenschuhen, auf dem Kopf tragen sie Baseballkappen, das rote Béret oder einen alten Stahlhelm« (*Sofsky 2002, S. 156*).

Ihr Einsatz im Krieg war auch auf ihre schnelle Verfügbarkeit zurückzuführen: »Während Erwachsene erst eine lange militärische Ausbildung durchlaufen müssen, um Gefahren standzuhalten und auch trotz hohen Risikos immer wieder zu kämpfen statt zu fliehen, brauchen Kinder aufgrund ihres Spieltriebes oft gar keinen Drill, der sie kämpfen lässt« (*Herberg-Rothe 2003, S. 76*).

Kinder waren und sind billige Soldaten, da sie keinen oder nur geringen Sold verlangen. Sie kämpfen mit auf dem Weltmarkt billig zu erwerbenden Waffen, die durch technische Weiterentwicklungen sehr leicht geworden und einfach zu bedienen sind.

Abbildung 10:
Schulbesuch in der Demokratischen Republik Kongo, Stand 2002

Alter der Schülerinnen und Schüler:

Grundschule: 6–11 Jahre
Weiterführende Schule: 12.18 Jahre
Schulpflicht: 6–15 Jahre

Schulgebühren:

50–175 US-Dollar je Kind je Jahr

Einschulungsrate Grundschule:

Mädchen: 51 %
Jungen: 66 %

Einschulungsrate weiterführende Schule:

Mädchen: 19 %
Jungen: 32 %

Kinder ohne Schulbesuch:

Mädchen: rund 2 Millionen
Jungen: rund 1,5 Millionen

(QUELLE: UNICEF 2003)

Dennoch verfügen diese Waffen über eine hohe Schussfrequenz (Münkler 2002, S. 135).

Nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen setzten alle Seiten des Konfliktes – auch die kongolesische Regierung – Kindersoldaten ein (UN 2002b, S. 74). Bereits auf Seiten der AFDL kämpften in den für den Sturz Mobutus in kürzester Zeit zusammengewürfelten Truppen mindestens 10.000 Kinder (Watchlist 2003, S. 23). Der Anteil der Kindersoldaten lag bei den Mai-Mai-Milizen bei rund 50 Prozent und bei den Hema-Truppen bei rund 60 Prozent. (UN 2002, S. 19 und 23–24).

Obwohl eine Reihe von Dekreten der Regierung sowie die Anfang 2003 vereinbarte Übergangsverfassung den Einsatz Minderjähriger im Kampf verbieten, warb selbst die offizielle Armee der Demokratischen Republik Kongo weiter Kinder an, während zeitgleich pressewirksam andere Kindersoldaten demobilisiert wurden (Watchlist 2003, S. 23–24).

Schätzungen zufolge kämpften in der DRK mehrere zehntausend Kinder. Die Existenz dieser Kindersoldaten ist eine weitere Erschwernis auf dem Weg zum Frieden. Den Kindern und Jugendlichen sind ihre Verbrechen bewusst und sie wurden traumatisiert. Sie wissen auch, dass sie mit ihrer Vorgeschichte nicht ohne weiteres in ihre Familien und Dörfer zurückkönnen. Zudem haben sich nichts gelernt, was ihnen in Friedenszeiten von nutzen sein könnte. Ihr Broterwerb ist der Krieg und ihr sozialer Zusammenhalt die Truppe.

3.5.4 Situation der Frauen

Bereits vor dem Krieg waren Frauen und Mädchen in der Demokratischen Republik Kongo Bürgerinnen zweiter Klasse. Das Gesetz und soziale Normen definierten ihre Rolle als den Männern gegenüber untergeordnet (HRW 2002, S. 20). Durch den Krieg wurden sie über die in Kriegszeiten auch für Männer geltenden Leiden hinaus Opfer der Ereignisse, die sie nicht herbeigeführt hatten.

In der Regel sind es die Frauen, die die Familien führen und ernähren mussten, während ihre Männer als Soldaten an der Front kämpften oder weit entfernt Arbeit suchten. Der Krieg und die Not ließen Familien zerbrechen. Oftmals profitierten die Frauen nicht einmal davon, wenn ihre Männer tatsächlich in Minen durch Gold-, Coltan- oder Diamantenfunde Geld verdienten. Es gab keine Möglichkeit, über grö-



AUSBILDUNGS-SCHNEIDEREI IN BUKAVU
(FOTO: HEINZ WERNER WEßLER)

Bere Entfernungen in Kontakt zu bleiben oder Geld nach Hause zu überweisen. Viele der Schürfer unterhielten zudem in den Schürfgebieten »Ehefrauen auf Zeit«. Diese waren meist Frauen aus der Region, die so ihr Überleben sicherten (Harden 2001, S. 30).

Für Frauen ohne Arbeitsplatz, die aufgrund des Krieges die Felder nicht mehr bestellen konnten und auch niemanden mehr hatten, der oder die ihnen etwas zukommen ließ, war Prostitution oft der einzige Weg, ein Einkommen zu erzielen. Ohne dieses hätten sie und ihre Kinder verhungern müssen. Sex wurde der einzige Weg, um zu überleben (HRW 2002, S. 21 / Brittain 2003, S. 18).

Zur sozialen Auflösung und den Zwängen der Armut kam noch die direkte Gewalt durch die Soldaten der diversen Armeen. Human Rights Watch hat eine Studie über die Situation der Frauen treffend »Der Krieg im Krieg – Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Ostkongo« genannt. In dieser Studie wird detailliert und mit vielen Zeugenaussagen beschrieben, dass Frauen und Mädchen im Zuge der Übergriffe und Plünderungszüge der Soldaten immer wieder vergewaltigt wurden. Es gab auch zahlreiche Fälle von Entführungen von Frauen, die dann in den Militärcamps als Sex- und Arbeitsklavinnen dienen mussten.

Diese Verbrechen geschahen nicht selten mit System. Die Frauen wurden gezielt zu Opfern, um politische und militärische Ziel durchzusetzen. Durch Massenvergewaltigungen sollte der Wille der Menschen gebrochen werden, sich weiter zu verteidigen. Sexuelle Gewalt wurde zur Waffe, um unmissverständlich den Frauen und ihrem Umfeld zu zeigen, wer die Macht besaß. Die gezielte Verletzung der Frauen und Mädchen diente zur Terrorisierung der Heimatgemeinden. Beteiligt an diesen Aktionen waren nach Aussagen der betroffenen Frauen Soldaten aller am Krieg beteiligten Armeen (HRW 2002, S. 23–63).

Ähnlich wie in der DRK ließ und lässt sich sexuelle Gewalt gegen Frauen auch in anderen Kriegen beobachten, denn Vergewaltigungen sind »oft im höchsten Maße funktional: Sie untergraben die Bereitschaft, trotz widriger Umstände und eines nur unter Lebensgefahr zu bewältigenden Alltags in der angestammten Heimat auszuharren und auf bessere Verhältnisse zu warten. Demgemäß wird die sexuelle Gewalt gegen Frauen hier von der politisch-militärischen Führung auch nicht unterbunden und sanktioniert, sie wird vielmehr angeordnet und organisiert.« (...) Ein weiterer Aspekt ist, dass »die Vergewaltigung von Frauen als Prämie der Sieger und Eroberer« dient.

(MÜNKLER 2002, S. 148 UND 151)

Dieses Verhalten blieb straflos. In den Rebellengebieten waren in der Regel die Anführer der Verbrecher die einzige Instanz, bei der Anklage erhoben werden konnte. Diese Anklagen waren nahezu ausnahmslos ohne Folge für die Täter. Diese Straflosigkeit signalisierte den Tätern wie auch potentiellen

Tätern, dass Gewalt gegen Frauen kein Verbrechen sei (HRW 2002, S. 79–83). Ein erster wichtiger Schritt hin zu einer Beendigung der Verbrechen an Frauen ist die Beendigung der Straflosigkeit.

In einem Nachkriegskongo müssten dann Gesetze so verändert werden, dass Frauen endlich die gleichen Rechte erhalten. Die Regierung ist zu einer solchen Änderung verpflichtet, da die derzeitigen Gesetze internationalen Konventionen widersprechen, die die Regierung unterzeichnet hat (HRW 2002, S. 85).

Zudem muss den Opfern geholfen werden, die in vielen Fällen von ihren Ehemännern verstoßen und aus Gemeinschaften ausgeschlossen wurden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie durch die Vergewaltigung schwanger wurden.

Prostitution und Vergewaltigung der Frauen führten außerdem zu einem Anstieg der Geschlechtskrankheiten, darunter auch HIV/AIDS. Sie wurden von Männern angesteckt, die zu einem großen Teil infiziert sind, – gleich, ob es sich dabei um Minenarbeiter oder um Soldaten handelte – (HRW 2002, S. 64–74).

3.6 Kriegswirtschaft in Zeiten der Globalisierung

Der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo ist in seinem derzeitigen Umfang nur möglich, weil hiesige Firmen die Waren aus den Kriegsgebieten kaufen. Der über das internationale Bankensystem transferierte Gewinn ist wiederum die Voraussetzung für den Erwerb des wichtigsten Produktionsmittels: Waffen. Ein weltweites Geschäftsnetz entstand (**Abbildung 11**).

3.6.1 Waffenkauf auf globalisierten Märkten

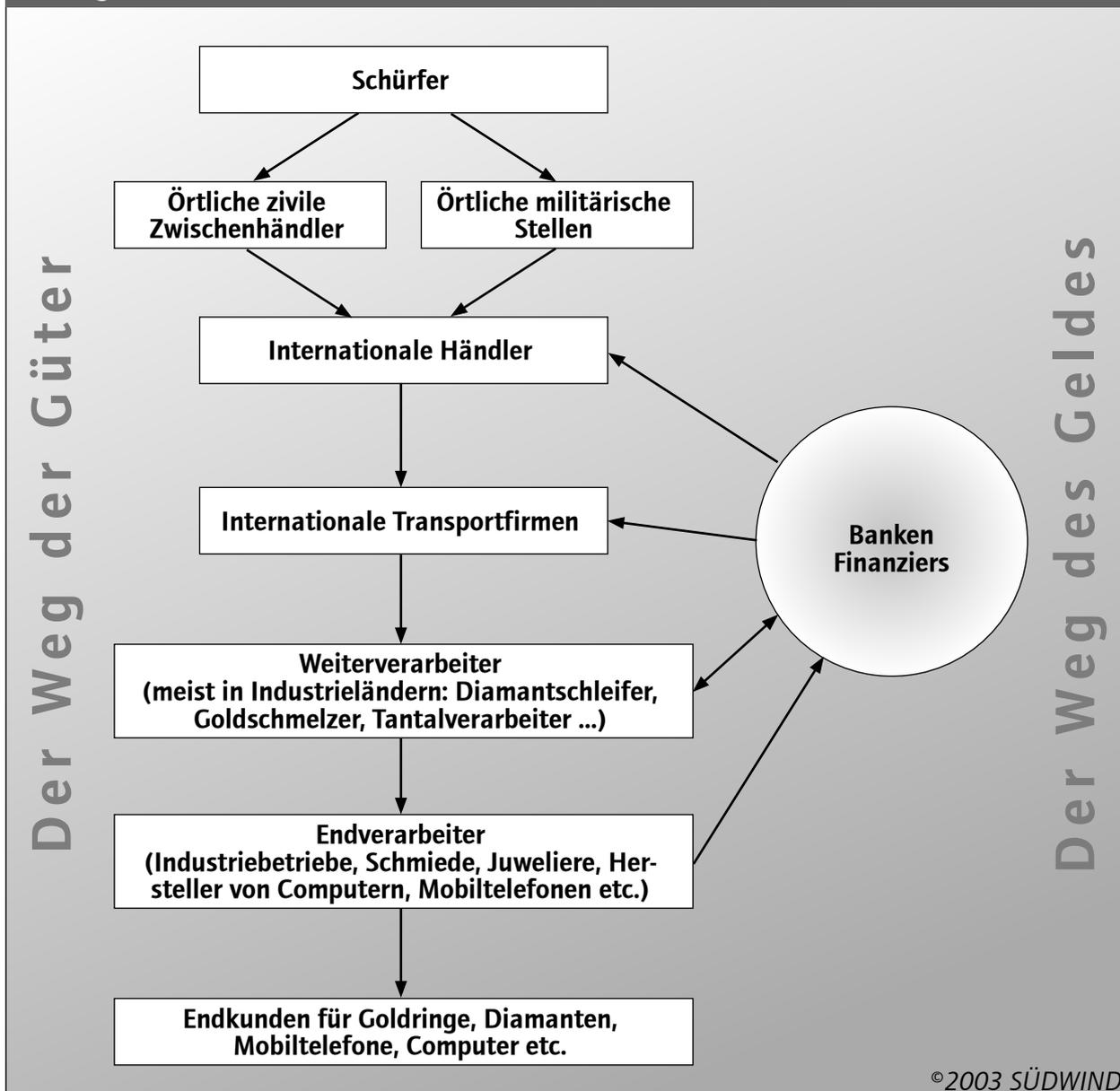
Kleinwaffen aller Art sind weltweit das Haupttötungsinstrument: Sie sind billig, schnell zu transportieren, leicht zu warten, einfach zu bedienen und für Kinderhände geeignet (**Abbildung 12**).

Die Beschaffung dieser Waffen ist kein größeres Problem. Weltweit gibt es rund 550 Millionen Kleinwaffen, davon rund 125 Millionen Sturmgewehre. Mehr als die Hälfte dieser Waffen ist in Privatbesitz (größtenteils in den Händen von US-Bürgern). Das

Auslaufen des Kalten Krieges sowie die Beendigung einer Reihe von Kriegen Anfang der neunziger Jahre hat dafür gesorgt, dass große Mengen Waffen auf den Markt kamen. Deutschland verkaufte beispielsweise die Restbestände der DDR-Armee, Russland überzählige Ausrüstung, ehemalige Kämpfer beendeteter Kriege – etwa in Mosambik – verkauften ihre Waffen an Zwischenhändler, die sie zum nächsten Krieg transportierten (Paes 2002, S. 8–19).

Hinzu kamen allein im Jahr 2000 rund 4,3 Millionen neue Kleinwaffen, die Firmen in mindestens 95 Staaten produzierten. Dazu gehörte nicht nur die in der Sowjetunion entwickelte Kalaschnikow (AK 47), die in 19 Staaten hergestellt wird. Allein zur Produktion des Sturmgewehrs G3 der deutschen Firma Heckler und Koch besaßen (und besitzen zum Teil noch) 18 Staaten eine Lizenz, darunter die Türkei, Burma, Saudi-Arabien und Pakistan. Wichtige Lieferanten für Kriegsgebiete waren vor allem viele ehemalige Ostblockstaaten, die aufgrund der eigenen Wirtschaftskrise sowie nicht vorhandener Kontrollsysteme nahezu an jeden verkauften. Doch auch Staatsbürger und Firmen aus den G8-Staaten ver-

Abbildung 11
Der Weg der mineralischen Rohstoffe (Gold, Coltan, Diamanten ...)



kaufen Waffen in afrikanische Kriegsgebiete (*Paes 2002, S. 8–19 / AI 2003*).

Die Kriegsparteien in der Demokratischen Republik Kongo sind weltweit auf Einkaufstour gegangen. Die ugandische Regierung bezog 1997–99 größere Mengen Waffen unter anderem aus Nordkorea, Weißrussland, Israel, den USA und Südafrika. Wie vernetzt der Handel ist, zeigte sich in Südafrika, wo ein belgischer Waffenhändler verhaftet wurde, der Laurent-Désiré Kabila 8000 M16-Gewehre aus US-Produktion verkaufen wollte, die noch aus dem Vietnam-Krieg stammten (*Oxfam 2001, S. 12*).

Die Regierungen der Kriegsteilnehmer brauchten zumindest einen großen Teil der Waffenkäufe nicht einmal auf illegalen Wegen abzuwickeln. Lediglich gegen die angolische Rebellenorganisation UNI-

TA sowie gegen die Völkermord-Milizen aus Ruanda («Interahamwe») gab es von den Vereinten Nationen verhängte Waffenembargos. Die Europäische Union verhängte zudem Lieferverbote nach Zaire (1993) und gegen Simbabwe (2000) (*Raeymaekers 2002, S. 26*).

Bestehende Auflagen zur Verhinderung des Waffenexportes in Kriegsgebiete wurden von internationalen Waffenhändlern umgangen, indem sie gefälschte oder von korrupten Beamten erstellte »Endverbraucherzertifikate« von Staaten vorlegten, die nicht an Kriegen beteiligt sind. In diesen Papieren bestätigte eine Regierung, sie sei der Käufer der Waffen, doch die Ladung ging in ein Kriegsgebiet.

Innerhalb der Kriegsgebiete der DRK verlief der Handel vollkommen unkontrolliert. Niemand weiß

Abbildung 12:
Tote und verletzte Zivilisten bezogen auf Waffentypen
(Schätzungen für 41 Konfliktgebiete der neunziger Jahre)

Waffentypen	Prozentualer Anteil
Gewehre	63
Handfeuerwaffen (Pistolen, Revolver)	10
Artillerie, Mörser	10
Landminen	10
Großwaffensysteme (Panzer, Flugzeuge, etc.)	5
Handgranaten	2

©2003 SÜDWIND (QUELLE: INTERNATIONALES ROTES KREUZ, ZITIERT NACH PAES 2002, S. 9)

genau, wie viele Waffen die diversen Besatzungsarmeen und die Regierung an wen weiterverkauft haben. Zu den Geschäften der leitenden Militärs kamen noch die Geschäfte der einfachen Soldaten, die durch den Kauf erbeuteter oder unterschlagener Waffen schlicht Geld verdienen wollten. Kunde waren Verbände, bei denen oft wahrscheinlich war, dass sie die Waffen gegen ihre Lieferanten einsetzen würden.

3.6.2 Deregulierte Luftfahrt als Scharnier zum Weltmarkt

Vereinfacht wurde der Import der Waffen und der Export der Rohstoffe durch die Aufhebung vieler Beschränkungen im internationalen Luftverkehr in den neunziger Jahren. Neue Fluggesellschaften entstanden, von denen einige gegen gute Bezahlung ganze Frachtflotten vermieteten. Unter diesen Maschinen befinden sich viele große russische Antonov-Flugzeuge, die bis zu 20 Tonnen Fracht laden können.

Die Transportgesellschaften schufen die Verbindung der Kriegsparteien zum Weltmarkt. In der DRK konnten viele der erbeuteten oder geförderten Rohstoffe aufgrund der unsicheren Lage nicht über Straßen außer Landes transportiert werden. Rund um die Minen sind dutzende Pisten entstanden, die für kleine Frachtmaschinen und Hubschrauber ausreichen. Von dort ging die Fracht hin zu größeren Flughäfen, die sich nicht selten im Ausland befanden. Dort wurden die Rohstoffe dann in große Maschinen umgeladen.

Renommierte Gesellschaften wie die belgische Sabena oder die SwissCargo transportierten Rohstoffe aus der DRK von der ruandischen Hauptstadt Kigali aus nach Europa. Sie zogen sich erst nach der Kritik der Untersuchungskommission der Vereinten Nation im September 2001 aus dem Geschäft zurück (UN 2001, S. 15 / Pole 2002, S. 12).

Andere Unternehmen waren und sind dagegen nicht zu greifen und ihre Besitzer skrupellos. Die Maschinen einiger Transporteure flogen auf dem Hinweg Waffen oder andere Güter in die DRK und nahmen auf dem Rückweg die Rohstoffe mit (Renner 2002, S. 20). Transportunternehmer waren zudem über die reine Bereitstellung der Flugzeuge selbst in Geschäfte mit den Kriegsparteien eingestiegen, vermittelten Waffen und Rohstoffe. Dabei machten sie teilweisen mit mehreren Konfliktparteien gleichzeitig Geschäfte (Raeymaekers 2002, S. 34).

3.6.3 Der internationale Zwischenhandel

Kriegsverlauf und Menschenrechtsverletzungen sind von den verschiedensten Seiten immer wieder dokumentiert worden. Die Zwischenhändler der Rohstoffe konnten aus den vorliegenden Papieren genau erfahren, wie die Förderbedingungen ihrer Handelsware aussahen und wer von ihren Zahlungen profitierte. Zudem waren ihre Aufkäufer vor Ort oder zumindest in den Nachbarstaaten präsent. Berichten zufolge kam es beispielsweise in den Coltan-Minen immer wieder vor, dass ruandische Militäroffiziere

mit englischsprechenden Weißen unterwegs waren, die hochempfindliche Messinstrumente mit sich führten. Mit diesen konnten sie feststellen, welchen Tantalgehalt das geförderte Erz hatte und somit auch, was es tatsächlich wert war (*Moyroud / Katunga 2002, S. 176*).

Detaillierte Berichte darüber, wer in welchem Maße auf dem Weg der Rohstoffe hin zu den Endprodukten in unseren Läden profitiert, liegen nicht vor. Die Gewinnspannen werden nicht veröffentlicht, der Handel verläuft geheim und teilweise illegal.

Nur selten dringen Zahlen an die Öffentlichkeit: Das belgische IPIS-Institut dokumentierte einen Fall, bei dem eine belgische Firma Coltan für rund 3 Millionen US-Dollar von Unternehmen aus dem Gebiet der RCD-Goma kaufte. Die Rebellen erhielten aus dem Geschäft Steuern in Höhe von rund 600.000 US-Dollar. Der Weltmarktpreis des Coltan und damit der Erlös beim Weiterverkauf lag allerdings rund doppelt so hoch, wie der Preis, den die belgische Firma bezahlte (*Cuvelier / Raeymaekers 2002, S. 11–12*).

Der Diamantenhandel war und ist ähnlich undurchsichtig und profitabel. Nur ein Teil der Diamanten gelangte überhaupt zu den Händlern in der Demokratischen Republik Kongo. Viele Edelsteine wurden außer Landes gebracht und dann erst auf die internationalen Märkte verkauft. Christian Dietrich, der sich seit vielen Jahren mit dem Diamantenhandel beschäftigt, nannte eine Studie im Untertitel denn auch »Die kriminalisierte Diamantenökonomie der Demokratischen Republik Kongo und seiner Nachbarn«. Er belegt, wie eng verwoben der Diamantenhandel in den Staaten der Region ist (*Dietrich 2002*).

Die Behörden in den Industrieländern blieben

AUFKAUF BÜRO FÜR COLTAN (FOTO: HEINZ WERNER WEBLER)



meist untätig. »Schmuggeln ist gegen das Gesetz, auch in Belgien, Israel, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen Hauptimportländern von Diamanten. Gleiches gilt für Diebstahl. Und dennoch überqueren geschmuggelte Diamanten, gestohlene Diamanten und Konfliktdiamanten regelmäßig straflos alle Grenzen, so als seien Diamanten anders als andere Güter, die abgefangen und beschlagnahmt werden« (*Dietrich 2002, S. 48*).

Mitte August 2003 schätzte ein kongolesischer Minister, dass jährlich Diamanten im Wert von rund 450 Millionen US-Dollar ohne die Zahlung von Steuern und Zöllen außer Landes geschmuggelt wurden. Hauptabnehmer sind die Diamantenschleifer in der belgischen Stadt Antwerpen, die einen großen Teil der weltweit geförderten Diamanten weiterverarbeiten. Viele von ihnen hatten keine Skrupel, Edelsteine aus Ländern zu kaufen, die gar keine eigene Förderung haben. Fiel niemandem auf, dass die Vereinigten Arabischen Emirate ohne eigene Förderkapazitäten binnen zwei Jahren ihre Diamantenexporte nach Belgien auf rund 150 Millionen US-Dollar verzehnfachten? (**Abbildung 13**). Könnte es da nicht einen Zusammenhang damit geben, dass die Emirate die Frachtfluggesellschaft Victor Bouts beherbergen, der für eine Reihe der am Konflikt beteiligten Parteien Transportaufträge übernahm? (*UN 2002, S. 26*).

Der in den letzten Jahren von Nichtregierungsorganisationen angestoßene Diskussionsprozess über die Zertifizierung von Diamanten hat zwar zu ersten Abkommen geführt: Bis Ende Juli 2003 verpflichteten sich 54 am Handel beteiligte Staaten, nur noch Diamanten mit Herkunftsnachweisen zu handeln. Wer sich nicht an die Vereinbarungen hält, dem droht auf den wichtigsten Märkten der Ausschluss vom Handel. Doch die Selbstverpflichtung bietet viele Schlupflöcher und sieht keine unabhängige Kontrollen vor (siehe **Fallbeispiel 4**).

Zwar erschien eine ganze Reihe von Studien zum Handel mit Coltan und Diamanten, doch der Handel mit anderen wichtigen Finanzquellen der kriegführenden Gruppen – Kaffee, Holz, Gold, Zinn ... – geriet noch nicht in den Blickpunkt, geschweige denn, dass Lösungen erarbeitet wurden.

Für diese Rohstoffe gibt es weder konkrete Daten noch gar Vereinbarungen. Ein kurzes Schlaglicht auf die Gepflogenheiten warf im November 2002 die Festnahme eines Kanadiers auf dem Flughafen in Brüssel. Laut RCD-Goma war er der größte Goldhändler in ihrem Gebiet. Der Händler hatte 50 Kilogramm Gold im Gepäck. Nach eigener Aussage hat-

Abbildung 13:
Ausgewählte nicht-fördernde Länder:
Verzollte Importe von Rohdiamanten nach Belgien (in Millionen US-Dollar):

Herkunftsland	1997	1998	1999	2000	2001
Uganda	0	1,3	1,8	1,3	2,5
Ruanda	0,7	0,2	0,5	1,9	1,2
Sambia	Weniger als \$100.000 (alle Jahre addiert)				13,6
Kongo-Brazzaville	454,6	41,5	14,4	116,6	223,8
Gambia	131,4	103,4	58	19,1	6,2
V.A.E.*	2,5	5,5	14,9	108,1	149,5
Hong Kong	90	46,4	71	170,6	170,4

* Vereinigte Arabische Emirate
©2003 SÜDWIND (QUELLE: DIETRICH 2002, S. 49)

te er vier Jahre lang alle 15 Tage ähnliche Transporte durchgeführt (*taz*, 22.11.2002). Vorgeworfen wird dem Kanadier nicht die Mitfinanzierung eines Krieges – was nicht strafbar ist – sondern Geldwäsche.

3.6.4 Organisierte Kriminalität

Viele Geschäfte rund um den Krieg in der Demokratischen Republik Kongo wurden in einer Grauzone abgeschlossen. Die Gewinne der am Krieg beteiligten Staaten tauchten meist nicht in deren Staatshaushalten auf, die Rebellenorganisationen legten ebenso wenig wie die meisten Zwischenhändler Bilanzen vor. Es entstand ähnlich wie in anderen Kriegsgebieten ein undurchsichtiges System. »Eine zumeist lange Kette von Akteuren, Hehlern, Geldwäschern und sonstigen Profiteuren in verschiedenen Ländern interagiert in diesen Subsystemen, um Waren oder Dienstleistungen in die regulären Sphären der globalen Märkte einzuschleusen. (...) Streng ökonomisch betrachtet, muß der kriegswirtschaftlich bedingten Menge illegaler Transaktionen in einem Kriegsgebiet eine gleiche Menge illegaler Transaktionen außerhalb des Kriegsgebietes entsprechen« (*Lock 2002, S. 71–72*).

In der DRK liegen die Verbindungen noch weitgehend im Dunkeln. Einigen der am Handel mit den Rohstoffen beteiligten Personen wurden enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt. Sie sollen nicht nur Waffen und Rohstoffe geschmuggelt haben, sondern dabei auch noch ge-

schäftlich mit Mafiaorganisationen verbunden gewesen sein. Belege gibt es beim Waffenhandel (*ICIJ 2002*). Auch im Coltan-Handel fällt die starke Beteiligung von Osteuropäern auf, denen wiederum Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt werden (*Raeymaekers 2002, S. 21–23*).

Die Person Victor Bout zeigt das langjährige Desinteresse der Behörden der Industrieländer an solchen Geschäften in der Grauzone. Der aus Kasachstan stammende frühere KGB-Offizier verfügt über mindestens fünf Pässe mit unterschiedlichen Namen und gebietet mit rund 50 Maschinen wahrscheinlich über die größte private Frachtflugzeugflotte der Welt. Er soll die Maschine zur Verfügung gestellt haben, mit der Mobutu 1997 ins Ausland floh (*ICIJ 2002f, S. 3*). Später wurde ihm vorgeworfen, mit der ruandischen Armee zusammengearbeitet und für diese sogar Truppen an die Front geflogen zu haben. Zugleich transportierte er Rohstoffe, darunter Coltan, aus den von der ugandischen Armee und ihren Verbündeten besetzten Gebieten (*UN 2002, S. 15, 21, 26 / Cuvelier/Raeymaekers 2002, S. 21–22*). Darüber hinaus ist Victor Bout vermutlich »Afrikas größter Waffenhändler« (*Raeymaekers 2002, S. 34*).

Etliche Berichte der Vereinten Nationen über afrikanische Kriege bezichtigen ihn des Waffenhandels und des Transportes von illegal erworbenen Gütern. Gegen Bout wurde zwar seit Jahren in verschiedenen Staaten wegen Waffenschmuggel, Verletzung von Luftfahrtregeln etc. ermittelt. Doch seine Firma konnte viele Jahre unbehelligt mit Sitz in Belgien

Fallbeispiel 4: Diamanten – Die glänzenden Seiten des Krieges

Selbstregulierung lautet das Zauberwort. Die Diamanten-Industrie brüstet sich seit dem Beginn des Kimberley-Prozesses im Mai 2000 damit, freiwillig ein Instrumentarium zu entwickeln und umzusetzen, das den Handel mit nicht-zertifizierten Diamanten, den sog. Konflikt-Diamanten, unterbinden soll. Diese Steine machen zwischen 4 und 20% des Welthandels aus, wobei bereits 4% einem Verkaufswert von ca. 270 Millionen Euro entsprechen.

Um den Handel mit Konfliktdiamanten zu verhindern, initiierten Vertreter aus 40 Ländern den sog. Kimberley Prozess, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Handel mit den illegalen Steinen zu verhindern. Eine lobenswerte Initiative, die zugleich ein großes Risiko birgt: Selbstregulierungs-Systeme sind nicht bindend und zudem von unabhängigen Institutionen schwer zu überprüfen. Solange den Händlern, die weiterhin mit Konflikt-Diamanten Handel treiben, keine ernstzunehmenden Strafen drohen, bleibt die Selbstregulierung ein zahnloser Tiger. Denn: »Der Beruf der Diamanthändler war es seit jeher, möglichst billig Steine einzukaufen – Steine, die oft unter Sklaverei-ähnlichen Bedingungen geschürft wurden. Sollten diese Leute sich plötzlich für Menschenrechte interessieren?«, so Christian Dietrich vom belgischen Forschungsinstitut ipis.

Benötigt werden vor allem Regularien zur Überprüfung des Embargos. Bislang gibt es schlicht keine Handhabe: Kein unabhängiger Wirtschaftsprüfer hat die Möglichkeit, einen Einblick in die Bücher der Diamanten-Industrie zu bekommen. Ohne einheitliche Formulare kann kein Zollbeamter die Papiere zuverlässig prüfen – es existieren lediglich einfache »Echtheitszertifikate«, entworfen nach dem Gutdünken der einzelnen Händler.

Die Initiative der Diamanten-Industrie droht zu einer PR-Maßnahme für die besorgte Kundschaft zu werden, wenn diese nicht bereit ist, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Von der Mine bis ins Juweliergeschäft muss der Weg der Steine nachvollziehbar sein, um den Schmuggelhandel im großen Stil zu unterbinden. Denn Diamanten sind so einfach zu schmuggeln wie kein anderes Handelsgut. Schon in eine Hosentasche passen Steine im Wert von vielen Millionen Euro und kein Spürhund kann sie am Zoll finden. Zudem sehen Diamanten im ungeschliffenen Zustand aus wie Kieselsteine und sind nur durch Fachpersonal an den Grenzen zu

identifizieren. Diamantenhändler, die sich nicht an das Embargo halten, müssen auf eine schwarze Liste gesetzt und von allen Diamantbörsen ausgeschlossen werden.

Es geht nicht nur um Gegenwart und Zukunft, sondern auch um die Verantwortung für die jüngste Vergangenheit. Die Kriege um Rohstoffe haben während der 90er Jahre mehr als 20 Millionen Menschen das Leben gekostet, so das us-amerikanische Worldwatch Institute. Konzerne wie De Beers haben über Jahre hinweg Diamanten im kriegszerütteten Angola und anderswo gekauft und damit zur Finanzierung von Waffenkäufen beigetragen. Wäre es nicht angemessen, wenn sie jetzt einen Beitrag zum Wiederaufbau des völlig zerstörten Landes leisten würden?

Die Gefahr besteht, dass das Thema nach dem Abschluss des Kimberley-Prozesses aus den Schlagzeilen gerät und eine trügerische Sicherheit vermittelt wird. Das UN-Embargo gegen den Handel mit Konfliktdiamanten und der öffentliche Druck auf die Diamanten-Industrie, der entstanden ist, seit Hilfsorganisationen in Europa und Nordamerika bekannt gemacht haben, dass mit Diamanten Bürgerkriege in Afrika finanziert werden, waren nämlich durchaus erfolgreich. Zudem lässt sich die Thematik auf viele andere Waren wie Öl, Gold oder Tropenholz und Länder wie den Sudan oder Liberia übertragen. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, das Thema immer wieder in die Öffentlichkeit zu bringen.

ANNE JUNG

(Die Autorin ist Mitarbeiterin bei medico international und Sprecherin der Diamanten-Kampagne Fatal Transactions in Deutschland.)

operieren. Als er dort aufgrund drohender Ermittlungen wegzog, wurde er zuerst in Südafrika und dann in Swasiland geduldet, bevor er seine Flugzeuge in die Vereinigten Arabischen Emirate verlegte. Bei seinen weltweiten Geschäftsbeziehungen kreuzen sich die Wege Bouts mit einer Reihe von ebenfalls einschlägig bekannten Gestalten des internationalen Handels in der Grauzone (*ICIJ 2002f / ICIJ 2002b*).

Ist es ein Zufall oder Ausdruck langjähriger Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen afrikanischer Staaten, dass Bout seine Geschäfte in und mit afrikanischen Bürgerkriegen lange unbehelligt tätigen konnte – und nach den Anschlägen vom 11.9.2001 in den USA auf die internationalen Fahndungslisten geriet, da er die Taliban beliefert hatte? (*ICIJ 2002a, S. 5*).

3.6.5 Banken als Bindeglied

Ein wichtiges Bindeglied zwischen den hiesigen Firmen und Kriegsbeteiligten sind Banken. Zur Finanzierung des Sturzes von Mobutu diente 1996 beispielsweise eine eigene Bank in der ruandischen Hauptstadt Kigali als Drehscheibe für die Sammlung und Weiterleitung von Einnahmen. Sie arbeitete dabei unter anderem mit der Citibank zusammen. Ein Jahr später sollen über die Citibank Lieferanten der RCD bezahlt worden sein (*UN 2001, S. 7 und 30*). Auch britischen und belgischen Banken wird vorgeworfen, an Geschäften in der DRK beteiligt gewesen zu sein (*UN 2002, Annex III, S. 7–10*).

Der oben beschriebene Goldschmuggel hätte zur Einzahlung der Verkaufserlöse auf ein Konto bei einer belgischen Bank führen sollen (S. 48). Von den dortigen Konten führten die Wege des Geldes in die Schweiz, die USA und Großbritannien (*taz, 22.11.2002*). Die genaue Rolle der Banken ist in weiten Teilen noch nicht geklärt. Da im Laufe des Krieges viele hundert Millionen Euro zwischen Waffenlieferanten, Rohstoffhändlern und Transportfirmen auf der einen Seite und den diversen Armeen und Privatakteuren auf der anderen Seite hin und her geflossen sein müssen, liegt der Verdacht nahe, dass international bekannte Banken in die Geschäfte verwickelt waren. Zudem ist anzunehmen, dass viele der Kriegsbeteiligten für den Fall, dass sie nach einem Friedensschluss auf der Verliererseite sind, über erhebliche Guthaben bei hiesigen Banken verfügen.

3.6.6 Endverarbeiter und EndkundInnen

Ein Teil der hiesigen Verarbeiter kongolesischer Rohstoffe versteckt sich hinter Zwischenhändlern und weist jedes Wissen über die Herkunft der Rohstoffe und damit auch Verantwortung von sich. Dabei gehört nicht nur ihre Rolle bei der indirekten Finanzierung des Krieges in den Blickpunkt. Hinzu kommen die geschilderten nicht geklärten Besitzverhältnisse vieler Minen, Korruption, Steuerhinterziehung und Schmuggel durch deren Betreiber, Kinder- und Zwangsarbeit, Beraubung und Ermordung von Schürfern und Bauern.

Viele Verarbeiter profitierten von diesen Geschäftspraktiken. Die zusätzlich auf die Märkte drängenden Rohstoffe senkten ihre Einkaufspreise. Dies geschah nicht nur durch die steigende Menge der Produkte, sondern auch dadurch, dass die Verkäufer nicht in der Position waren, hart zu verhandeln: Sie brauchten Geld, und zwar wenn möglich sehr schnell und auf unauffälligen Wegen.

Beim Coltan zeigte sich die Bedeutung der Lieferungen aus der DRK. Die Förderkapazitäten lagen im Jahr 2000 weltweit bei 1.750 Tonnen, die Nachfrage stieg aufgrund der boomenden Elektronikindustrie auf 2.500 Tonnen. Daher stieg der Weltmarktpreis für Tantal ab Februar 2000 binnen eines Jahres von 180 auf 950 Euro je Kilo (*Werner 2001, S. 50*). Verschiedene Schätzungen und Aussagen von am Handel beteiligten Personen lassen vermuten, dass bis zu 20 Prozent des Weltbedarfes im Jahr 2000 durch Coltan aus der DRK gedeckt wurden (*Werner 2001, S. 70*). Hinzu kam noch das Coltan, das über Uganda und Ruanda vermarktet wurde. Dies war ein wichtiger Beitrag, den Rohstoffpreis nicht noch höher steigen zu lassen.

Die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen veröffentlichte Ende 2002 eine Liste mit 85 Unternehmen, die nach ihrer Ansicht Standards für international operierende Firmen, die »OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen«, nicht eingehalten hatten. Dazu gehörte nach Ansicht der Kommission auch die deutsche Firma H.C. Starck und deren Mutterkonzern, die Bayer AG. Diesen wird der Aufkauf von Coltan vorgeworfen, das wiederum von einer ebenfalls beschuldigten anderen deutschen Firma, der Masingiro GmbH, direkt vor Ort im Kongo aufgekauft und zum Teil auch gefördert wurde (*UN 2002, Annex III, S. 7–10 / siehe Fallbeispiel 5*).

Fallbeispiel 5: »Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun?« – Zum Diskussionsstand

Coltan ist die Abkürzung für »Columbo-Tantalit«, ein Erz, aus dem in der Verarbeitung Tantal und Columbium (= Niobium) gewonnen wird. Tantal ist ein guter Stromleiter und extrem hitze- sowie säurebeständig. Daher wird es beim Bau der Leiterplatten von Mobiltelefonen, Playstations, Lap-Tops und CD-Spielern eingesetzt, im chemischen Apparatebau sowie in der Raumfahrt- und Rüstungsindustrie.

Der Tantal-Weltmarkt wird hauptsächlich von australischen Minen bedient. Wieviel des weltweit verarbeiteten Tantals aus den Abbaugebieten im Osten des Kongo stammt, ist unsicher. Schätzungen bewegen sich zwischen 15-40 Prozent. Unter den weltweit tätigen Unternehmen, die die verarbeitete Industrie mit Tantal beliefern, gilt H.C. Starck, eine Tochter der Bayer AG, als Weltmarktführerin.

Die Kommission »Solidarität mit Zentralafrika« von pax christi (Deutsche Sektion) hat sich in den letzten Jahren immer wieder mit dem Thema Coltan aus der Kivu-Provinz der DRK beschäftigt. Eine Reihe von Untersuchungen belegt, dass mafiöse Netzwerke im Umkreis der Rebellenbewegung RCD und Akteure aus dem Umkreis der Besatzungstruppen in den letzten Jahren viel Geld durch den Handel mit Coltan verdient und damit den Krieg mitfinanziert haben. Coltan ist nur eines der Rädchen im Kreislauf der zentralafrikanischen Kriegsökonomie, doch hier sind deutsche Firmen führend involviert. Somit ist auch nationale Verantwortung gefragt.

Die kontroverse Debatte um den Umgang mit der Coltan-Problematik in der DR Kongo zeigt, um was es geht: Bei der Analyse des Phänomens der »Kriegsökonomie« herrscht zunächst eine gewisse Einigkeit: Rohstoffe finanzieren die Fortsetzung des Krieges. Doch was sollen Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Norden der Welt fordern? Was sagen die Partner im Süden? Das vom EED geförderte Pole-Institut in Goma setzte sich beispielsweise mit Nachdruck gegen ein internationales Tantal-Embargo ein, da es aufgrund der vielen bedrohten Arbeitsplätze moralisch »unverantwortlich« sei. Andere NRO sagen, ohne eine Beschränkung des Coltanexportes gehe der Krieg weiter. Die UN-Arbeitsgruppe zur Untersuchung der illegalen Ausbeutung von Rohstoffen aus der DRK hat anfänglich ein Embargo gefordert. In ihrem jüngsten Bericht vom Oktober 2002 fordert sie gezielte Sanktionen gegen

namentlich genannte Unternehmen und einzelne Akteure, darunter fünf deutsche Firmen (u.a. H.C.Starck).

Das Thema ist komplex. Zwar wirft die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen einer Reihe von am Coltanhandel beteiligten Firmen den Bruch der »OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen« vor. Doch es ist bis heute nicht gelungen, eine offizielle Beschwerde gegen eine dieser Firmen vor die zuständigen europäischen OECD-Kontaktstellen zu bringen. Die Handelsverhältnisse in Zentralafrika sind sehr kompliziert. Ob die OECD-Richtlinien auch die Verantwortung für Zulieferer umfassen können, ist umstritten und wird von den Firmen abgelehnt.

Von einem Schuldbekenntnis involvierter transnationaler Unternehmen hat man nichts gehört. Im Gegenteil, sie sehen sich selbst als Opfer und vermuten – wie Peter Kählert als Vertreter von H.C.Starck im November 2002 –, »dass NROs und ein Teil der Medien hinter gesellschaftlichem Engagement von Unternehmen oft nur böse Absichten vermuten und dies auch kundtun.« Aus unternehmerischer Sicht muss die Diskussion um das Thema Ökonomie der »neuen Kriege« die Investitionsbereitschaft transnationaler Unternehmen schädigen.

Im Falle des Irak oder Jugoslawiens sahen sich die Vereinten Nationen durchaus in der Lage, zwischenstaatlichen Handel transparent zu machen und effektiv zu kontrollieren bzw. Embargomaßnahmen durchzusetzen. Handelskontrolle ist somit auch in der gegenwärtigen Epoche der so genannten Globalisierung mit ihrem Ideal der Liberalisierung des Welthandels möglich. In Afrika allerdings, so steht zu befürchten, bringt die internationale Gemeinschaft nicht den notwendigen politischen Willen auf, der Problematik der »neuen Kriege« mit innovativen Maßnahmen zu entgegnen.

Problemfelder und Instrumente zur Problemlösung klaffen noch weit auseinander. Denn zu einem dauerhaften Frieden und Wiederaufbau des Landes wird es nicht kommen, solange der Krieg für Einzelne profitabel bleibt. In Zukunft wird es vor allem darauf ankommen, ob es gelingt, ein funktionierendes Verifikationssystem aufzubauen (Kampagnen siehe Seite 61 ff.).

HEINZ WERNER WEBLER

Das Coltan wurde von H.C. Starck weiterverarbeitet und landete schließlich in den Mobiltelefonen der großen Hersteller, in Laptops, Computern und Play-Stations. Diese wiederum gelangten über den Handel in die Hände der Kundinnen und Kunden.

Ähnlich sah der Weg anderer Rohstoffe aus: Diamanten und Gold aus der DRK endeten bei den hiesigen Juwelieren, Kaffee in den Kaufhausregalen, Holz in den Baumärkten ...

Symptomatisch für den Umgang von Unternehmen mit den Vorwürfen von Nichtregierungsorganisationen und den Veröffentlichungen der Vereinten Nationen ist die Reaktion der Firma H.C. Starck. Erst als viele Beweise vorlagen, wurde eingeräumt, man habe nur bis August 2001 dort eingekauft. Als die UN-Kommission anderes behauptete, setzte ein Streit über die Belege für spätere Einkäufe ein sowie

darüber, ob der Kauf bei Zwischenhändlern überhaupt eine Verletzung der OECD-Leitsätze nach sich ziehe.

Für die Menschen, die mit Waffen erschossen wurden, die mit Erlösen aus dem Verkauf von Coltan finanziert wurden, sowie für Kinder- und Sklavenarbeiter in den Minen ist dies ein sinnloser Streit. Wichtig wäre vielmehr eine offene Diskussion darüber, wie in Zukunft mit Rohstoffen aus Kriegsgebieten umgegangen werden soll und wie Richtlinien gefunden werden können, die verbindlich sind und zugleich der Kriegssituation gerecht werden.

Selbst wenn die Behauptung stimmen würde, man habe nichts von der Herkunft der Rohstoffe gewusst, stellt sich die Frage, ob nicht die Unternehmen die Herkunft ihrer Rohstoffe besser kontrollieren müssen.

3.7 Lösungsansätze

Ende Juli 2003 beschlossen die Vereinten Nationen eine weitere Resolution zur Situation in der Demokratischen Republik Kongo. Wesentliche Forderungen sind:

- die Einstellung aller Feindseligkeiten,
- ein Stopp der militärischen Unterstützung und der Lieferung militärischer Güter an kriegführende Gruppen durch Nachbarstaaten und die Regierung der DRK,
- das Ende der Straflosigkeit für Verbrechen,
- die Bestrafung aller, die an der Gewalt gegen Zivilisten sowie an Verstößen gegen die Menschenrechte beteiligt waren,
- das Ende der illegalen Ausbeutung der Bodenschätze,
- die Durchführung einer Konferenz über Frieden, Sicherheit, Demokratie und Entwicklung unter Beteiligung aller Staaten in der Region der zentralafrikanischen Seen (*UN 2003b*).

Die Umsetzung dieser Forderungen wird nur durch internationale Anstrengungen gelingen. Da die vorliegende Broschüre die ökonomischen Hintergründe des Konfliktes zum Thema hat, werden sich die Lösungsansätze auch auf diesen Bereich beschränken.

Internationale Kriegsprofiteure zur Rechenschaft ziehen

Die Einnahmen aus dem Verkauf der Rohstoffe sind auch weiterhin die Voraussetzung für den Kauf von Waffen, für die Besoldung von Soldaten – wo sie denn stattfand – und damit auch für die Fortführung des Krieges. Zudem bietet die Aussicht, durch die eroberten Rohstoffvorkommen reich zu werden, einen hohen Anreiz zur Fortführung des Kampfes.

Ein wichtiger Schritt zum Frieden in der DRK wird somit die Regelung der Frage des Zugangs zu Ressourcen und damit zu den Einnahmequellen der kriegführenden Gruppen sein. Hauptverantwortlich für eine solche Regelung sind die Abnehmer der Rohstoffe in den Industriestaaten. Die Erfahrungen in der DRK wie auch in anderen Kriegsgebieten belegen, dass »die Regulierung, Einhegung oder gar Austrocknung von Kriegsökonomien über die Kontrolle der internationalen Abnehmer« geschehen muss (*Schlichte 2002, S. 21*).

Alle anderen Ansätze drohen angesichts der Situation in der DRK und der Verwicklung der Nachbarstaaten ins Leere zu laufen. Wäre ein internationaler Wille da, dann könnten rasch verbindliche Maßnahmen vereinbart werden, um die kriegführenden Gruppen vom Weltmarkt abzuschneiden. Der Wille

des Internationalen Strafgerichtshofes, die Beteiligten an den Menschenrechtsverletzungen sowie die Profiteure, die den Krieg finanzierten, vor Gericht zu stellen, ist ein wichtiges Signal (*ICC 2003*):

- Die Möglichkeit, legal Waffen und Munition in Krisengebiete zu verkaufen, muss in weltweiten Übereinkommen drastisch eingeschränkt werden.
- Illegale Geschäfte mit Waffen, Munition und Rohstoffen müssen international verfolgt und unterbunden werden.
- Für die Rohstoffe, die immer wieder zur Finanzierung von Bürgerkriegen dienen, müssen weltweit verbindliche Herkunftsnachweise eingeführt werden, die von unabhängiger Seite kontrolliert werden.
- Für Firmen, die Rohstoffe ohne Nachweise aufkaufen und weiterverarbeiten, müssen internationale verbindliche Strafen festgelegt werden.
- Kriegsprofitere gehören auf schwarze Listen, um Reisen ins Ausland und internationale Geschäfte zu verhindern.
- Die Listen müssen öffentlich sein um so die Betroffenen bloßzustellen («naming and shaming»).
- Banken müssen verpflichtet werden, Transaktionen der geächteten Kriegsprofitere anzuzeigen.
- Illegal erworbener Besitz inklusive der Guthaben auf Bankkonten muss beschlagnahmt werden. Dies gilt sowohl für illegale Einnahmen von Rebellen und Ministern innerhalb der DRK als auch für die Waffenhändler und internationale Schmuggler.

- Die Bestrafung und die Lahmlegung der Transportfirmen, die bei der Umgehung internationaler Abkommen behilflich sind, müssen durch weltweit geltende Abkommen ermöglicht werden.

Soldaten der Mai-Mai-Milizen verließen die Wälder und kamen nach Bukavu und Kindu. Sie wollten den Kampf beenden. Andere Mai-Mai-Gruppen konnten dann beobachten, dass die örtlichen UN-Organisationen den Soldaten kein Geld für eine Übergangszeit und eine Reintegration zur Verfügung stellen konnten. Kirchen und Nichtregierungsorganisationen hatten ebenfalls keine ausreichenden finanziellen Mittel. Die Soldaten zogen zu einem großen Teil wieder ab – erneut in den Kampf, der ihnen ein Auskommen sichert.

(*OCHA 2003, S. 8*).

Geld für den Wiederaufbau fehlt

Schon bei der Schaffung von Frieden ist die Hilfe von außen notwendig. Doch die internationale Gemeinschaft hat anscheinend kein Geld für die DRK. Die für humanitäre Aufgaben zuständige Organisation der Vereinen Nationen (OCHA) stellte im Mai 2003 fest, es seien erst 15,7 Prozent der für das Jahr 2003 notwendigen Gelder von den Mitgliedsstaaten eingezahlt worden. Nicht einmal für Demobilisierung friedenswilliger Kämpfer ist Geld vorhanden, doch ohne eine Perspektive für die Soldaten wird der Krieg weitergehen.

Die Beendigung des Krieges wird erst der Anfang eines langen und kostspieligen Prozesses sein. Politische Institutionen, Sicherheitssektor, Wirtschaft und Gesellschaft müssen von Grund auf neu gestaltet werden. Hierfür wird neben der Beratung und personellen Unterstützung vor allem Geld gebraucht.



SCHULKINDER AUS EINEM DORF IN DER SAVANNE (FOTO: THOMAS GERHARDS)

4. FORDERUNGEN AN POLITIK, UNTERNEHMEN, NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN UND KIRCHEN

Die Verbindungen zwischen Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo sowie deren Nachbarstaaten sind vielfältig. Dazu gehören die privaten Freundschaften, die Partnerschaften zwischen Kirchen und Gemeinden und Geschäftsbeziehungen der hiesigen Unternehmer. Doch auch Entwicklungshilfeprojekte sowie das Stimmverhalten der deutschen Regierung bei Entscheidungen der Vereinten Nationen oder des Internationalen Währungsfonds sind Teil dieser Verbindung. Eine besondere Mitverantwortung für das Geschehen in der DRK ergibt sich nicht zuletzt aus der langjährigen deutschen Unterstützung für den Diktator Mobutu.

4.1 Forderungen an die Bundesregierung

In der politischen Diskussion spielte der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo bis zur Diskussion über die Anfrage an die Bundesregierung, im Frühjahr 2003 Soldaten für eine europäische Eingreiftruppe in der DRK zur Verfügung zu stellen, keine große Rolle. Genehmigt wurden Transportflüge ins Nachbarland Uganda. Bei allen Zweifeln am Sinn von Militäreinsätzen ist dies symptomatisch für die deutsche Behandlung des Krieges in der DRK: In Ex-Jugoslawien, in Afghanistan oder beim »Kampf gegen den Terror« im Meer vor Ostafrika werden Truppen und viel Geld eingesetzt, der Kongokrieg gilt dagegen als ein vernachlässigbarer Nebenschauplatz.

Die angefangene Diskussion wurde nur am Rande zur Entwicklung politischer Lösungsansätze genutzt. Der im Bundestag zu diesem Thema beschlossene Antrag fällt vor allem bei der Frage, wie mit den ökonomischen Hintergründen des Konfliktes umgegangen werden soll, weit hinter das Europaparlament zurück, das in einer Entschließung im Januar 2003 einen umfassenden Forderungskatalog beschlossen hat (siehe **Fallbeispiel 6**).

Entwicklung eines umfassenden politischen Ansatzes für die Region

Die enge Verknüpfung des Krieges in der DRK mit den Interessen der Nachbarstaaten sowie die weltweiten ökonomischen Verflechtungen erfordern einen umfassenden Ansatz der Bundesregierung:

- Die Bundesregierung muss einen umfassenden langfristigen Ansatz für die Befriedung der DRK und der angrenzenden Staaten entwickeln.
- Der Bundestag und hier insbesondere der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit muss der Bundesregierung konkrete Vorgaben für die Erarbeitung des langfristigen Ansatzes machen.
- Ein zentraler Bestandteil dieses Ansatzes muss die Förderung der kongolesischen Zivilgesellschaft sein, deren Mitarbeit bei der Befriedung des Landes sowie beim politischen und ökonomischen Neuaufbau von großer Bedeutung ist.
- Ein kurzfristiges Ziel muss die Einflussnahme auf Simbabwe, Ruanda und Uganda sein, damit diese ihre Einmischungen und Waffenlieferungen beenden.
- Die Verbrechen, Fehler und Versäumnisse der Regierung unter Joseph Kabila müssen offen angesprochen werden.
- Die Bundesregierung muss eine Strategie für den Umgang mit der neuen Regierung der DRK entwickeln. Dazu gehört auch die Frage, wie man Mitgliedern der neuen Regierung begegnet, die schwerste Kriegesverbrechen begangen haben oder die sich durch den Krieg bereichern konnten.
- Die Entwicklung und Umsetzung eigener Ansätze muss eng mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und den USA abgestimmt werden.

Fallbeispiel 6: Entschließung des Europäischen Parlaments zur illegalen Ausbeutung der Bodenschätze in der Demokratischen Republik Kongo (Dokument P5_TA-PROV(2003)0034) vom 30.01.2003

Das Europäische Parlament, (...)

1. verurteilt die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo durch die Nachbarländer sowie durch internationale private Unternehmen und fordert, dass konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Situation ein Ende zu bereiten;
 2. bekundet seine ernsthafte Besorgnis über die Schlussfolgerungen des Berichts des UN-Sachverständigenteams über die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und sonstigen Reichtümer der Demokratischen Republik Kongo und verurteilt diese Ausbeutung erneut;
 3. fordert die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und insbesondere die Regierungen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs auf, Maßnahmen gegen die namentlich im UN-Bericht wegen ihrer Beteiligung an der Ausbeutung in der Demokratischen Republik Kongo inkriminierten Personen und Unternehmen zu ergreifen;
 4. ersucht den Internationalen Strafgerichtshof, kraft seiner derzeitigen Befugnisse Untersuchungen über die Akte von Völkermord und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Afrika und anderswo durchzuführen, einschließlich der Akte, die begangen wurden, um sich illegal natürlicher Ressourcen wie Diamanten oder Holz aus Konfliktgebieten zu bemächtigen;
 5. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, die Prinzipien der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einzuhalten und sie zu unterstützen und dabei den Grundsätzen der Integrität und der Transparenz sowie der Unzulässigkeit unterschiedlicher Regeln in diesen Bereichen besondere Bedeutung beizumessen;
 6. fordert den UN-Sicherheitsrat auf, gemäß den Empfehlungen seiner Berichterstatter Sanktionen (Reiseeinschränkungen, Einfrieren von Guthaben und Verbot von Bankgeschäften) gegen Personen und Unternehmen zu verhängen, deren Beteiligung an der Ausbeutung der Demokratischen Republik Kongo erwiesen ist;
 7. fordert die Kommission auf, dem Rat einen verbindlichen Rechtsrahmen hinsichtlich der Verantwortung der in Drittländern tätigen europäischen privaten Unternehmen vorzuschlagen, um die illegale Ausbeutung der Ressourcen dieser Länder zu bekämpfen;
 8. fordert, dass zwecks Gewährleistung einer verantwortungsvollen Staatsführung die im Rahmen der Ausbeutung der Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo angeklagten Personen während des Übergangs zur Demokratie ihrer Ämter und Verantwortlichkeiten enthoben werden;
 9. fordert den Rat auf, im Rahmen des Abkommens von Cotonou Druck auf die afrikanischen Transitländer auszuüben, um der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen entgegenzuwirken;
 10. begrüßt, dass sich die Europäische Union dem Zertifikationssystem im Rahmen des Kimberley-Prozesses für den internationalen Handel mit Rohdiamanten angeschlossen hat, und fordert alle an diesem Handel beteiligten Staaten auf, diesem Zertifikationssystem beizutreten; fordert eine unabhängige Kontrolle der Einhaltung der Anfang 2003 eingeführten Richtlinien zum Diamantenhandel;
 11. fordert eine europäische Initiative zur Verbesserung der Koordinierung und des Informationsaustausches zwischen den nationalen Polizeikräften bei den Ermittlungen gegen Europäer, die für die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo verantwortlich sein sollen;
 12. empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Bemühungen auf zwischenstaatlicher Ebene sowie die Bemühungen nichtstaatlicher Organisationen auf internationaler und regionaler Ebene zur Eindämmung der illegalen Holzfällung und zur einvernehmlichen Festlegung einer internationalen Definition von »Holz aus Konfliktgebieten« zu unterstützen;
 13. fordert im Rahmen der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) die Schaffung eines Mechanismus zur Kontrolle und Überwachung der illegalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der Demokratischen Republik Kongo, auch in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten;
 14. fordert ein Embargo für den Waffen- und Munitionsexport in die in den Konflikt im Kongo verwickelten Länder;
- (...)

Hilfe zur Demobilisierung und zur Beendigung der Straflosigkeit

Viele Soldaten hören nur dann mit dem Kämpfen auf, wenn ihnen eine Alternative für den Erwerb ihres Lebensunterhaltes geboten wird:

- Die für die Entwaffnung der Kämpfer der verschiedensten Gruppen notwendigen Gelder müssen dringend zur Verfügung gestellt werden.
- Eine neue Armee muss ausgebildet und auf die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten verpflichtet werden. Es ist zu prüfen, ob neben finanziellen Mitteln auch Ausbildungspersonal zur Verfügung gestellt werden muss.
- Ähnliches gilt für neue Polizeikräfte, deren Formierung und Ausbildung Voraussetzung für die Ablösung des Militärs als Ordnungsmacht ist.
- Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die neue Armee und die neue Polizei nicht nach ethnischen Kriterien aufgebaut werden.
- Der Aufbau eines effektiven Justizwesens ist von zentraler Bedeutung und muss gefördert werden.

Ausrichtung der zukünftigen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit

Die weitgehende Zerstörung der Demokratischen Republik Kongo kann zu einem großen Teil nur durch Hilfe von außen wieder behoben werden:

- Die Bundesregierung muss die versprochene Ausweitung des Entwicklungshilfshaushaltes umsetzen und so zusätzliche Gelder für die DRK zur Verfügung stellen.
- Die Auswahl zukünftiger Entwicklungsprojekte muss in enger Abstimmung mit der betroffenen Bevölkerung erfolgen.
- Schwerpunkte der Projekte müssen die Aussöhnung der ehemaligen Kriegsgegner sowie der Neuaufbau der Grundversorgung der Bevölkerung sein (und nicht lukrative Großprojekte für deutsche Unternehmen).
- Diesen Ansatz muss die deutsche Regierung auch in den Gremien des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Union vertreten.

Neujustierung des rechtlichen Rahmens für die deutsche Wirtschaft

Die Berichte der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen und der Nichtregierungsorganisationen über die Verwicklung deutscher Firmen in die Finanzierung des Krieges blieben bisher weitgehend folgenlos:

- Wie in Belgien muss eine Untersuchungskommission zur öffentlichen Klärung der Vorwürfe eingesetzt werden.
- Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die im Bereich der Verantwortung für Zulieferer zu schwammig formulierten »OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen« deutlich verschärft werden.
- Die Bundesregierung muss international die Verbesserung des unzureichenden Ansatzes zur Kontrolle des Diamantenhandels (»Kimberley-Abkommen«) sowie die Schaffung wirkungsvoller, von unabhängiger Stelle kontrollierter Herkunftsnachweise für weitere Rohstoffe (Coltan, Gold, Holz etc.) verlangen.
- Auch mit Unternehmen, die vom Handel mit Kriegsrohstoffen profitiert haben ohne sich juristisch strafbar zu machen, muss über eine angemessene Wiedergutmachung durch die Finanzierung von Entwicklungsprojekten verhandelt werden.

Konsequente Verfolgung der Wafenhändler, Transporteure und Geldmakler

Dem weltweiten illegalen Handel mit Kriegsparteien in der Demokratischen Republik Kongo muss eine konsequente internationale Initiative entgegengestellt werden:

- Die Bundesregierung muss die deutsche Gesetzgebung für den Export von Waffen und die Vergabe von Produktionslizenzen deutscher Waffen verschärfen. Gleiches gilt für Munition.
- Die Bundesregierung muss Druck auf die Staaten ausüben, die Waffen in Krisengebiete verkaufen.
- Die Bundesregierung muss die von den Vereinten Nationen geforderten Maßnahmen gegen

Personen und Firmen (Einfrierung der Konten, Reiseverbot für die Verantwortlichen), die an illegalen Geschäften beteiligt sind, offensiv umsetzen.

- Die Bundesregierung muss international dafür eintreten, Hilfsdienste der Banken für illegale Geschäfte unter Strafe zu stellen und die beteiligten deutschen Geldhäuser zur Offenlegung der Transaktionen zwingen.

Unterstützung der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen spielen eine wichtige Rolle als Vermittler in der Demokratischen Republik Kongo. Viele Projekte der Vereinten Nationen leiden an mangelnder Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten, zu deren Reichsten Deutschland gehört:

- Die Bundesregierung muss sich für die ausreichende finanzielle sowie personelle Ausstattung der Aktivitäten der Vereinten Nationen einsetzen und ihren eigenen Beitrag dazu erhöhen.
- Die Bundesregierung muss für die Fortführung der Arbeit der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über die Ausbeutung der Rohstoffe eintreten, denn auch nach einem Friedensschluss wird die Frage anstehen, wer rechtmäßiger Besitzer von Minen, Plantagen und Wäldern ist.

Politische Flankierung des wirtschaftlichen Neuaufbaus

Der wirtschaftliche Neuaufbau der Demokratischen Republik Kongo wird nicht nur aufgrund der Kriegsfolgen schwierig:

- Deutschland als einer der mächtigsten Staaten in den Leitungsgremien von IWF und Weltbank sowie in den weiteren Gremien der Hauptgläubiger der DRK muss sich für einen Schuldenerlass einsetzen sowie dafür, dass freiwerdende Mittel in Absprache mit der Zivilgesellschaft zur Reduzierung der Armut eingesetzt werden.
- Die Bundesregierung muss verhindern, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank dem Land eine neoliberale Wirtschaftspolitik aufzwingen, die keine Rücksicht auf die

soziale Lage und die fortdauernde Bürgerkriegsgefahr nimmt.

- Die Bundesregierung muss verlangen, dass die neuen Gelder der internationalen Geber für das Land als Zuschüsse und nicht als Kredite vergeben werden, um eine neue Schuldenfalle zu vermeiden.
- Notwendig ist zudem eine Diskussion darüber, wie die internationalen Rohstoffpreise stabiler als bisher gehalten werden können (»Rohstoffregime«).

Arbeit von Nichtregierungsorganisationen unterstützen

Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben über direkte Kontakte oft sehr gute Einblicke in die Verhältnisse in verschiedenen Regionen der Demokratischen Republik Kongo:

- Die Bundesregierung muss die Zusammenarbeit mit den deutschen NROs weiter ausbauen.
- Dazu muss auch die Unterstützung von Aufklärungsarbeit über die Hintergründe des Konfliktes in der DRK innerhalb Deutschlands gehören.
- Der Dialog der Bundesregierung mit den NROs über die derzeitige staatliche Afrika- und Kongo-politik muss intensiviert werden.
- Bei der Arbeit in der DRK muss eng mit lokalen NROs kooperiert werden.

Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes

Mitte Juli 2003 wurde bekannt gegeben, dass die Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo zu einem zentralen Thema des Internationalen Strafgerichtshofes werden. Die dortigen Ankläger wollen ausdrücklich neben den Kriegsverbrechen auch die wirtschaftlichen Seiten des Krieges und damit seine Finanzierung zum Thema machen:

- Die Bundesregierung muss dazu beitragen, den Internationalen Strafgerichtshof finanziell und personell mit allen notwendigen Mitteln auszustatten.
- Die Bundesregierung muss den Internationalen Strafgerichtshof politisch bei der Durchsetzung

seiner Arbeit unterstützen. Dies gilt insbesondere, wenn hochrangige Kriegsverbrecher und Profiteure dazu gebracht werden sollen, sich dem Gerichtshof zu stellen.

Duldung von Flüchtlingen in Deutschland

Es ist ein Skandal, dass Kongolesinnen und Kongolesen kaum eine Möglichkeit haben, legal nach Deutschland zu fliehen und zudem mitten im laufenden Krieg in ihre Heimalt abgeschoben werden:

- Das deutsche Asylrecht muss so geändert werden, dass Flüchtlinge aus der DRK wie auch aus anderen Staaten wieder die Möglichkeit haben, legal und ohne die Ausplünderung durch Schlepperbanden nach Deutschland zu kommen und hier Asyl zu beantragen.
- Alle Abschiebungen müssen zumindest so lange beendet werden, bis sich die wirtschaftliche Lage und die Menschenrechtssituation nachhaltig verbessert haben.
- Darüber hinaus muss innerhalb der deutschen Gesellschaft grundsätzlich über die Praxis der Abschiebung von Menschen, die zum Teil schon seit vielen Jahren in Deutschland leben, gesprochen werden.

4.2 Forderungen an die Unternehmen und ihre Verbände

Die Berichte der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen und der Nichtregierungsorganisationen über die Verwicklung deutscher Firmen in die Finanzierung des Krieges mögen zwar im Detail umstritten sein, zeigen aber wichtige Probleme auf:

- Verantwortlich handelnde Unternehmen und ihre Verbände müssen die Verschärfung der »OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen« für den Bereich der Auflagen für die Zulieferer fordern.
- Die Unternehmen und ihre Verbänden müssen international für die Schaffung wirkungsvoller, von unabhängiger Stelle kontrollierter Herkunftsnachweise für Rohstoffe (Diamanten, Coltan, Gold, Holz etc.) eintreten. Dies erleichtert den Firmen die Kontrolle, woher die von ihnen verarbeiteten Stoffe stammen.

- Die Unternehmen, die vom Handel mit Kriegsrohstoffen profitiert haben, die sich jedoch nach hiesigem Gesetz nicht strafbar gemacht haben, müssen Wiedergutmachung durch die Finanzierung von Entwicklungsprojekten leisten.

4.3 Forderungen an Nichtregierungsorganisationen

In vielen Gebieten der Demokratischen Republik Kongo sind es die internationalen NROs, die die Reste des Gesundheits- und Bildungswesens aufrecht erhalten. Sowohl die säkularen als auch die kirchlichen Gruppen bewegen sich dabei in einem sehr schwierigen Umfeld:

- Die Auswahl von Projekten muss sehr genau durchdacht werden, um keine Gründe für neue Konflikte zu schaffen.
- Bei diesen Projekten muss erwogen werden, welche Hilfsgüter den Projekten geschickt werden, welche Wirkungen gelieferte Maschinen auf Arbeitsplätze haben und wie soziale Konflikte bei der Vergabe von Arbeitsplätzen aufgefangen werden.
- Ein wichtiger Ansatz der Arbeit der meist als neutral geltenden NROs muss die Förderung des Dialogs zwischen zuvor verfeindeten Regionen oder Gruppen sein.
- Die Betreuung traumatisierter Opfer und Täter stellt die Mitarbeitenden der beteiligten Organisationen vor große Herausforderungen und verlangt eine gute Vorbereitung der HelferInnen.

4.4 Forderungen an die Kirchen

Kirchliche Leitungsgremien

Die Leitungsorgane der Kirchen äußern sich immer wieder zu den derzeit laufenden Kriegen und haben zur Problematik der Ökonomisierung von Kriegen eine Reihe von Stellungnahmen verfasst, konkrete Forderungen erhoben und die eigene kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hinterfragt (siehe **Fallbeispiel 7**):

Fallbeispiel 7: Leitsätze und Thesen der EKD

Die »Kammer für Entwicklung und Umwelt« hat für den Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) eine Studie erarbeitet, die sich mit den Ursachen von Kriegen sowie möglichen Lösungsansätzen beschäftigt. Der entstandene Text ist ein Beitrag der EKD zur ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt

Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der Situation in afrikanischen Staaten. Folgende Leitsätze und Thesen sind das Ergebnis der Studie:

1. Religiöse Identität kann bei der Gruppenbildung von Konfliktparteien und für die Legitimierung von Gewalthandlungen eine wichtige Rolle spielen. Aber Religionen und Religionsgemeinschaften können auch ein wichtiges Potenzial zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens und zur Versöhnung entfalten.
2. Ein entscheidender Faktor für die gewaltsame Austragung von gesellschaftlichen Konflikten liegt in der Aushöhlung von Staaten und staatlicher Autorität. Staaten zerfallen nicht, sie werden zerstört.
3. In vielen Fällen ist der Krieg selbst, nicht erst der erhoffte Sieg, mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen für die Kriegsherren verbunden, die nur in einem rechtsfreien Raum zu realisieren sind.
4. Auch ein noch so archaisch anmutendes Gewaltgeschehen im entferntesten Winkel der Erde ist mit dem Weltmarkt verbunden. Der Zugang zum globalen Markt macht die Gewalt Herrschaft über Naturschätze und Produkte profitabel. Wirtschaft und Politik müssen gemeinsam dazu beitragen, die Möglichkeiten einer gewaltsamen Austragung von Konflikten zu verringern.
5. Die heutigen Kriege werden vor allem mit sogenannten Kleinwaffen ausgetragen, die zwischen den verschiedenen Krisengebieten oder Industrieländern und Kriegsgebieten gehandelt werden
6. Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, von der oft das Überleben von Hunderttausenden oder gar Millionen von Menschen abhängt, kann von kriegsführenden Parteien in ihr militärisches Kalkül miteinbezogen werden.
7. Staatliche Einflussnahme kann den Entscheidungsspielraum der nicht-staatlichen Hilfsorganisationen einschränken.
8. Nothilfe- und Entwicklungsorganisationen müssen in gewaltsamen Konflikten kontinuierlich überprüfen, inwieweit ihr Handeln gewaltminimierend oder gewaltverschärfend wirkt.
9. Zur Reduzierung von Gewalt in gesellschaftlichen Konflikten ist eine wirksame Kontrolle des Handel mit Produkten nötig, die aus Kriegszonen stammen und zur Finanzierung von Kriegen genutzt werden.
10. Ein wichtiger Ansatz für externe Intervention sind die Einrichtungen und Gruppen in der Bevölkerung, die nicht aktiv in das gewaltsame Konfliktgeschehen einbezogen sind.
11. Es ist auch Aufgabe der Kirchen, eine Politik der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu verfolgen, statt sich allein auf die zivilisierende Wirkung von Entwicklung und Demokratisierung zu verlassen.
12. Nichtregierungsorganisationen müssen sich davor hüten, dem Aufbau eigener Hilfenetzwerke Priorität vor dem Aufbau öffentlicher Einrichtungen zu geben. NRO können demokratische Strukturen nicht ersetzen.
13. Kirchen in Industriestaaten müssen in ihren Dialogen mit der Wirtschaft auch die Fragen aufgreifen, die sich aus der Verbindung lokaler Kriegsökonomien mit dem Weltmarkt ergeben. Dieser Aspekt muss auch in der Kontroverse um Globalisierung mitbedacht werden.
14. Ein ziviler Friedensdienst muss nach dem Prinzip des geringsten Eingriffs, dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe und unabhängig von staatlichen Einflüssen gestaltet werden.
15. Kirchen, humanitäre Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, zivile Friedensdienste haben Wirkungsmöglichkeiten, um die gewaltsame Austragung von Konflikten zu verhindern oder zu ihrer Beendigung beizutragen. Aber niemand kann Frieden für andere machen. Frieden muss von innen, aus der jeweiligen Gesellschaft heraus, wachsen.

AUS: RICHTE UNSERE FÜßE AUF DEN WEG DES FRIEDENS. GEWALTSAME KONFLIKTE UND ZIVILE INTERVENTION AN BEISPIELEN AUS AFRIKA – HERAUSFORDERUNGEN AUCH FÜR KIRCHLICHES HANDELN, EKD-TEXTE 72, 2002

- Die kirchlichen Leitungsebenen müssen alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, immer wieder auf die Situation in der DRK aufmerksam zu machen. Dazu gehören sowohl die eigenen Gremien und Veröffentlichungen als auch Gespräche mit PolitikerInnen, VertreterInnen der Wirtschaft und Gewerkschaften wie auch Interviews in den Medien.
- Die Kirchen sollten ihre internationalen Kontakte nutzen, um in der gesamten vom Krieg betroffenen Region auf die Ereignisse in der DRK und die Beteiligung der Eliten aufmerksam zu machen.
- Bei den Beziehungen von Kirchen und Hilfswerken zu Partnerorganisationen in DRK sollte darauf geachtet werden, dass auf die Stimmen der Betroffenen gehört wird.
- Im innerkongolesischen Dialog zwischen ehemals verfeindeten Gruppen werden die dortigen Kirchen eine wichtige Rolle spielen. Hiesige Partnerkirchen sollten auch in Zeiten der Spardiskussionen die nötigen finanziellen Mittel für diese langwierigen Prozesse bereitstellen.

Mögliche politische Aktivitäten hiesiger Gemeinden

Neben der Projektarbeit vor Ort können hiesige Gemeinden die Diskussion innerhalb Deutschlands vorantreiben. Die oben genannten Forderungen an die Bundesregierung und die Unternehmen werden eher umgesetzt, wenn Druck von der Basis entsteht:

- Viele Menschen wissen sehr wenig darüber, was in der DRK geschieht. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, Informationen zu verbreiten und Informationsveranstaltungen zu organisieren.
- Anfragen bei den für den Wahlkreis zuständigen Bundestagsabgeordneten zeigen den PolitikerInnen ein Interesse an ihrer Haltung zur Situation in der DRK. Damit kann Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, sich intensiver mit der DRK und der Region zu befassen.
- Gemeindeglieder können an Unternehmen herantreten. Briefe an die Hersteller von Mobiltelefonen und Computern mit der Frage nach der Herkunft des Tantal in ihren Geräten, an Juweliere mit der Frage nach dem Fundort von Gold und Diamanten in ihren Schaufenstern oder an den Baumarkt mit der Frage, wo das dort verkaufte Tropenholz gewachsen ist, können beispielsweise von Konfirmanden- und Jugendgruppen initiiert werden.

Mit Gruppen oder Gemeinden in der DRK sollten Partnerschaften geschlossen werden oder aber die Gemeinden, die bereits solche Partnerschaften haben, unterstützt werden. So können die Bedürfnisse der Menschen in der DRK wahrgenommen und in die politischen Diskussionen eingebracht werden.

- Gemeinden können Anträge an Kirchenleitungen und Synoden stellen, in denen sie eine stärkere Thematisierung der Situation in der DRK in den kirchlichen Veröffentlichungen fordern.



*DIAMANTENSUCHER IN EINEM FLUSSBETT
IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
KONGO (FOTO: AP PHOTO / HO)*

5. WIE KANN ICH AKTIV WERDEN?

5.1 Materialien für die Bildungsarbeit und für Schulen

■ SÜDWIND-Materialien sowie weitere Folien

Die Grafiken aus der vorliegenden Broschüre können wahlweise bei SÜDWIND direkt bestellt oder auf unserer Homepage unter <http://www.suedwindinstitut.de> heruntergeladen werden.

■ Unterrichtsmaterialien

Die unten genannten Kampagnen haben einiges erstellt, was sich für den Unterricht eignet.

5.2 Liturgische Bausteine

Eine Reihe von deutschen Gemeinden hat Partnerschaften zu kongolesischen Gemeinden. Sie haben auch Bausteine für Gottesdienste erarbeitet.

Eine Auswahl kann bei SÜDWIND bestellt oder auf unserer Homepage unter <http://www.suedwindinstitut.de> eingesehen und ausgedruckt werden.

5.3 Aktuelle Information im Netz

■ kongo-kinshasa.de

DIE Homepage zur Demokratischen Republik Kongo findet sich unter

<http://www.kongo-kinshasa.de/>.

Auf der von Gertrud Kanu & Iseewanga Indongo-Imbanda erstellten Homepage findet sich eine breite Sammlung von Informationen über die DRK. Zudem werden nahezu täglich neue Informationen eingestellt. Auch die wichtigsten Dokumente von Nichtregierungsorganisationen, den Vereinten Nationen, der kongolesischen Regierung etc. sind dort über Links abrufbar.

■ Friedenspolitischer Ratschlag

Aussagen der Bundesregierung und des Parlamentes sowie Aufsätze zum Thema finden sich unter:

Friedenspolitischer Ratschlag –
AG Friedensforschung an der Universität Kassel
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Kongo/Welcome.html>

■ Irinnews

Die für humanitäre Hilfe zuständige Unterorganisation der Vereinten Nationen, das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) hat eine eigene Nachrichtenagentur aufgebaut, das Integrated Regional Information Networks (IRIN). Unter

www.irinnews.org

finden sich ständig aktualisierte Informationen der OCHA. Dort gibt es unter

http://www.irinnews.org/frontpage.asp?SelectRegion=Great_Lakes&SelectCountry=Congo

einen eigenen Bereich über die Situation an den großen Seen in Zentralafrika.

■ ReliefWeb

ReliefWeb ist ebenfalls eng mit OCHA verbunden, bietet aber neben den Nachrichten von IRIN auch noch Agenturmeldungen unter

<http://www.reliefweb.int/w/rwb.nsf>.

Dort gibt es eine Unterabteilung für die Region der großen Seen in Zentralafrika unter »Great Lakes«.

(Weitere Informationen finden sich auf den Homepages der Kampagnen.)

5.4 Aktive Nichtregierungsorganisationen und Kampagnen

■ Laufende Kampagnen

Die hier dargestellten Kampagnen sind nur eine Auswahl. Die Beschreibungen sind in der Regel Selbstdarstellungen der Organisationen.

■ Brot für die Welt

Die Aktion »Brot für die Welt« ist seit vielen Jahren in der Demokratischen Republik Kongo aktiv. Oberstes Ziel des evangelischen Hilfswerks ist, einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. »Brot für die Welt« finanziert die Arbeit von kongolesischen Partnerorganisationen, die Menschen in ihren Bemühungen unterstützen, die Lebensbedingungen zu verbessern. Im Vordergrund steht, die Fähigkeit zur Selbstorganisation zu stärken. Sektorale Schwerpunkte hat die Aktion »Brot für die Welt« im Kongo in den Bereichen Menschenrechte, friedliche Lösung von Konflikten und Stärkung von Dialogprozessen, sowie nachhaltige Landwirtschaft. Zusätzlich werden einige Projekte im Gesundheitsbereich gefördert.

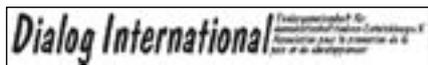


Der Krieg in der DR Kongo gefährdet auch den Erfolg der Projektarbeit der Partnerorganisationen. Deshalb muss Einfluss auf die deutsche Bundesregierung und europäische Institutionen ausgeübt werden, damit diese eine Politik betreiben, die einer deutschen und europäischen Mitverantwortung gerecht wird. Deshalb ist »Brot für die Welt« im Ökumenischen Netz Zentralafrika (ÖNZ) und im Netzwerk der europäischen kirchlichen Hilfswerke/Great Lakes Advocacy Network (CCAC/GLAN) aktiv.

Kontaktadresse: Brot für die Welt • Postfach 1011 42, 70010 Stuttgart • Tel.: 0711-2159-0 • E-Mail: projektinfo@brot-fuer-die-welt.org • Homepage: www.brot-fuer-die-welt.org

■ Dialog International: Fördergemeinschaft für demokratische Friedens-Entwicklung e.V.

Dialog International ist eine Gemeinschaft von Kongolesen und Deutschen. Die kongolesischen Mitglieder kommen aus der Demokratiebewegung des Kongo, viele Deutsche aus der Friedensbewegung. Für sie gehören Demokratie, Frieden und Entwicklung zusammen.



Dialog International informiert in Deutschland über den Kongo – mit Kongotagen, Seminaren, Infobroschüren, Ausstellungen und dem monatlichen Pressespiegel Kongo. Ein besonderer Service ist die Vermittlung kongolesischer Gastreferenten für den Französischunterricht an deutschen Schulen.

Mit Hilfe von Spenden und staatlichen Zuschüssen unterstützt der Verein Selbsthilfeprojekte, die

Partnergruppen im Kongo planen und durchführen. Dazu gehören unter anderem rotierende Kredite für Frauengruppen – die ersten dieser Kredite zirkulieren seit 1998 – ein Wiederaufforstungsprojekt, die Ausbildung juristischer Berater und ein Programm zur Demobilisierung ehemaliger Kindersoldaten.

Kontaktadresse: Dialog International • Fördergemeinschaft für demokratische Friedens-Entwicklung e.V. • Karolingerstr. 16, Postfach 260124 • 40094 Düsseldorf • Tel. + Fax: 0211-31 26 08 • E-Mail: kontakt@dialog-international.org • Homepage: www.dialog-international.org

■ EED: Evangelischer Entwicklungsdienst

Friedenserziehung, Achtung der persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, der Rechte von Frauen- und Kindern, Vorbereitung auf freie Wahlen und demokratische Verhaltensweisen lauten die großen Themen der Zusammenarbeit des EED mit Partnerorganisationen in der DR Kongo. Über eine Million Mädchen und Jungen besuchen im Kongo allein die protestantischen Schulen der 62 Gliedkirchen der Eglise du Christ au Congo (ECC).



Weiterer Themenschwerpunkt ist die Frage, ob die Menschen in Afrika, Europa und in der Weltgemeinschaft zukünftig die natürlichen Ressourcen für die Überwindung der Armut und eine menschliche Entwicklung einsetzen können. Hier gilt es, zusammen mit den Partnerorganisationen in Zentralafrika kreative Formen der Lobby- und der Akademiewarbeit mit globalen Brücken der virtuellen Kommunikation zu entwickeln. Verhaltenskodizes und Kontrollmechanismen für eine friedens-, sozial- und umweltverträgliche Ressourcennutzung können in einem kritischen Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft verhandelt werden.

Kontaktadresse: EED • Rudolf Heinrichs-Drinhaus • Referat Afrika • Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn • Tel. 0228-8101-2377, Fax 0228-8101-160 • E-Mail: Rudolf.Heinrichs-Drinhaus@eed.de • Homepage: www.eed.de

■ Fatal Transactions: Kampagne gegen Kriegsdiamanten

Die Kampagne Fatal Transactions wurde von der deutschen Nichtregierungsorganisation medico international gemeinsam mit den europäischen Part-

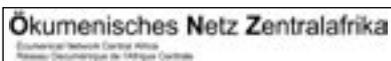
nerorganisationen gegründet. Die Kampagne informiert über die politischen und ökonomischen Hintergründe von Kriegen in Afrika und die Offenlegung der illegalen Ressourcenausbeutung. Ziel ist es, ein effektives Kontrollsystem zu implementieren, dass sicherstellt, dass Kriege nicht mehr über den Handel mit Rohstoffen finanziert werden und die Reichtümer der Länder gerechter verteilt werden.

Diamanten symbolisieren Glück, Wohlstand und ewige Liebe. Über die Schattenseiten des Handels ist kaum etwas bekannt. In Ländern wie Angola, Sierra Leone oder der Demokratischen Republik Kongo finanzieren Diamanten seit Jahrzehnten andauernde Kriege. Die Nutznießer der milliardenschweren Geschäfte mit Bodenschätzen: internationale Unternehmen, Politiker, Warlords, Waffenhändler und private Söldnerfirmen. Aber auch nach dem Ende des Krieges sind die wertvollen Steine für die Bevölkerung zum Symbol für Elend, Massenflucht und Tod geworden. Über die skrupellose Ausbeutung von Bodenschätzen in Afrika informiert medico international als Teil der Kampagne Fatal Transactions. Bei medico können Informationen rund um den Diamantenhandel bestellt werden.

Kontaktadresse: medico international • z.Hd. Anne Jung • Obermainanlage 7 • 60314 Frankfurt/M. • Tel.: 069-94 43 827 • Fax: 069-43 60 02 • E-Mail: jung@medico.de • Homepage: www.medico.de

■ ÖNZ (Ökumenisches Netz Zentralafrika)

Das Ökumenische Netz Zentralafrika, ÖNZ, ist die Kulminationsstelle der Zentralafrikarunde, einer Vereinigung von 30 Organisationen (kirchlicher und säkularer) die in den Bereichen Menschenrechte, friedliche Konfliktlösung und gerechter Verteilung arbeiten. Die in der Zentralafrikarunde zusammengefassten Organisationen haben meist Projektpartner in der Region, die die DR Kongo, Ruanda, Burundi und Uganda mit einschließt.



Aus diesen Organisationen hat sich ein Koordinierungskreis von 5 Organisationen gebildet, die die Koordinationsgruppe des Berliner Büros darstellen. Das ÖNZ ist v.a. ein Lobby- und Advocacybüro, dass die Interessen dieser Organisationen vor Bundestag und Regierung, der Europäischen Union und den Mechanismen der Vereinten Nationen sowie vor den großen, multilateralen Organisationen vertritt.

Unsere Arbeit leitet sich an der Frage: Was kann Deutschland tun und wie kann Einfluss genommen

werden, um die Verhältnisse in der Region der Großen Seen zu verbessern?

Im ÖNZ werden politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenhänge zwischen Deutschland und Afrika analysiert und in kohärente Lobbyarbeit umgesetzt. Stichworte: Koltanimport durch deutsche Firmen, Kleinwaffenhandel und diplomatische Initiativen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Das ÖNZ ist Teil einer europäisch aktiven Lobbyarbeit und ist darüber hinaus weltweit mit Experten und Organisationen vernetzt.

Am Koordinierungskreis beteiligte Organisationen:

Brot für die Welt, Diakonisches Werk - Menschenrechtsreferat, Misereor, Pax Christi, Vereinte Evangelische Mission.

Kontaktadresse: Annette Weber, Koordinatorin • Schönhauser Allee 182 • 10119 Berlin • Tel.: 030-48 62 57 00 • Fax: 030-48 62 57 01 • E-Mail: Oekum.Netz.Zentralafrika@t-online.de

■ Coltan-Faltblatt

Die im ÖNZ vertretenen Gruppen sowie medico international haben ein Faltblatt mit dem Titel »Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun?« herausgebracht. Darin finden sich auf wenigen Seiten die wichtigsten Daten und Fakten zum Thema Coltan. Das Faltblatt eignet sich hervorragend zur Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Bezug: medico international (siehe Kontaktadresse unter »Fatal Transactions«) • Pax Christi (siehe Kontaktadresse unter »Pax Christi«)

■ Pax Christi

Aus der Arbeit für den im Februar 2000 lancierten »Internationalen Kongo-Appell« (vgl. www.kongo.paxchristi.de) ist in der deutschen Sektion von Pax Christi eine Arbeitsgruppe hervorgegangen, die seit Ende 2000 als »Kommission Solidarität mit Zentralafrika« auf nationalem Niveau und beim Präsidium angesiedelt ist. Die Kommission beschäftigt sich intensiv mit der Lage in den Ländern um die Großen Seen in Afrika (DR Kongo, Burundi, Ruanda, Uganda), schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Lobby- und Advocacy-Arbeit.

Bisher sind sechs umfangreiche Rundbriefe der Kommission erschienen, die mit zahlreichen Originaltexten und Kommentaren versuchen, auf das Leiden der Menschen in der betroffenen Region aufmerksam zu machen und Mitverantwortung zu thematisieren. Die Kommission ist Gründungsmitglied

des Ökumenischen Netzes Zentralafrika (ÖNZ) und arbeitet im Koordinierungskreis mit.

Zugleich bestehen intensive Kontakte zu Pax Christi Internationalis und ihrem Büro in Brüssel, wo seit Jahren intensiv am Austausch mit Gruppen gearbeitet wird, die vor Ort in Zentralafrika Friedens- und Versöhnungsarbeit betreiben. Besonders wichtig ist der Kommission die Arbeit an den strukturellen Konfliktursachen in Zentralafrika, insbesondere beim Thema Kriegsökonomie, wo es die Mitverantwortung der Abnehmerländer zu benennen gilt.

Kontaktadresse: Pax Christi • Kommission »Solidarität mit Zentralafrika« • Postfach 1345 • D-61103 Bad Vilbel • E-Mail: sekretariat@paxchristi.de

■ Publish what you pay

In den meisten Entwicklungsländern ist nicht transparent, was mit den Einnahmen aus der Förderung von Rohstoffen geschieht. Dabei sind die Förderung von Öl und Gas sowie der Bergbau wichtige Einnahmequellen in über 50 Entwicklungsländern.

Die Kampagne fordert daher eine verbindliche Regelung für die gesamte extraktive Industrie. Alle Konzerne sollen veröffentlichen, wie viele Steuern und Gebühren sowie Erträge und Zahlungen aus Gewinnbeteiligungen sie für den Erwerb von Schürfrechten und Rohstoffen zahlen. Eine verpflichtende Offenlegung der Zahlungen soll vor allem über zwei Mechanismen erfolgen:

- Es soll Kriterium für die Börsenzulassung von Erdöl- und Bergbauunternehmen sein.
- Es soll in die Unternehmensgesetze der Länder bzw. der Europäischen Union integriert werden.

Kontaktadresse: WEED • Torstr. 154 • 10115 Berlin • Ansprechpartner: Heidi Feldt • Tel.: 0201-2480997 • E-Mail: H.Feldt@t-online.de • oder Jens Martens • Tel.: 0228-7661312 • E-Mail: Jens.Martens@weed-online.org • Homepage: www.publishwhatyoupay.org

■ Transparency International

Das Ziel von Transparency International ist die Bekämpfung von Korruption. Die Organisation führt Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat zusammen, damit diese kooperieren und gemeinsam einflussreiche Koalitionen bilden können.



Transparency International besteht aus dem In-

ternationalen Sekretariat und über 80 unabhängigen nationalen Sektionen.

Auf internationaler Ebene zielt TI darauf ab, das öffentliche Bewusstsein für die verheerenden Folgen von Korruption zu schärfen. TI setzt sich für die Implementierung multilateraler Abkommen gegen Korruption in nationales Recht ein und überwacht deren Einhaltung seitens der betreffenden Regierungen, Unternehmen und Banken.

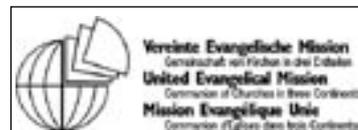
Auf Länderebene unterstützen die nationalen Sektionen Maßnahmen und Reformen, die Transparenz und Verantwortlichkeit (accountability) fördern. TI überwacht die Arbeit von zentralen Institutionen und zeigt deren Reformbedarf auf.

Kontaktadresse: TI-Deutschland • Alte Schönhauser Str. 44 • D-10119 Berlin • Tel.: 030-549898-0 • Fax: 030-549898-22 • E-Mail: office@transparency.de • Homepage www.transparency.de

■ VEM

(Vereinte Evangelische Mission)

Die Vereinte Evangelische Mission wird getragen von 34 Mitgliedskirchen in Deutschland, Asien und Afrika, darunter drei Kirchen aus der Demokratischen Republik Kongo. So setzt sich die VEM auf Bitte ihrer von Krieg und Gewalt betroffenen Partner im Kongo seit vielen Jahren für Menschenrechte und Frieden in der Region ein.



Gegenüber dem Auswärtigen Amt und der Bundesregierung hat die VEM mehrfach ein stärkeres friedenspolitisches Engagement gefordert. Gemeinsam mit anderen Organisationen und Netzwerken, wie dem FORUM MENSCHENRECHTE und dem Ökumenischen Netz Zentralafrika, setzt sich die VEM für eine internationale Kontrolle von Rohstoffimporten aus der Region ein, wie beispielsweise von Coltan, um die Finanzierung der Kriegsökonomien zu beenden. Die VEM leistet darüber hinaus humanitäre Hilfe durch ihre Partner vor Ort und unterstützt deren diakonische Arbeit.

Kontaktadresse: Vereinte Evangelische Mission • Rudolfstr. 137 • 42285 Wuppertal • Tel.: Afrika Referat, Dr. Kakule Molo: 0202-890 04-165 • JPIC-Referat, Dr. Jochen Motte: 0202-890 04-168 • Fax: 0202-890 04-179 • E-mail: afrika@vemission.org • Homepage: www.vemission.org

ANHANG

Die kämpfenden Gruppen

■ Kongolesische Gruppen

AFDL (Alliance des forces démocratiques pour la libération du Congo-Zaïre): Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung von Kongo-Zaïre, gegründet 1996. Übernahm 1997 unter Laurent-Désiré Kabila unterstützt von Uganda und Ruanda die Macht in der DRK.

Banyamulenge: Zairische Tutsi.

FAC (Forces Armées Congolaise): Armee der DRK.

Mai-Mai (auch Mayi-Mayi genannt): Milizen, operieren im Osten der DRK. Teile der Mai-Mai wurden offiziell in die Armee der DRK eingegliedert, andere Teile bestehen aus plündernden Banden.

MLC (Movement Pour la Liberation du Congo): Bewegung zur Befreiung des Kongo, gegründet im Oktober 1998. Beherrscht weite Teile des Nordens der DRK, ist eng mit der ugandischen Regierung verbunden.

RCD (Rassemblement Congolais pour la Démocratie): Kongolesische Sammlung für Demokratie, gegründet am 12.8.1998 in der ruandischen Hauptstadt Kigali.

Die RCD spaltete sich unter anderem in

RCD-Goma (Rassemblement Congolais pour la Démocratie-Goma): Kongolesische Sammlung für Demokratie-Goma, eng mit Ruanda verbunden, beherrscht große Gebiete im Osten der DRK.

RCD/Kisangani-ML (Rassemblement Congolais pour la Démocratie/Kisangani-Mouvement de Libération): Kongolesische Sammlung für Demokratie – Befreiungsbewegung. Zeitweise mit Uganda verbunden, zuletzt mit der DRK-Regierung. Beherrscht Gebiete im Norden der DRK.

RCD-N (Rassemblement Congolais pour la Démocratie- National): Kongolesische Sammlung für Demokratie – National. Wechselte mehrfach die Bündnispartner.

■ Wichtige ausländische Rebellengruppen

Aus Angola

UNITA: rechte Rebellengruppe in Angola, jahrzehntelang unterstützt von westlichen Staaten (vor allem den USA) und Apartheid-Südafrika.

Aus Burundi

FDD (Forces Pour la Defense de la Democratie): Kräfte zur Verteidigung der Demokratie, sowie

FLN (Front de la Liberation Nationale): Front zur nationalen Befreiung.

Hauptsächlich von Hutu gebildete Gruppen, die von der DRK und von Tansania aus die burundische Regierung stürzen wollen. Ab 1998 von Laurent Kabila sowie von simbabwischen Besatzungstruppen unterstützt.

Aus Ruanda

ex-FAR (Ex-Forces Armées Rwandaises): Truppen der bis 1994 in Ruanda herrschenden Armee, maßgeblich am Völkermord beteiligt, floh teilweise in die DRK.

Interahamwe: Miliz aus Ruanda, leitete 1994 gemeinsam mit der ruandischen Armee den Völkermord, floh teilweise 1996 in die DRK.

Beide Gruppen vereinigten sich 1997 zur

AlIR (Armee du Liberation Rwandais): Armee zur Befreiung Ruandas, griff von der DRK aus Grenzregionen Ruandas an.

RPA (Rwandan Patriotic Army): Ruandische Patriotische Armee, Armee des Staates Ruanda.

RPF: Ruandische Patriotische Front, Rebellenarmee, eroberte 1994 von Uganda aus Ruanda und stoppte den Völkermord, war selbst auch an Verbrechen beteiligt.

Aus Uganda

LRA (Lord's Resistance Army): Rebellentruppe des religiösen (christlichen) Fanatikers Joseph Kony, greift seit Mitte der achtziger Jahre von der DRK und vom Sudan aus Uganda an. Entführte viele Tausend Kinder, die zu Kindersoldaten sowie Sexsklavinnen gemacht wurden.

Glossar

BIP (Bruttoinlandsprodukt): Gibt an, wie viele Waren und Dienstleistungen eine Nation in einem bestimmten Zeitraum produziert hat, bildet eine der wichtigsten ökonomischen Kennziffern.

Coltan: Abkürzung für „Columbo-Tantalit“. Erz, aus dem Tantal und Columbium (= Niobium) gewonnen wird. Tantal ist ein guter Stromleiter und extrem hitze- sowie säurebeständig, daher derzeit unersetzbar beim Bau der Leiterplatten von Handys, Playstations, Lap-Tops und CD-Spielern, im chemischen Apparatebau sowie in der Raumfahrt- und Rüstungsindustrie. Tantal kostete 2000 im Boomjahr der Elektronikindustrie zeitweise mehr als 900 Euro je Kilo.

DRK: Demokratische Republik Kongo, die zwischen 1972 und 1997 Zaire hieß.

Internationaler Währungsfonds (IWF): Der Internationale Währungsfonds wurde 1944 gegründet, um Staaten bei akuten Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig aus der Not zu helfen.

Kongo-Brazzaville: Westlicher Nachbarstaat der DRK am nördlichen Ufer des Kongo-Flusses. Ehemalige französische Kolonie, wurde wiederholt von Unruhen und Aufständen erschüttert.

MONUC (United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of Congo): Blauhelmtuppe der Vereinten Nationen in der DRK, die seit Mitte 2003 das Mandat haben, in Kämpfe einzugreifen.

NRO: Nichtregierungsorganisation.

OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gegründet 1961 zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten (zur Zeit 30 Industrie- und Schwellenländer).

Pariser Club: Informeller Zusammenschluss der wichtigsten Gläubigerstaaten.

SADC (Southern African Development Community): Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten Angola, Botswana, DR Kongo, Lesotho, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, der Seschellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland und Tansania.

UDPS (Union pour la démocratie et le progrès social): Union für die Demokratie und den sozialen Fortschritt, kongolesisches Bündnis von Oppositionsgruppen unter der Führung von Etienne Tshisekedi.

UN: Vereinte Nationen (auch UNO: United Nations Organisation). 1945 gegründet mit dem Ziel, einen dauerhaften Frieden in der Welt zu schaffen.

Weltbank: Die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“, kurz Weltbank, wurde zusammen mit dem IWF 1944 gegründet als internationale Kreditagentur für Entwicklungsprojekte.

Zaire: 1972 bis 1997 der Name der heutigen Demokratischen Republik Kongo.

Weiterführende Literatur

- AI (Amnesty International) 2002: Democratic Republic of Congo: Making a killing: the diamond trade in the government-controlled DRC. 22.10.2002
- AI (Amnesty International) 2003: A Catalogue of Failures: G8 Arms Exports and Human Rights Violations, AI Index: IOR 30/003/2003
- AI (Amnesty International) 2003a: Democratic Republic of Congo: Our brothers who help kill us, 28.04.2003
- APPG (All Party Parliamentary Group on the Great Lakes and Genocide Prevention) 2002: Cursed by Riches: Who Benefits from Resource Exploitation in the Democratic Republic of the Congo?, London, November 2002
- Aust, Björn 2003: „Feindliche Übernahmen“. Ökonomische Interessen und „militärisches Unternehmertum“ im Kongo, in: Azzellini, Dario und Kanzleiter, Boris 2003 (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg – Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, S. 143-159
- Berlin 2003
- Azzellini, Dario und Kanzleiter, Boris 2003 (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg – Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, Berlin 2003
- Bachmann, Klaus 2003: König Leopolds Geist: Völkermord und Sklaverei – in Belgien wird die kolonialistische Vergangenheit neu aufgerollt, in: Frankfurter Rundschau vom 15.05.03
- Bafunyembaka, Luc 2002: Im Osten nichts Neues, in afrika süd 6'02, S. 36-37
- Ball, Nicole 2002: Wiederaufbau kriegszerrütteter Gesellschaften: Welchen Beitrag können externe Akteure leisten?, in: Debiel, Tobias 2002: (Hrsg): Der zerbrechliche Frieden – Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung, Bonn 2002
- Bertaux, Prof. Pierre 1993: Fischer Weltgeschichte: Afrika – Von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart, Frankfurt am Main 1993
- Bollig, Michael 2001: Zur Ökonomie des Krieges: Die Gewalt und die Geschäfte der afrikanischen Warlords, <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Privatkriege/kriegsheren.html>
- Braumann, Randolph 2002: Ausbeuten. Im Herz der Finsternis, in: Greenpeace Magazin 4/02, S. 30-33
- Braeckmann, Colette 2001: Rezept zum Scheitern, in: afrika süd 1'01, S. 11-14
- Brittain, Victoria 2003: Golgatha der Frauen, in: afrika süd 2'03, S. 16-18
- Buchholz, Martin 2003: „Der Mörder meiner Mutter ist kalt, eiskalt“, in: DIE ZEIT Nr. 13, Seite 15-18
- Callaghy, Thomas M. 2001: Life and Death in the Congo: Understanding a Nation's Collapse, in: Foreign Affairs 80(5): 143-149
- Collier, Paul / Anke Hoeffler, 2001: Greed and Grievance in Civil Wars. Working Paper. World Bank. WPS 2000-18 (http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedgrievance_23oct.pdf)
- Collier, Paul / Hoeffler, Anke / Söderbom, Måns 2001: On the Duration of Civil War. World Bank, Working Paper (http://econ.worldbank.org/files/12204_CHS_Duration.pdf)
- Collins, Carole J. L. 1997: Kabila und das Volk – Neue Regierung Kongos trifft auf Erleichterung und Vorbehalte, in: afrika süd 4'97, S. 10-11
- Congdon, Heather / Olsson, Ola 2003: Congo: The Prize of Predation, Department of Economics, Göteborg University, 7. März 2003 (<http://www.handels.gu.se/epc/archive/00002808/01/gunwpe0097.pdf>)
- Conrad, Joseph 1993: Herz der Finsternis, Zürich 1993
- Cuvelier, Jeroen / Raeymaekers, Tim 2002: Supporting the War Economy in the DRC: european companies and the coltan trade. IPIS-Report, Brüssel, Januar 2002 (<http://129.194.252.80/catfiles/2343.pdf>)
- Cuvelier, Jeroen / Raeymaekers, Tim 2002a: European Companies and the Coltan Trade - an update, IPIS-Report, Brüssel, September 2002 (<http://www.11.be/zuidwerking/afrika/beleid/Mijn%20afbeeld%20Coltan%20sep%202002.pdf>)
- de Soysa, Indra 2001: Paradise is a Bazaar? Greed, Creed, Grievance and Governance, United Nations University/WIDER Discussion Paper No. 2001/42, Juni 2001
- Des Forges, Alison 2002: Kein Zeuge darf überleben – Der Genozid in Ruanda, Hamburg 2002
- Dietrich, Christian 2002: Hard Currency – The Criminalized Diamond Economy of the Democratic Republic of Congo and its Neighbours, Ottawa 2002
- Debiel, Tobias 2002: Haben Krisenregionen eine Chance auf tragfähigen Frieden?, in: Debiel, Tobias 2002: (Hrsg): Der zerbrechliche Frieden – Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung, S. 20-63, Bonn 2002
- Debiel, Tobias 2003: Staatsversagen, Gewaltstrukturen und blockierte Entwicklung: Haben Krisenländer noch eine Chance?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13-14, 2003, S. 15-23
- EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) 2002: Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Gewaltsame Konflikte und zivile Intervention an Beispielen aus Afrika – Herausforderungen für kirchliches Handeln, EKD-Texte 72, 2002
- Elbadawi, Ibrahim / Sambanis, Nicholas 2000: Why Are There So Many Civil Wars in Africa? Understanding and Preventing Violent Conflict, Washington, in: Journal of African Economics, Dezember 2000
- Ellis, Stephen 2003: The Old Roots of Africa's New Wars, in: Internationale Politik und Gesellschaft, No. 2, 29-43
- Eppler, Erhard 2002: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?, Frankfurt 2002
- Fearon, James 2002: Why do some civil wars last so much longer than others?, Working Paper, Stanford University. Presented at the Harvard Seminar on Positive Political Economy, Mai 2002
- Fieldhouse, David K. 1985: Fischer Weltgeschichte: Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1985
- Gantzel, Klaus Jürgen 2002: Neue Kriege? Neue Kämpfer?, Arbeitspapier Nr. 2 / 2002 Universität Hamburg (<http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/publ/ap2-02.pdf>)
- Gebauer, Thomas 2002: Zwischen Befriedung und Eskalation, in: medico international (Hrsg.): Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege, Frankfurt am Main 2002
- Global IDP 2003: Profile of internal displacement: Democratic republic of the Congo, Genf, 20. Mai 2003 (<http://www.db.idpproject.org>)
- Global Witness 2002: Branching Out – Zimbabwe's Resource Colonialism in Democratic Republic of Congo, 2. edition, London, Februar 2002 (<http://www.globalwitness.org>)

- Guluma, Yuvé 2003: Household economy analysis of the rural population of South-Western-Bwito, Rutshurur, North Kivu, Democratic Republic of Congo, Report für: Save the Children, Januar 2003
- Grill, Bartholomäus 2001: Der afrikanische Weltkrieg, in: DIE ZEIT 9/2001
- Grill, Bartholomäus 2003: Afrikas erster Weltkrieg, in: DIE ZEIT 23/2003
- Harden, Blaine 2001: Mama Doudou, schwarzer Schlamm und New Economy – Coltan-Abbau im Osten des Kongo, in: afrika süd 6'01, S. 30-33
- HIK (Heidelberger Institut für Internationalen Konfliktforschung) 2002: Konfliktbarometer 2002, Heidelberg 2002 (<http://www.hiik.de>)
- Herberg-Rothe, Andreas 2003: Der Krieg – Geschichte und Gegenwart, Frankfurt am Main 2003
- Hochschild, Adam 2002: Schatten über dem Kongo, Hamburg 2002
- HRW (Human Rights Watch) 2002 (Hrsg.): Arms Trade, Human Rights, and European Union Enlargement, 8. Oktober 2002 (<http://www.globalpolicy.org/security/smallarms/2002/1011arms.htm>)
- HRW (Human Rights Watch) 2002a (Hrsg.): The war within the war – Sexual Violence Against Women and Girls in Eastern Congo, Washington, Juni 2002 (<http://www.hrw.org/reports/2002/drc/Congo0602.pdf>)
- HRW (Human Rights Watch) 2003 (Hrsg.): Ituri: "Covered in Blood" – Ethnically Targeted Violence in Notheastern DR Congo, Washington, Juli 2003 (<http://hrw.org/reports/2003/ituri0703/DRC0703.pdf>)
- Humphreys, Macartan 2003: Economics and Violent Conflict, Harvard University, Februar 2003
- Humphreys, Macartan 2003a: Natural Resource, Conflict, and Conflict Resolution, Stand vom 25. Mai 2003
- ICC (Internationale Criminal Court) 2003: Communications received by the Office of the Prosecutor of the ICC, Press Release, 16.7.2003
- ICIJ 2002: Drugs, Diamonds and Deadly Cargoes (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=10)
- ICIJ 2002a: Making a Killing: The Business of War (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=1)
- ICIJ 2002b: Marketing the New 'Dogs of War' (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=3)
- ICIJ 2002c: Privatising Combat, the New World Order (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=2)
- ICIJ 2002d: The Adventure Capitalist (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=7)
- ICIJ 2002e: The Field Marshall (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=9)
- ICIJ 2002f: The Merchant of Death (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=11)
- Indongo-Imbanda, Iseewanga 2002: Die Geschichte der Demokratischen Republik Kongo (<http://www.kongo-kinshasa.de>)
- Inikori, Joseph E. 2001: Sklavenhandel, in: Das Afrika Lexikon, S. 556-559, Stuttgart 2001
- IRC (International Rescue Committee) 2001: Mortality in eastern Democratic Republic of Congo – Results from Eleven Mortality Surveys, 2001 (http://intranet.theirc.org/docs/mortII_report.pdf)
- IRC (International Rescue Committee) 2003: Mortality in the Democratic Republic of Congo – Results from a Nationwide Survey (Conducted September – November 2002), April 2003 (<http://www.reliefweb.int/library/documents/2003/irc-drc-8apr.pdf>)
- IWF (Internationaler Währungsfonds) 2002: Enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative – Preliminary Document, 24. Mai 2002
- Jean, Francois / Rufin, Jean-Christophe 1999: Ökonomie der Bürgerkriege, Hambiurg 1999
- Jung, Anne 2002: Die glänzenden Seiten des Krieges, in: medico international (Hrsg.): Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege, S. 76-93 Frankfurt am Main 2002
- Kabou, Axelle 1993: Weder arm noch ohnmächtig – eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weisse Helfer, Basel 1993
- Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege - Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt 2000
- Kamanzi, Emmanuel 2002: Ein Jahr nach Kabila: Frieden in Sicht?, in: afrika süd 1'02, S. 17-18
- Kanzleiter, Boris 2002: Der Söldner-Boom, in: medico international (Hrsg.): Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege, S. 130-145, Frankfurt am Main 2002
- Kanzleiter, Boris 2003: Krieg & Frieden GmbH – Privatarmeen und private Militärunternehmen als Akteure der Neuen Kriege, in: Azzellini, Dario und Kanzleiter, Boris 2003 (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg – Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, Seite 175-191, Berlin 2003
- Ki-Zerbo, Joseph 1993: Die Geschichte Schwarz-Afrikas, Frankfurt am Main 1993
- Körner, Peter 1993: Zaire, in: Dieter Nohlen / Franz Nuscheler (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt, Band 4 – Westafrika und Zentralafrika, 3. überarbeitete Auflage 1993, S. 503-522
- Körner, Peter 1997: Das rasche Ende eines Diktators – Externe Faktoren für den Machtverlust Mobututs, in: afrika süd 4'97, S. 8-10
- Kreidler, Corinna / Runge, Peter 2003: Bedrohte Helfer – Wie können sich Hilfsorganisationen besser schützen?, in: Entwicklungspolitik 8/9/2003
- Le Billon, Philippe 2002: Risiko Ressourcenreichtum, in: medico international (Hrsg.): Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege, S. 28-49, Frankfurt am Main 2002
- Lock, Peter 2002: Angola – Frieden ohne Perspektive, in: medico international (Hrsg.): Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege, S. 62-75, Frankfurt am Main 2002
- Lock, Peter 2003: Wer gibt dem Kindersoldaten sein mörderisches Handwerkszeug?, in: Frankfurter Rundschau, 08.05.2003
- Madsen, Wayne 2001: Leid und Verzweiflung – Die humanitäre Krise im Kongo: Aussage vor internationalen Ausschüssen des US-Repräsentantenhauses, in: afrika süd 3'01, S. 31-34
- Mair, Stefan 2002: Die Globalisierung privater Gewalt: Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität. SWP-Studie, Berlin 2002

- Matthies, Volker 2003: Was ist das Neue an den neuen Kriegen? – Anmerkungen zur Debatte über neuartige Aspekte gegenwärtiger Gewaltkonflikte, in: *Entwicklungspolitik* 8/9/2003, S. 21-27
- medico international (Hrsg.) 2002: *Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege*, Frankfurt am Main 2002
- Menzel, Ulrich 2001: Der Zerfall der postkolonialen Staaten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18-19/2001, S. 3-5
- Möller, Hein 1998: Ein Platz an der Sonne – Zur Sicherung der simbabwischen Investitionen im Kongo setzt Harare auf Kabilia, in: *afrika süd* 6'98, S. 32-33
- Möller, Hein 2001: Chronik eines angekündigten Todes, in *afrika süd* 1'01, S. 8-9
- Montague, Dena 2002: *Stolen Goods: Coltan and Conflict in the Democratic Republic of Congo*, in *SAIS Review* vol. XXII no. 1 (Winter-Spring 2002), S. 103-118 (<http://www.worldpolicy.org/projects/arms/news/22.1montague.pdf>)
- Morgenrath, Birgit 2001: Lumumba: Ein internationales Komplott, in: *afrika süd* 1'01, S. 23-24
- Moyroud, Celine / Katunga, John 2002: *Coltan Exploration in Eastern Democratic Republic of the Congo (DRC)*. In: Lind, J. / Sturman, K. (Hrsg.): *Scarcity and Surfeit: the ecology of Africa's conflicts*. Institute for Security Studies, S. 158-185, Pretoria 2002
- Münkler, Herfried 2002: *Die neuen Kriege*, Hamburg 2002
- Nest, Michael 2001: *Ambitions, Profits and Loss: Zimbabwean Economic Development in the Democratic Republic of the Congo*. *African Affairs* 100: S. 469-490, July 2001 (<http://afraf.oupjournals.org/cgi/reprint/100/400/469.pdf>)
- Neubert, Dieter 2001: *Ruanda*, in: *Das Afrika Lexikon*, S. 527-529, Stuttgart 2001
- Ngal, Georges 2001: *Kongo (Demokratische Republik, Ex-Zaire)*, in: *Das Afrika Lexikon*, S. 308-310, Stuttgart 2001
- Nzongola-Ntalaja, Georges 1998: *Objekt der Begehrlichkeiten – Die Krise an den Großen Seen*, in: *afrika süd* 6'98, S. 34-36
- OCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) 2003: *Consolidated Inter-Agency Appeal for the Democratic Republic of the Congo 2003: Mid-Year Review*, 3.6.2003
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2000: *Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen*, Neufassung 2000
- Omnia Verlag (Hrsg.) 2003: *Welt im Wandel* (CD-ROM)
- Oxfam 2001: *Under Fire: the human cost of small arms in north-east Democratic Republic of the Congo, A Case Study*, Januar 2001 (<http://www.oxfam.org.uk/policy/papers/drc/congo.pdf>)
- Oxfam 2002: *Poverty in the Midst of Wealth – The Democratic Republic of Congo*, Oxfam Briefing Paper 12, 18.1.2002 (<http://fletcher.tufts.edu/humansecurity/con2/ws2/oxfam.pdf>)
- Oyatambwe, Wamu / Smis Stefan 2003: *African Ownership – Kongokrise und internationale Gemeinschaft*, in: *afrika süd* 1'03, S. 30-33
- Paes, Wolf-Christian 1998: *Divided we stand – Die Entwicklungsgemeinschaft SADC und die Krise in der Demokratischen Republik Kongo*, in: *afrika süd* 5'98, S. 10-12
- Paes, Wolf-Christian 2001: *Patrioten, Politunternehmer, Profiteure – Zur politischen Ökonomie von Bürgerkriegen*, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2001
- Paes, Wolf-Christian 2001a: *Warlords und Waffenhändler – Die politische Ökonomie des Kongokrieges*, in: *afrika süd* 1'01, S. 16-18
- Paes, Wolf-Christian 2002: *Kleinwaffen: eine Bedrohung für die „dritte Welt“*. Aachen 2002
- Paes, Wolf-Christian 2002a: *Neue Kriege und ihre Ökonomien*, in: *medico international* (Hrsg.): *Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege*, S. 146-163, Frankfurt am Main 2002
- POLE-Institute 2002 (Hrsg.): *Tegera, Aloys/ Johnson, Dominic/ Kayser, Christiane: Coltanfieber: wie ein seltenes Metall das Leben im kriegsgeschüttelten Osten der Demokratischen Republik Kongo verändert hat*. Deutsche Übersetzung einer Studie des POLE-Instituts/Goma, veröffentlicht vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Bonn 2002 (<http://www.eed.de/fix/publica/COLTANFIEBER.pdf>)
- POLE-Institute 2003 (Hrsg.): *Democratic Republic of Congo: Peace tomorrow?*, Goma März 2003 (<http://www.pole-institute.org>)
- POLE-Institute 2003 (Hrsg.): *Johnson, Dominic: Shifting Sands: Oil Exploration in the Rift Valley and the Congo Conflict*, Goma 2003 (<http://www.pole-institute.org>)
- POLE-Institute 2003a (Hrsg.): *Kayser, Christiane: No Coltan no Cry?*, Goma 2003, (<http://www.pole-institute.org>)
- Raeymaekers, Tim 2002: *Network War – An Introduction to Congo's Privatised War Economy*, IPIS Report, Brüssel 2002 (<http://www.11.be/zuidwerking/afrika/beleid/NovibRapport.07.10.pdf>)
- Ratsch, Ulrich 2003: *Tantal, Gold und Diamanten - Der Krieg im Kongo finanziert sich selbst*, in: *epd-entwicklungspolitik* 13/2003, S. 57-60
- Redmond, Ian 2001: *Coltan Boom, Gorilla Bust – The Impact of Coltan Mining on Gorillas and other Wildlife in Eastern DR Congo. A Report for the Dian Fossey Gorilla Fund Europe and Born Free Foundation*, Mai 2001
- Renner, Michael 2002: *The Anatomy of Resource Wars*, in: *Worldwatch Paper* 162, Washington 2002
- Reno, William 2002: *Gier versus Groll?*, in: *medico international* (Hrsg.): *Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege*, S. 102-111, Frankfurt am Main 2002
- Reno, William 2001: *Sovereignty and Personal Rule in Zaire*, in: *African Studies Quarterly, The Online Journal for African Studies*, (<http://www.africa.ufl.edu/asq/v1/3/4.htm>)
- Reno, William 2002: *Uganda's Politics of War and Debt Relief, Review of International Political Economy*, 9:3 (Aug 2002), 415-35.
- Riehl, Volker 2003: *Der Ressourcenkrieg. Einige Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung im Kongo*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2003, S. 862-870
- Ross, Michael 2002: *Oil, Drugs and Diamonds: How does natural resource wealth influence war?* Working paper: UCLA.
- Ross, Michael 2003: *What Do We Know About Natural Resources and Civil War?* Forthcoming in *Journal of Peace Research*, July 3, 2003 (<http://www.polisci.ucla.edu/faculty/ross/whatdoweknow.pdf>)
- Ruf, Werner 1998: *Zur Privatisierung der Gewalt* (<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/ruf-gewalt.html>)
- Schlichte, Klaus 2002: *Gewinner und Verlierer*, in: *medico international* (Hrsg.): *Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege*, S. 8-27, Frankfurt am Main 2002

- Schreiber, Wolfgang 2003: Kriege-Archiv: Kriege und bewaffnete Konflikte seit 1945, Stand vom 16.4.2003 (http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_archiv.htm)
- Seibert, Thomas 2003: Die neue Kriegsordnung – Der globale Kapitalismus und seine barbarisierte Rückseite, in: Azzellini, Dario und Kanzleiter, Boris 2003 (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg – Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, S. 13-28, Berlin 2003
- Sofsky, Wolfgang 2002: Zeiten des Schreckens – Amok, Terror, Krieg; 2. Auflage, Frankfurt am Main 2002
- Speiser, Dunja 2001: Politischer Wandel in der Demokratischen Republik Kongo, Bericht zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin im Juni 2001, Bonn 2001
- SÜDWIND 2001 (Hrsg.): Armutsbekämpfung durch die Gläubiger. Erfahrungsberichte aus 11 Ländern, Siegburg 2001
- SÜDWIND 2003 (Hrsg.): Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen. Band 1 der Reihe: Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen, Siegburg 2003
- Stroux, Daniel 2003: Rohstoffe, Ressentiments und staatsfreie Räume: Die Strukturen des Krieges in Afrikas Mitte, in: Internationale Politik und Gesellschaft, No. 2, 95-111
- Tull, Denis M. 2003: Neubeginn oder Illusion? – Probleme und Chancen der politischen Transition in der DR Kongo, in: Afrika im Blickpunkt, Mai 2003
- Tull, Denis M. 2003a: Zerfall der staatlichen Strukturen, in: Frankfurter Rundschau, 10. Juni 2003
- UN (United Nations) 2001: Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Dokument S/2001/357, 12. April 2001
- UN (United Nations) 2001a: Addendum to the report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Dokument S/2001/1072, 13. November 2001
- UN (United Nations) 2001b: Report on the situation of human rights in the Democratic Republic of Congo, 1. Februar 2001, Dokument E/CN.4/2001/40
- UN (United Nations) 2002: Final Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Dokument S/2002/1146, 16. Oktober 2002
- UN (United Nations) 2002a: Interim Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Dokument S/2002/565, 22. Mai 2002
- UN (United Nations) 2002b: Report of the Secretary-General on children and armed conflict, Dokument S/2002/1299, 26. November 2002
- UN (United Nations) 2003: Report of the Security Council mission to Central Africa, 7 to 16 June 2003, Dokument S/2003/653
- UN (United Nations) 2003a: Report of the Special Investigation Team on the events in Mambasa – 31. December 2002 – 20 January 2003, Dokument S/2003/674
- UN (United Nations) 2003b: Resolution 1493 vom 28.7.2003, Dokument S/2003/757
- UN (United Nations) 2003c: Second special report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of the Congo, Dokument S/2003/566, 27. Mai 2003
- UNDP (United Nations Development Program) 2001: Defining UNDP's Role in Disarmament, Demobilization and Durable Solutions (D3), 6. August – 13. September 2001
- UNDP (United Nations Development Program) 2001a: Supplement: Defining UNDP's Role in Disarmament, Demobilization and Durable Solutions (D3), 6. August – 13. September 2001
- UNDP (United Nations Development Program) (Hrsg.) 2003: Bericht über die menschliche Entwicklung 2003, Bonn 2003
- UNICEF 2003: Girls' Education in the Democratic Republic of Congo, (Stand vom 1.8.2003) <http://www.unicef.org/DRCfinal.pdf>
- Watchlist 2003 (Watchlist on Children and Armed Conflict): The Impact of Armed Conflict on Children in the Democratic Republic of Congo (DRC), Juni 2003
- Weltbank 2002: Congo, Democratic Republic of, (<http://www.worldbank.org/afr/cd2.htm>) September 2002
- Weltbank 2002a: Congo, Dem. Rep. At a glance, Stand vom 24.9.2002 (http://www.worldbank.org/data/countrydata/aag/zar_aag.pdf)
- Weltbank 2002b: Democratic Republic of the Congo – Interim Poverty Reduction Strategy Paper and Joint IDA-IMF Staff Assessment, Report No. 24216, 24. Mai 2002
- Weltbank 2003: Congo: Donors Welcome The Democratic Republic Of The Congo's Progress And Strengthen Their Support, News Release No. 2003/162/5 (<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:2...:4607,00.htm>), 2003
- Weltbank 2003a: GDF Global Development Finance 2003, CD-Rom
- Weltbank 2003b: Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative – Statistical Update, 11. April 2003
- Werner, Klaus 2001: Tantalusqualen für Handys, in: Werner, Klaus / Weiss, Hans 2001: Schwarzbuch Markenfirmen – Die Machenschaften der Markenfirmen, S. 4-77, Wien 2001
- Wrong, Michela 2002: Auf den Spuren von Mr. Kurtz – Mobutus Aufstieg und Kongos Fall, Berlin 2002

SÜDWIND – forscht für gerechte Wirtschaftsbeziehungen....



Die Arbeit von SÜDWIND gründet auf der Überzeugung, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Reichtum in den Industrieländern und der Armut breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern gibt.

In zahlreichen Forschungsbereichen weisen die SÜDWIND-Studien nach, dass wir in Deutschland – die Politik, Wirtschaft und auch die VerbraucherInnen – eine Mitverantwortung für Missstände in Entwicklungsländern haben.

Über die Analyse der Probleme hinaus sucht SÜDWIND auch nach Handlungsmöglichkeiten: Wie kann die Situation im Interesse der Armen hin zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit geändert werden?

... und erarbeitet Aktionsvorschläge

Unsere Lösungsvorschläge sind vielfältig. Dazu gehören:

- Öffentlichkeitsarbeit, um Unternehmen oder politische Entscheidungsträger unter Druck zu setzen.
- direkte Verhandlungen mit den Verantwortlichen,
- Kooperation mit sowie Zuarbeit zu Kampagnen wie »erlassjahr.de«, der »Bananen-Kampagne« oder der »Kampagne für Saubere Kleidung«.

SÜDWIND arbeitet dabei eng mit anderen Instituten, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Initiativen, Verbänden und Gemeinden zusammen, in Deutschland und weltweit.

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Tel.: 02241 / 536 17 oder 02241-678 01
Fax: 02241 / 51308
E-Mail: info@suedwind-institut.de
Homepage: www.suedwind-institut.de

Dekade zur Überwindung von Gewalt

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), ein Zusammenschluss von rund 400 Millionen Christen vertreten durch mehr als 340 Kirchen, Denominationen und Gemeinschaften in 120 Ländern und Gebieten in der ganzen Welt, hat für die Jahre 2000 bis 2010 eine **Dekade zur Überwindung von Gewalt** ausgerufen. Dazu ist mittlerweile auch eine Vielzahl von Materialien erschienen.

Kontaktadresse: Dekade zur Überwindung von Gewalt, Ökumenischer Rat der Kirchen, Postfach 2100, 1211 Genf 2, Schweiz,
Tel. 0041-22-791 60 47 Fax 0041-22-791 64 09
E-Mail: dov@wcc-coe.org,
Homepage: www2.wcc-coe.org/dov.nsf/fs_standard_ge

Schriften der katholischen Kirche

Eine Reihe von Stellungnahmen von Papst Johannes Paul II. wie auch der deutschen Bischofskonferenz äußert sich dezidiert zu weltwirtschaftlichen Fragestellungen.

Kontaktadresse: Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonner Talweg 177, 53129 Bonn, Tel: 0228-103 205, Fax 0228-103 330, E-Mail: Sekretariat@dbk.de,
Homepage: <http://dbk.de>

Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zu Gunsten der Kinder der Welt (2001–2010) der Vereinten Nationen

Die von den Vereinten Nationen ausgerufene Dekade wird vor allem von der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation) thematisiert.

Kontaktadresse: UNESCO: Colmantstraße 15, 53115 Bonn, Tel. 0228-60 497 0,
Fax: 0228-60 497 30, E-Mail: info@unesco.de,
Internet: www.unesco.org/iycp sowie www.uno.de/frieden/kultur/

SÜDWIND Edition

Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

Band 2:

KONGO: HANDYS, GOLD & DIAMANTEN

Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung

Mehr als 3,3 Millionen Menschen starben seit 1998 als Folge des Krieges in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Berichte über weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen sorgten wiederholt für Schlagzeilen, die EU schickte Soldaten.

Doch die wirtschaftlichen Hintergründe des Krieges waren nur selten eine Schlagzeile wert: Wie wurden die Waffen auf den internationalen Märkten bezahlt? Woher kam der Sold für die Soldaten?

Dabei sind die wirtschaftlichen Interessen zu einer wichtigen Antriebsfeder für die Fortführung der Kämpfe geworden. Vom Export der Rohstoffe profitierten kongolesische Politiker, Unternehmer, Militärs und Rebellenführer ebenso wie die Eliten der am Krieg beteiligten Nachbarstaaten. Es entstand ein Netzwerk von Kriegsprofiteuren, die nur ein geringes Interesse an einem Ende der Kämpfe hatten.

Dann Netzwerk agierte und agiert weiterhin weltweit: Ohne den Verkauf von Rohstoffen über internationale Märkte an Firmen in den Industrieländern hätte der Krieg in seiner bisherigen Form nicht geführt werden können.

In hiesigen Läden landeten Gold und Diamanten aus der DRK. Unsere Handys und Computer könnten nicht funktionieren ohne das Coltan – ein seltenes, sehr leitfähiges Metall –, das mitten in den Kriegsgebieten gefördert wurde.

An diesem Punkt waren und sind die Menschen in den Industrieländern für den Krieg in der DRK mitverantwortlich.

Daraus ergeben sich Ansatzpunkte für die Arbeit in Deutschland. Die Finanzierung des Krieges von außen muss gestoppt werden, Bundesregierung und Unternehmen handeln.

Die Broschüre schließt mit Vorschlägen, wie Leserinnen und Leser aktiv werden können.

Sechs Broschüren sind geplant

Der vorliegende Band ist der zweite einer ganzen Reihe, die in den nächsten beiden Jahren erscheinen wird:

- 1. Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen**
- 2. Kongo: Handys, Gold & Diamanten.
Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung**
- 3. Argentinien: Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise**
– erscheint Ende 2003
- 4. Kamerun: Zivilgesellschaftliche Beteiligung am Armutsbekämpfungsprogramm**
– erscheint Mitte 2004
- 5. Indonesische Weltmarktfabriken: Frauenarbeit im Akkord**
– erscheint im Sommer 2004
- 6. Gewalt und Drogen am Beispiel des »Plan Colombia«**
– erscheint Ende 2004

Flankierend zu den Broschüren gibt es noch online-Materialien, Folien für Vorträge, power-point-Präsentationen, Plakate und Seminarangebote.

Abbildung 1:
Die Gläubiger der Demokratischen Republik Kongo

Schulden (Barwert) in	Mio. US-\$	% der Gesamtsumme
Gesamt:	12.129,7	100%
Davon		
Multilateral	2.760,5	22,8
davon		
Weltbankgruppe	880,5	7,3
Inter. Währungsfonds	502,9	4,1
Afrik. Entwicklungsbank	1.141,4	9,4
Pariser Club (1)	8.608,7	71
davon		
USA	2.568,3	21,2
Frankreich	1.359,2	11,2
Belgien	1.043	8,6
Italien	950,9	7,8
Deutschland	907,9	7,5
Japan	691,3	5,7
Niederlande	504,4	4,2
Großbritannien	242,5	2
Verein. Arabische Emirate	152,5	1,3

(1) informeller Zusammenschluss der wichtigsten Gläubigerstaaten

©2003 SÜDWIND

(Quelle: IWF 2002, S. 30)

Abbildung 2:
Verwendung der Staatseinnahmen 1972–1992
(in Prozent)

	Präsident	Landwirtschaft	Sozialer Bereich
1972	28	29,3	17,5
1974	26	32,1	12,4
1976	29	30,9	13,2
1978	29	41	11
1980	33	42	11
1982	35	32	10
1984	39	30	9
1986	39	29	7
1988	49	18	4
1990	80	11	2
1992	95	4	0

©2003 SÜDWIND

(Quelle: Reno 2001, S. 5)

Abbildung 3:**Erfasste Exporte und Entwicklungshilfeinnahmen 1989–1995 (in Dollar)**

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Öl	167	148	165	40	130	156	160
Zinn	16,4	14,2	8,2	5,3	3,9	5,0	5,5
Diamanten	400	320	220	200	289	296	376
Kaffee	692	548	483	487	330	432	450
Kupfer	813	892	525	302	136	120	150
Kobalt	404	418	218	125	54	120	160
Zink	82	79	59	28	0	0	12
ODA*	634	823	494	262	178	235	?
Gesamt	3208	3242	2172	1449	1121	1344	?

*ODA: Overseas Development Assistance: offizielle Entwicklungshilfe

©2003 SÜDWIND

(Quelle: Reno 2001, S. 6)

Abbildung 4:
Sozialdaten der Demokratischen Republik Kongo 1960–2001 *

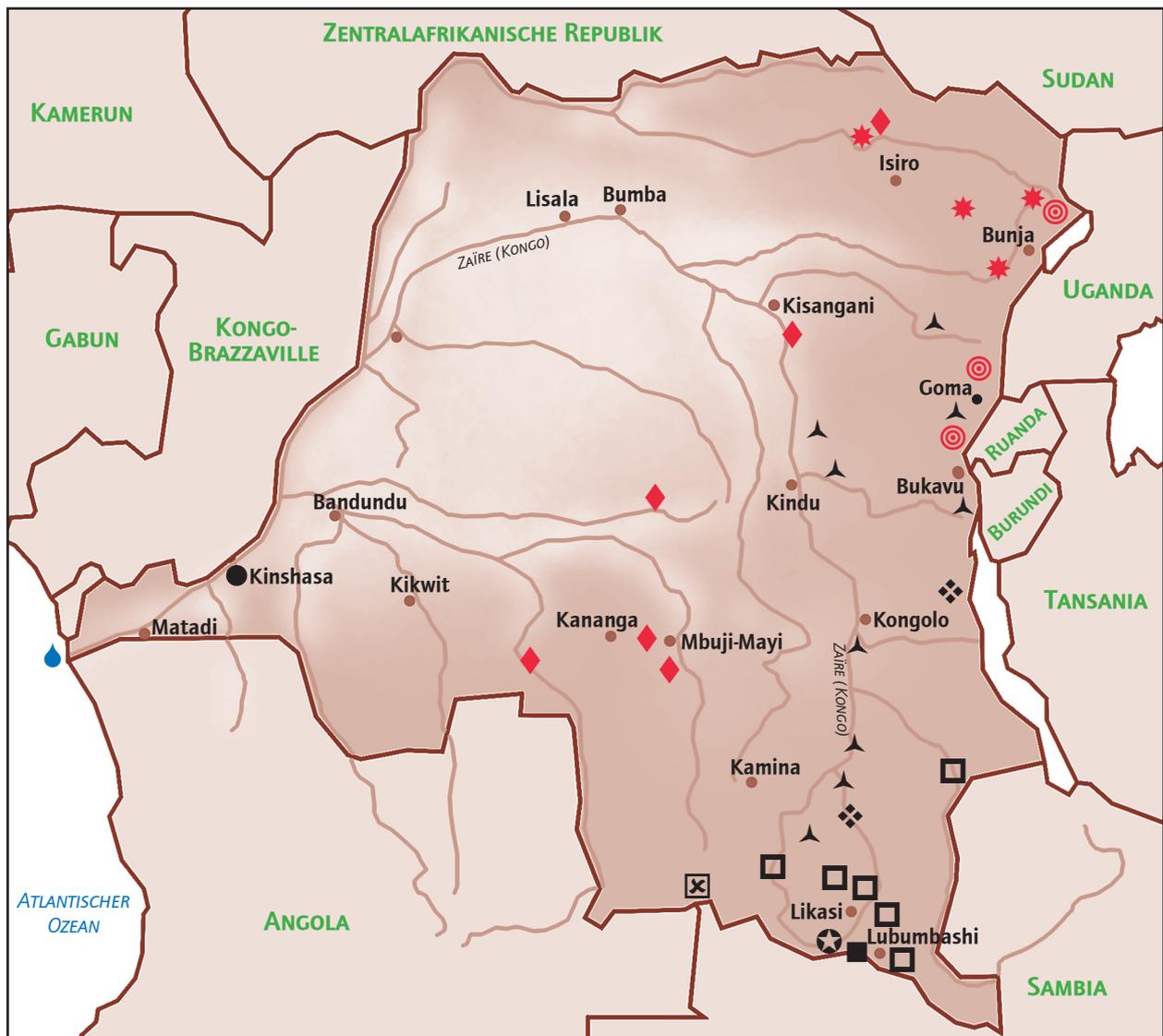
	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1998	2001
Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	41,3	42	45,1	47	50	53	53	52,4	51,2	40,6
Wahrscheinlichkeit, vor 40. Lebensjahr zu sterben (%)	44,8	43,9	39,8	37,2	33,3	30,1	30,6	30,1	31,7	47,2
Analphabetenrate bei Erwachsenen (%)	69	63	58	56	42	34	26	32,9	30,9	37,3
Menschen ohne Zugang zu sicherem Wasser (%)	92,4	87,7	84	82,3	67	67	55	58	46,7	55
Menschen ohne Zugang zu Gesundheitsdiensten (%)	75	75	74	74	74	72	72	74	69	79 (2000)
Untergewichtige Kinder unter 5 Jahren (%)	27	28,2	29	29	28	28	33	34	33	k.A.
BIP pro Kopf in US-Dollar	286	296	307	273	239	225	191	111	92	99

(berechnet auf der Basis von 1985 / für 2001 Basis 1995)

* Die Datenlage war und ist schlecht. Daher sind diese Daten nur als Trend zu betrachten.

©2003 SÜDWIND

(QUELLE: WELTBANK 2002 b, S. 68 UND 69 / FÜR 2001: UNDP 2003)



Vorkommen an Bodenschätzen:

- ◆ Diamanten
- ★ Gold
- ⊙ Tantal & Niob (Coltan)
- Kupfer & Kobalt
- ▲ Zinn
- ⊠ Mangan
- Blei & Zink
- ◆ Kohle
- ⊛ Uran
- 💧 Erdöl

Abbildung 6:**Wirtschaftsdaten der Demokratischen Republik Kongo 1981–2001**

	1981	1991	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US-Dollar	12,5	9,1	6,7	5,0
Wirtschaftsstruktur (in % des BIPs):				
Landwirtschaft	24,7	41,3	55,5	56,3
Industrie	32,1	17,4	17,8	18,8
davon Fertigung	14,9	7,3	4,2	3,9
Dienstleistungen	43,2	41,2	26,7	24,9

©2003 SÜDWIND

(QUELLE WELTBANK 2002 a)

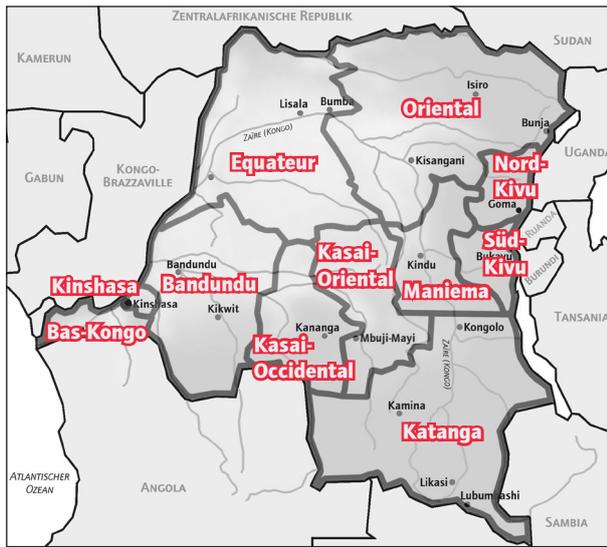
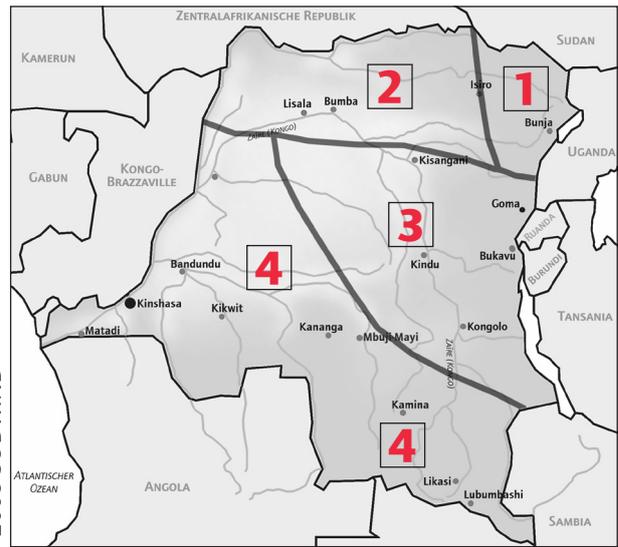


Abbildung 7: Die Provinzen in der DR Kongo



© 2003 SÜDWIND

Abbildung 8:

Ungefäher Stand (2003) der Aufteilung des Landes durch die Rebellion im Kongo:

- 1.** lange beherrscht von der RCD/Kisangani-ML und Uganda, zur Zeit umkämpft von mehreren Gruppen (»Ituri-Konflikt«);
- 2.** kontrolliert von der MLC, die mit Uganda verbündet ist;
- 3.** kontrolliert von der RCD-Goma, die mit Ruanda verbündet ist;
- 4.** Gebiet unter Kontrolle der Regierung der DRK.

Abbildung 9:**Uganda: Rohstoffexporte und -förderung, 1994–2000**

Jahr	Gold	Zinn	Coltan	Kobalt
A. Rohstoffexporte (in Tonnen)				
1994	0,22	-	-	-
1995	3,09	-	-	-
1996	5,07	3,55	-	-
1997	6,82	4,43	2,57	-
1998	5,03	-	18,57	-
1999	11,45	-	69,5	67,48
2000	10,83	-	-	275,98
B. Rohstoffförderung (in Tonnen)				
1994	0,0016	3,704	0,435	-
1995	0,0015	4,289	1,824	-
1996	0,003	0,38	-	-
1997	0,0064	1,81	-	-
1998	0,0082	1,102	-	-
1999	0,0047	-	-	76,74
2000	0,0044	-	-	287,51

©2003 SÜDWIND (QUELLE: UN 2001, S. 20)

Abbildung 10:
**Schulbesuch in der Demokratischen
Republik Kongo, Stand 2002**

Alter der Schülerinnen und Schüler:

Grundschule: 6–11 Jahre

Weiterführende Schule: 12–18 Jahre

Schulpflicht: 6–15 Jahre

Schulgebühren:

50–175 US-Dollar je Kind je Jahr

Einschulungsrate Grundschule:

Mädchen: 51%

Jungen: 66%

Einschulungsrate weiterführende Schule:

Mädchen: 19%

Jungen: 32%

Kinder ohne Schulbesuch:

Mädchen: rund 2 Millionen

Jungen: rund 1,5 Millionen

©2003 SÜDWIND

QUELLE: UNICEF 2003)

Abbildung 11
Der Weg der mineralischen Rohstoffe (Gold, Coltan, Diamanten ...)

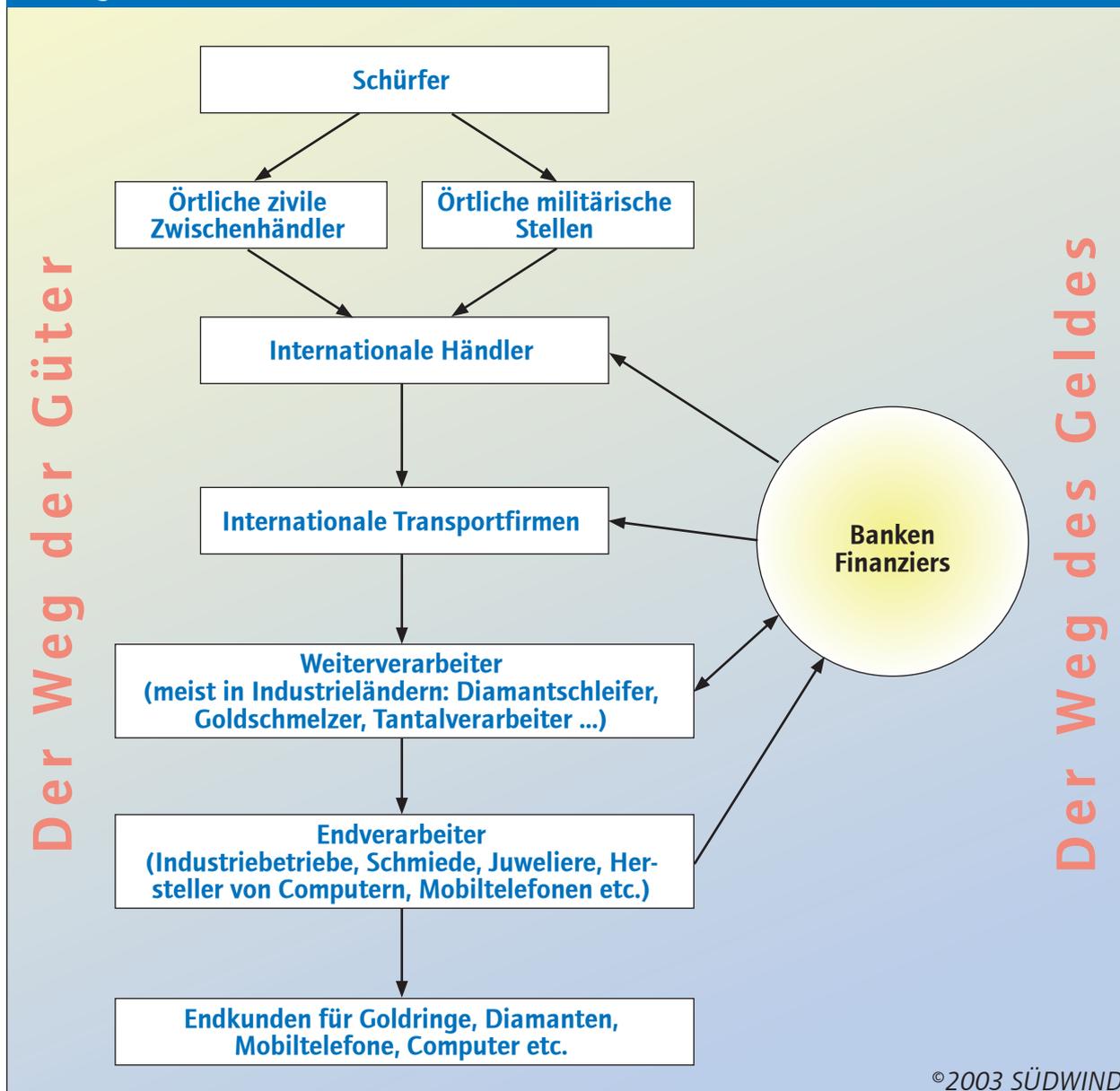


Abbildung 12:

**Tote und verletzte Zivilisten bezogen auf Waffentypen
(Schätzungen für 41 Konfliktgebiete der neunziger Jahre)**

Waffentypen	Prozentualer Anteil
Gewehre	63
Handfeuerwaffen (Pistolen, Revolver)	10
Artillerie, Mörser	10
Landminen	10
Großwaffensysteme (Panzer, Flugzeuge, etc.)	5
Handgranaten	2

©2003 SÜDWIND (QUELLE: INTERNATIONALES ROTES KREUZ, ZITIERT NACH PAES 2002, S. 9)

Abbildung 13:**Ausgewählte nicht-fördernde Länder:****Verzollte Importe von Rohdiamanten nach Belgien (in Millionen US-Dollar):**

Herkunftsland	1997	1998	1999	2000	2001
Uganda	0	1,3	1,8	1,3	2,5
Ruanda	0,7	0,2	0,5	1,9	1,2
Sambia	Weniger als \$ 100.000 (alle Jahre addiert)				13,6
Kongo-Brazzaville	454,6	41,5	14,4	116,6	223,8
Gambia	131,4	103,4	58	19,1	6,2
V.A.E.*	2,5	5,5	14,9	108,1	149,5
Hong Kong	90	46,4	71	170,6	170,4

* Vereinigte Arabische Emirate

©2003 SÜDWIND

(QUELLE: DIETRICH 2002, S. 49)